

■ Von wegen nur 18 Minuten

Hintergründe zum gegenwärtigen Arbeitskampf im öffentlichen Dienst **Seite 3**

■ Gymnasiums-Roulett

Nicht nachvollziehbare Pläne um die Zukunft zweier Leipziger Schulen **Seite 5**

■ Glückwunsch zum 8. März

Porträt der indischen Kommunistin und Journalistin Vidya Muni: „Ich kann nicht akzeptieren, dass Frauenfragen hintenan gestellt werden“ **Seite 15**

Was nützen Denkmäler des unbekannt
Soldaten den Gefallenen?
Erst muss der Mensch leben,
dann kann seine Ehre geschützt werden.

Carl von Ossietzky

Dritter Weltkrieg um Rohstoffe tobt

Deutschland will ein
Denkmal für seine Gefallenen



Foto: Märker

Denkmal für die Gefallenen des 1. Weltkrieges auf dem Südfriedhof Leipzig. Dort fand sich dann sogar ein Platz für gefallene Leipziger Nazisoldaten (siehe kl. Foto)

Am 5. Juni 2005 nannte es der damalige Verteidigungsminister Struck „realistisch“, dass deutsche Soldaten sterben müssten, wenn sich Deutschland an weltweiten Maßnahmen der NATO und der EU-Battle Groups (mobile EU-Kampftruppen) beteiligen werde. Er sagte das ganz lax kurz nach einer im Mai 2005 in Brüssel unterzeichneten Vereinbarung, nach der Deutschland an sechs der 13 geplanten Battle Groups mit je 1500 Soldaten beteiligt sein wird. Die Bundeswehr soll bereits im 1. Halbjahr 2006 die Führung des ersten Verbandes übernehmen. Damit wird die auf Betreiben der BRD im Juni 2003 in Thessaloniki beschlossene Sicherheitsstrategie der EU, die die Führung von Präventivkriegen ausdrücklich befürwortet, umgesetzt. In

Sterben eingeplant

Kreisen des Auswärtigen Amtes wird unverblümt davon gesprochen, dass sich Deutschland auf die kriegerische Ressourcensicherung im afrikanischen und eurasischen Raum einzurichten habe. Die Entsendung von Bundeswehreinheiten in den Süden Sudans, die im April 2005 vom Bundestag beschlossen wurde, hat mit humanitären Gründen nichts zu tun. Sie soll garantieren, dass der Bau einer von Südsudan über Kenia nach Uganda führenden Eisenbahn (ein 2,5 Milliarden Dollar Projekt eines deutschen Unternehmens), die für die

Erschließung der Rohstoffe Zentralafrikas von großer Bedeutung ist, gesichert wird.

Unabhängig von „friedensbildenden Maßnahmen“ der Vereinten Nationen operiert deutsches Militär bereits seit längerem außerhalb der Grenzen der BRD. Neben den an offiziellen UN-Aktionen beteiligten 6 600 Militärangehörigen und 360 Polizisten (Angaben nach „Zentrum für internationale Friedenseinsätze“, Stand vom Mai 2005) befinden sich noch Angehörige der GSG 9 und des KSK (Kommando Spezialkräfte) zu Kampfeinsätzen vorwiegend in Afghanistan und Irak. Einheiten der Bundesmarine operieren seit 2002 am Horn von Afrika, von Somalia bis Pakistan und dem Persischen Golf.

• HELMUT ULRICH

Auf ein Wort bitte



ADI REIHER
Redaktion
DKP-Zeitung
Unsere Zeit

... schreibt
zusammen mit
anderen linken
Bündnispartnern in
dieser LN-Rubrik

Die Meinungskloppler und Volksseelentiefstaucher der Massenmedien waren sich lange einig: Diese Koalition hat einen tollen Start hingelegt. Fast vom Nullpunkt habe Frau Merkel das Land in neue lichte Höhen des Optimismus geführt. Und das allein mit einem schlichten Lächeln; einem ziemlich aufgesetzten Grinsen – wie ich es nenne. Jetzt entweicht die Luft langsam aus diesem aufgeblasenen Ballon und es erweist sich, dass man den Menschen selbst bei Einsatz aller Propagandamittel nicht allzu lange ein X für ein U vormachen kann. Das konnte auch kaum anders sein. Denn, wir erinnern uns, am Anfang der megageilen Großen Koalition stand das scheinbare Paradoxon der Wahlniederlage beider bürgerlicher Lager. Und Frau Merkels Gesicht vom Wahlabend – entgleist in der Angst vor dem politischen

Tod – macht mir auch in der Rückschau noch Spaß.

Hinter all dem jedoch stand ein politischer Prozess, der noch heute andauert. Wer hätte vor anderthalb Jahren geglaubt, dass die Montagsdemonstrationen die Agenda 2010 zunächst stoppen würden, dass eine linke Kraft in Fraktionsstärke im Bundestag sitzen würde, dass ver.di mutig die 38,5-Stunden-Woche verteidigt und – dass der Vizekanzler nicht Westerwelle heißen würde? Das Kapital zumindest nicht. Das hatte schwarz-gelb auf dem Zettel und die Zerschlagung der

Nerven behalten

Gewerkschaften, der Flächentarife und des Kündigungsschutzes schon fest gebucht. Daraus wurde zunächst nichts.

Doch aufgeschoben ist nicht aufgehoben. Das Kapital hält – natürlich – an seinem Ziel der weiteren Umverteilung von unten nach oben fest, muss daran festhalten, solange es seine Exportstrategie auf dem Weltmarkt beibehält. Die Taktik des Lächelns, verbunden mit der „Du-bist-Deutschland“-Kampagne und dem Gute-Laune-Hype um die Fußball-WM sind Elemente einer Nebelwand hinter der die verschärfte Wiederauflage der Agenda 2010 vorbereitet wird. Langsam kommt Bewegung in die Sache.

Schon wieder wird fast jeden Tag eine neue Kürzungs-Sau durchs Dorf getrieben, Finanzierungslöcher werden entdeckt, unverzügliches Regierungshandeln ist angeblich erforderlich, Panikstimmung soll erzeugt werden. Ist die Linke, die außerparlamentarische Bewegung, die Gewerkschaften, die Linkspartei im Parlament dem gewachsen?

Zur Zeit wohl nicht. Da ist viel historisch „gewachsene“ Schwäche, die erst schrittweise beseitigt werden kann, aber auch kleinstmütiger Hader. Wer das Parlament verachtet und sich an den Schwierigkeiten von PDS und WASG weidet, den möchte ich daran erinnern, dass ein einzelner Mann in einem deutschen Parlament die Stimme der Arbeiterklasse erhoben hat und in der ganzen Welt gehört worden ist, Karl Liebknecht, als er 1914 die Kriegskredite ablehnte.

Andere sagen, die Bewegungen kommen und gehen – und suchen die parlamentarische Mitarbeit um jeden Preis. Die möchte ich fragen: wofür? Wir brauchen nicht nur Linsengerichte, sondern vor allem einen Stopp der neoliberalen Politik und eine Wende zu demokratischem und sozialen Fortschritt. An Regierungen, die sich dazu bekennen, kann man gern teilnehmen.

Doch das steht heute nicht an. Dazu fehlt der Linken die Kraft. Aber: Nerven behalten, die Arbeiterklasse hat diese Kraft allemal, wenn sie denn nur will.

Der alltägliche Nazismus

Der Vorfall: Unübersehbar! Ein Hakenkreuz. Schwarz auf hellem Untergrund. Nicht aus Dummheit gekritzelt, sondern als Provokation gesprayt. Ein Meter in der Diagonale. Hier und heute. Aber genau dort, wo die Nazis schon 1940 Leipziger aus ihren Wohnungen vertrieben und sie in so genannte Judenhäuser einpferchten und Monate später deportierten.

Nun, Jahrzehnte später, Ende Februar 2006 im Waldstraßenviertel, regen sich die Bürger auf. Denn in einer Nacht wurden hier im 100 Meter Abstand noch drei weitere Hakenkreuze geschmiert – auch auf Fußwegen. Der Bürgerpolizist des Gebietes wird informiert. Die Reaktion erfolgt rasch. Beamte fotografieren und messen aus. Das Ganze, so ist zu hören, ein Fall für den Staatsschutz.

Auf die Frage, wie lange wir diesen Dreck ertragen müssen, ein Achselzucken, denn es ist nachmittags vor einem Wochenende. Und die Spezialreiniger sind nicht mehr zu erreichen. Dafür befahren am Sonnabend und Sonntag wieder zahlreiche Reisebusse aus Deutschland die beschmierte Straße. Leipzig also auf den ersten oder zweiten Blick eine rechte Hochburg für die flüchtigen Fenstergucker aus zahlreichen Bussen?

Zu Wochenbeginn noch immer der gleiche Tatbestand. Der Bürgerverein des Waldstraßenviertels erwägt Plakate drüberzukleben. Auf nassen Fußwegen geht das aber schlecht. An einem Dienstag werden die Kreuze erneut vermessen, diesmal durch das Stadtordnungsamt, welches zufällig vorbeifuhr. Erneutes Nachfragen: Wie lange wir das noch ertragen müssen? Eine Notvariante wird gefunden: Aus Hakenkreuz wird Fensterkreuz. Tags darauf kommen dann endlich die Profisäuberer. Da es inzwischen schneite, werden die Kreuze auf den Fußwegen der Liviastraße zunächst übersehen. Jetzt sind sie entfernt, auf den Wegen zum geplanten jüdischen Gemeindezentrum. Ein Vorfall: Unwiederholbar?

• JOACHIM MICHAEL

Streit um des Kaisers Bart

Wenn sich gegenwärtig die Stadt Leipzig und die hiesige Arbeitsagentur in aller Öffentlichkeit und ziemlich lautstark in den Haaren liegen wegen unzureichender Arbeitsangebote an ALGII-Empfänger im Rahmen der gemeinsamen Arbeitsplatzvermittlung für alle Arbeitslosen, gewinnt man den Eindruck, dass es den Beteiligten, besonders Leipzigs Wirtschaftsdezernenten Detlev Schubert, angesichts der andauernden kritischen Lage vor allem darum geht, Schuld abzuweisen und das eigene Image zu wahren. Denn man kann sich schwer vorstellen, dass eine Auseinandersetzung in Zeitungsspalten besser geeignet sei, eventuelle Unzulänglichkeiten der Kooperation aus dem Wege zu schaffen als unmittelbare Kontakte.

Vor allem aber geht dieser Streit am eigentlichen Problem vorbei. Die gesamte Diskussion um die Hartz-Gesetze bis hin zu Hartz IV war von dem irigen Gedanken geprägt, mit neuen Organisationsformen und -methoden ein substantielles Problem – die Arbeitslosigkeit als Ergebnis von sozialen Strukturen und Wirtschaftspolitik – in den Griff zu bekommen. Für viele Regelungen der Hartz-Gesetze wurde der Misserfolg schon eingestanden. Eine bessere Verteilung der wenigen verfügbaren Arbeitsplätze mag nicht ohne Bedeutung sein, aber nötig sind vor allem mehr Arbeitsplatzangebote. Die sind allerdings kaum ohne neue wirtschaftspolitische Weichenstellungen zu haben.

• G. L.

Wir grüßen unsere Buchmesse Gäste...



... in einer Stadt, deren international bekannte, ihren Ruf begründenden Verlage bald alle verschwunden sind.

Erst jüngst wurden die kärglichen Überreste des mit Leipzig untrennbar verbundenen Reclam-Verlages gemeuchelt und nach „Ditzingen“ ausgelagert.

Nur eine Tafel erinnert im „Reclam-Karree“ noch an den Begründer der Reclam-Universal-Bibliothek, Anton Philipp Reclam (1807 – 1896), der in diesem Gebäude wirkte und arbeitete. Foto: Märker

Linke Sozialpolitik in Leipzig?

LN. Während sich – siehe unten – für den Planungsdezernenten bereits ein für dieses Amt befähigter Linkspolitiker beworben hat, wird derzeit heftig über das Vorschlagsrecht für die ebenfalls neu zu besetzende Stelle des Sozialdezernenten in der Linkspartei diskutiert. Viele plädieren ausdrücklich gegen diese Option. Zu ihnen gehört der linke Experte für Wohnungswesen, Prof. Tesch.

Er sieht im Zusammenhang mit der Haushaltsanierung scharfe Auseinandersetzungen und Einschnitte voraus, die auch am Sozialen nicht vorbeigehen und folgert: „Soll ein Politiker der Linkspartei PDS in die Situation gebracht werden, diese auch noch verteidigen zu müssen? Ich kenne in Leipzig und Umland keine Persönlichkeit, die diesen Spagat zwischen Durchsetzung und Kritik an einer verfehlten Sozialpolitik meistern könnte, ohne dass die Linkspartei PDS Schaden nähme.“



Eine Frage an Siegfried Schlegel

LN: Sie haben sich für den vakant gewordenen Posten des Leipziger Planungsdezernenten beworben. Als einziger Bewerber, wie man inzwischen hört, mit der dazu erforderlichen Qualifikation. Das weist sie vor allem als Ostdeutschen aus. Aber die Befähigung für ein Amt ist die eine Sache, es dann in einer ziemlich verfilzten Stadtverwaltung auch ausfüllen zu können, steht auf einem anderen Blatt. Warum wollen Sie sich als Linker dieses Geschäft dennoch zumuten?

Siegfried Schlegel: Mein Platz ist in Leipzig – seit 50 Jahren. Ich denke, ich könnte – nicht nur, weil ich hier aufgewachsen bin – vieles in diesem Amt bürgernäher und effektiver für die Stadt

organisieren. Gewiss, ich bin durch meine 15-jährige ununterbrochene Zugehörigkeit im Leipziger Stadtparlament mit Herz und Seele Linkspolitiker, aber hier geht es nicht nur um Parteienpolitik schlechthin, es geht zum Beispiel auch um eine transparente Vergabepaxis, um Regionalplanung und um eine Zusammenarbeit in der Region, insbesondere mit Halle. Meine Kompetenz leite ich dabei nicht nur aus meiner Arbeit in diversen Ausschüssen ab, sondern auch aus meiner 35-jährigen beruflichen Tätigkeit in Sachen Wohnungsbau, Planung und praktischer Ausführung.

Mein Motto: Geht es dem Oberzentrum gut, geht es auch dem Umland gut – und umgekehrt.

Kurz, Leipzig verdient nach all den für die Bürger oft nicht nachvollziehbaren, ja auch gegen ihren Willen durchgesetzten städtebaulichen Maßnahmen einen Planungsdezernenten, dessen Herz links, also mit den Bürgern und unserer Stadt schlägt.

Gefahr für LWB

LN. Zum Redaktionsschluss erreichte uns noch ein Antrag, den die Linkspartei-Stadträte Margitta Hollick (Mitglied des LWB-Mieterbeirates und Siegfried Schlegel (Mitglied des LWB-Aufsichtsrates) an die am 18. März tagende Stadtdelegiertenkonferenz ihrer Partei richten.

Anlass sind die gegenwärtig verstärkten Bestrebungen zum Verkauf der Leipziger Wohnungs- und Baugesellschaft. Die Mitglieder der Stadtratsfraktion und im Aufsichtsrat der LWB werden aufgerufen, sich im Stadtrat und seinen Ausschüssen geschlossen gegen einen Verkauf zu wenden. Falls im Stadtrat eine neoliberale Mehrheit siegt, so die beiden Antragsteller, soll die Linkspartei ein Bürgerbegehren gegen den Verkauf initiieren und sich Verbündete suchen.

Weiteres in der nächsten LN.

Arbeitsvermittlung:

Vertrag Stadt-Agentur noch nicht ausgereizt

LN. Leipzigs Wirtschaftsdezernent Detlev Schubert präzisierte inzwischen seine Ankündigung, den Vertrag der Stadt mit der Arbeitsagentur zur gemeinsamen Jobvermittlung zu kündigen (LVZ 24. Februar). Es seien – unter Hinweis auf das Gutachten einer Unternehmensberatung – noch längst nicht alle Möglichkeiten innerhalb des bestehenden Vertrags ausgereizt. Er werde dem Stadtrat im April einen Vorschlag für die künftige Gestaltung der Arbeitsvermittlung in der ARGE vorlegen. Der Vorschlag werde Varianten zur optimierten Organisation und Aufgabenvernetzung enthalten. (Kommentar S. 2)

Die Vereinte Dienstleistungsgewerkschaft (Ver.di) und die Gewerkschaft Erziehung und Wissenschaft (GEW) befinden sich mit Kommunen und Ländern in einer tarifpolitischen Kraftprobe. Entgegen der öffentlichen Wahrnehmung, es handele sich um eine einheitliche Auseinandersetzung innerhalb des öffentlichen Dienstes, geht es um mehrere Konfliktfelder mit unterschiedlichen Akteuren.

Seit mehreren Wochen wehren sich zehntausende Beschäftigte des öffentlichen Dienstes mit massiven Protesten und Streiks gegen die Angriffe auf ihre Arbeitsbedingungen. Nach dem erfolglosen Spitzengespräch zwischen den Gewerkschaften und den Vertretern der Arbeitgeber vom 20. Februar 2006 versuchen die Arbeitgeber – allen voran der niedersächsische Finanzminister Möllring (CDU) als Verhandlungsführer – nunmehr auf Zeit zu spielen, um damit die Streikbewegung auszutrocknen und zu zerschlagen. Ein weiteres Spitzengespräch soll jetzt am 10. März 2006 stattfinden. Möglicherweise ist dies schon eine der letzten Chancen, die öffentlichen Arbeitgeber zum Erhalt eines einheitlichen Tarifrechtes im öffentlichen Dienst der Bundesrepublik Deutschland zu zwingen.

(West)-Kommunen: Arbeitszeitvorschriften gekündigt

Die erste Auseinandersetzung wird mit einigen westlichen *Kommunalen Arbeitgeberverbänden (KAV)* geführt, die die Arbeitszeitregelungen des neuen Tarifvertrages für den öffentlichen Dienst (TVöD) gekündigt haben. Ihr Ziel: die wöchentliche Arbeitszeit von 38,5 Stunden auf 40 Stunden zu erhöhen. Es soll somit eine Angleichung an das Ost-Niveau durchgezogen werden, da dort seit Jahren unverändert die 40 Stundenwoche gilt.

Am 13. September 2005 unterzeichneten die Gewerkschaften mit dem Bund und der Vereinigung der kommunalen Arbeitgeberverbände (VKA) nach langen Verhandlungen den neuen Tarifvertrag für den öffentlichen Dienst (TVöD). Damit war der in die Jahre gekommene Bundesangestelltentarifvertrag (BAT bzw. BAT-Ost) komplett abgelöst. Der Vertrag war noch nicht unterschrieben, da forderten schon einige kommunale Arbeitgebervertreter, die vereinbarten Regelungen zur Arbeitszeit im Tarifgebiet West (38,5 Wochenstunden) unverzüglich wieder aufzukündigen, weil sie längere Arbeitszeiten durchsetzen wollten. Drei kommunale Arbeitgeberverbände haben die Arbeitszeitregelungen gekündigt: der von Baden-Württemberg, der von Niedersachsen und die Arbeitsrechtliche Vereinigung Hamburg. Andere drohen damit, ebenfalls zu kündigen. Die von den Arbeitgebern geplante verlängerte Arbeitszeit – ohne Lohnausgleich – wird tausende Arbeitsplätze vernichten. Die öffentlichen Arbeitgeber wollen den Bürgerinnen und Bürgern weismachen, es gehe angeblich doch nur um 18 Minuten pro Tag. Dieser Demagogie der Arbeitgeber setzen die Gewerkschaften Aufklärung entgegen: Vierzig Stunden arbeiten heißt vier Prozent mehr Arbeitsleistung ohne Bezahlung. Wenn die Beschäftigten 18 Minuten länger arbeiten, gibt es vier Prozent mehr Arbeitslose. Rechnerisch wird dadurch jeder 25. Arbeitsplatz überflüssig. Allein im kommunalen Bereich in Nordrhein-Westfalen

sind heute noch 500 000 Beschäftigte tätig. Wenn diese täglich 18 Minuten länger arbeiten, sind 19 500 Jobs in Gefahr.

Länder: Tarifverträge zum Urlaubs- und Weihnachtsgeld gekündigt

Die zweite Auseinandersetzung betrifft die Bundesländer, die bis auf Berlin und Hessen, in der *Tarifgemeinschaft deutscher Länder (TdL)* organisiert sind. Sie haben bereits im Sommer 2003 die Tarifverträge zum Urlaubs- und Weihnachtsgeld gekündigt. Zwar sind Gewerkschaftsmitglieder, wenn sie zum Zeitpunkt der Kündigung des Tarifvertrages im Arbeitsverhältnis standen, durch die unmittelbare Nachwirkung von Tarifverträgen gemäß Tarifvertragsgesetz geschützt. Dennoch profitieren die Länder von der Kündigung, denn Neuein-

Es geht um mehr ...

Hintergründe zum Arbeitskampf im öffentlichen Dienst

gestellte, gleich ob Gewerkschaftsmitglied oder nicht, stehen nicht mehr unter dem Schutz der Nachwirkung. Angesichts einer deutlichen Fluktuation spart der Arbeitgeber auf Kosten der Neueinstellten. Aber auch wer höhergruppiert wird oder einen befristeten Arbeitsvertrag verlängern will, wird oft gezwungen, per Einzelvertrag auf Urlaubs- und Weihnachtsgeld zu verzichten. In Bereichen mit einem hohen Anteil befristeter Arbeitsverträge, zum Beispiel bei den Universitäten und Unikliniken, kann das sehr viele Beschäftigte betreffen.

Länder: Arbeitszeitvorschriften (West) gekündigt

Der dritte Konflikt betrifft ebenfalls die Länder, denn im März 2004 kündigten sie die Regelungen zur Arbeitszeit für die Landesangestellten in Westdeutschland, um deren Arbeitszeit ohne Lohnausgleich wie bei den Beamtinnen und Beamten zu verlängern. Dies lässt nur einen Schluss zu: Die Tarifgemeinschaft der Länder bekommt den Hals nicht voll und betreibt zielgerichtet Arbeitsplatzvernichtung. Jede Stunde Arbeitszeiterhöhung kostet Arbeitsplätze.

Länder: Weigerung den neuen Tarifvertrag zu übernehmen

Mit diesen Kündigungen der Tarifverträge zum Urlaubs- und Weihnachtsgeld und zur Arbeitszeit-West haben die Län-

der die Basis der „Prozessvereinbarung zur Neugestaltung des Tarifrechts“ verlassen und fortan an den Verhandlungen zum neuen Tarifvertrag für den öffentlichen Dienst (TVöD) nicht mehr teilgenommen. Die Gewerkschaften forderten die Länder zwar mehrfach auf, den neuen Tarifvertrag ebenfalls zu übernehmen. Doch die Länder, bei denen weiterhin der Bundesangestelltentarifvertrag (BAT bzw. BAT-Ost) gilt, weigern sich, den mit den Kommunen und dem Bund ausgehandelten neuen Tarifvertrag zu übernehmen. Sie legen sogar noch eine Kohle drauf: Sie wollen den Tarif für den öffentlichen Dienst verschlechtern. Außerdem wollen sie sich um weitere Angleichungsschritte für das Tarifgebiet Ost mogeln, denn für die Kommunen war vereinbart, dass es mehrere Angleichungsschritte gibt (1.7.2005: 94 Prozent, 1.7.2006: 95,5 Prozent, 1.7. 2007: 97 Prozent). Die voll-

das Streikrecht abgesprochen. Die Gewerkschaft Erziehung und Wissenschaft (GEW) hat bereits in den neunziger Jahren ein Verfahren gegen das deutsche Beamtenstreikverbot bei der Internationalen Arbeitsorganisation, einer Sonderorganisation der UNO mit Sitz in Genf, angestrengt. Und gewonnen. Gleichwohl hält sich die Bundesrepublik nicht daran, weil sie das entsprechende völkerrechtliche Abkommen bis heute nicht vollständig ratifiziert hat. Damit nicht genug: Die große Koalition wird das Besoldungs- und Versorgungsrecht vollständig föderalisieren, also der Regelungshoheit der Länder unterwerfen. Damit wird der Finanzierung nach Kassenlage ein Scheunentor geöffnet.

Es geht um mehr

Längst geht es den Arbeitgebern nicht mehr „nur“ um die vorgenannten stritti-



ständige Angleichung – gilt auch für die Tarifgemeinschaft der Länder – wurde bereits im Tarifabschluss von 2003 vereinbart. Dort waren nämlich noch alle an Bord: Bund, Länder, Kommunen. Für die unteren Vergütungsgruppen soll die vollständige Angleichung spätestens am 31. 12. 2007 und für die höheren Vergütungsgruppen am 31. 12. 2009 erfolgen.

Föderalismusreform

Obwohl es in der gegenwärtigen Auseinandersetzung vordergründig um Angestellte geht, sitzen die Beamten mit im selben Boot. Die im Juli 2003 mit dem Besoldungs- und Versorgungsanpassungsgesetz eingeführte „Öffnungsklausel“ machte es Bund und Ländern möglich, in ihrem jeweiligen Zuständigkeitsbereich Höhe und Zahlungsmodalitäten des Weihnachts- und Urlaubsgelds für Beamte eigenständig zu regeln. Vom Herbst 2003 an haben die Bundesländer schrittweise das Weihnachts- und Urlaubsgeld für ihre Beamten gekürzt. Auf Basis der Arbeitszeitverordnungen der Länder wurde die wöchentliche Arbeitszeit der Beamten auf 40, 41 oder sogar 42 Stunden (in Bayern) erhöht. Für die Beamten beim Bund gilt seit dem 1. Oktober 2004 die 40-Stunden-Woche. Urlaubs- und Weihnachtsgeld wurden gekürzt oder ganz gestrichen. Dies können die Länder per Gesetz oder Verordnung einseitig und ohne Beteiligung der Gewerkschaften beschließen, da sie sich auf den besonderen Status für Beamte berufen. Den Beamten wird im übrigen

gen Punkte. Sie haben Morgenluft gewittert. **An die Stelle des Schutzes des kollektiven Arbeitsrechts durch Tarifverträge soll der Einzelvertrag treten.** Der Flächentarifvertrag wird offensiv in Frage gestellt, sowohl von den Ländern als auch von den Kommunen. Dagegen wehren sich die Beschäftigten. Die Gewerkschaften ver.di und GEW rufen zu weiteren Streiks und Protestkundgebungen auf, denn tariflich geregelte Arbeitsbedingungen müssen erhalten bleiben. Die Arbeitgeber verfolgen das klare Ziel, die Gewerkschaften vorzuführen. Sie setzen darauf, dass die Streiks in Kürze zusammenbrechen. Ihr Ziel ist nicht der Flächentarifvertrag für alle Beschäftigten, sondern sie wollen das Diktat der Arbeitsbedingungen nicht nur für die Beamtinnen und Beamten, sondern für alle Beschäftigten des öffentlichen Dienstes. Die Antwort der GEW darauf lautet: „Auf einen groben Klotz gehört ein grober Keil.“ Es wird alles daran gesetzt, bis zum nächsten Verhandlungstermin die Streikaktionen gemeinsam mit Ver.di nochmals zu verschärfen. GEW und Ver.di haben in den bisherigen Verhandlungen versucht, den Arbeitgebern die Aussichtslosigkeit ihres tarifpolitischen Amoklaufes klarzumachen. Am 9. März 2006 ruft die GEW zu einer zentralen Streik- und Protestveranstaltung auf. Sie steht unter dem Motto „Aus jeder Bildungseinrichtung vertritt ein Pädagoge, eine Pädagogin die Kolleginnen und Kollegen“. Es bleibt spannend.

• BERND SELLIN

Bundesbauminister Wolfgang Tiefensee (SPD) bezeichnete den Sieg seines Nachfolgers Burkhard Jung bei der Leipziger Oberbürgermeisterwahl als „tolles Ergebnis“. Es biete „einen schönen Rückenwind für die künftigen Aufgaben“. Und dann hofft Tiefensee noch, dass mit dem Ende des Wahlkampfes die „öffentliche Miesmacherei“ ein Ende habe. Leipzigs SPD-Chef Gunter Weißgerber sprach in einem „fantastischen Ergebnis“ ...

Soviel Abgehobenheit wäre schon ein paar Karnevalswagen wert gewesen an diesem 26. Februar in Leipzig. Narren waren schließlich genug unterwegs. Wähler leider nicht. Denn zur Nachwahl der am 5. Februar ergebnislos verlaufenden OBM-Wahl kamen nur 129 243 von rund 407 000 Wahlberechtigten. Trotz dieser Beteiligung von nur 31,7 Prozent gilt die Wahl. SPD-Kandidat Burkhard Jung siegte knapp vor dem CDU-Kandidaten, dem Landtagsabgeordneten Uwe Albrecht. Dessen Linkspartei-Landtagskollege Dr. Dietmar Pellmann, der auch langjähriger Leipziger Stadtrat ist, warf nach dem ersten Wahlgang das Handtuch (wie auch der Grünen- und der DSU-Kandidat). Immerhin hatte Pellmann zur jüngsten Landtagswahl noch das Direktmandat in seinem Wahlkreis mit über 30 Prozent geholt – ohne Unterstützung der damals noch nicht existierenden WASG (und in einem teils ländlich geprägten und durchaus schwarz eingefärbten Wahlkreis). Die WASG aber hatte nun auf einer Gesamtmitgliederversammlung mit 91,3 Prozent für den Links-

OBM-Wahl in Leipzig. Das Volk blieb fern

Vor allem wohl auch verstörte Linke, denn viele sahen sich ihres Kandidaten beraubt

kandidaten Pellmann votiert – nicht unwesentlich angesichts noch kommender Ereignisse ... Ungeachtet nicht weniger Ignoranten wie ich es bin, die angesichts der ziemlich ähnlichen Wahlaussagen und der bisherigen Erfahrungen mit den beiden verbliebenen Spitzenkandidaten

schauen kann weh tun. Tatsache ist dennoch, die Bürger reden ihre Stadt nicht mies, wie Tiefensee suggeriert, ihnen wurde nur schlichtweg übel, als sie nach und nach erfuhren, wie sich einige ihrer „Obertanen“ benahmen, um ein jüngst in LN von Dietrich Kittner gebrauchtes Wort zu

verlust für die in Leipzig traditionell starke Linke kommen? Einen Zipfel der Wahrheit hat gewiss Sachsens Linkspartei-Chefin Cornelia Ernst nach dem ersten Wahlgang in einem Interview im *Neuen Deutschland* gelüftet, als sie feststellte: „Vielleicht sind wir bei vielen eher als starke Opposition gefragt“ und ergänzte: „Eine generelle Empfehlung in dieser Hinsicht (gemeint ist eine Wahlempfehlung der Linken für den SPD-Mann – M. W.) ist für die zweitstärkste Kraft im Land nicht der richtige Weg. Wir können nicht auf den Kampf um das Bürgermeisteramt verzichten.“

Das aber ist geschehen. Nicht, dass ich mir einen Linken vorstellen könnte, der ausgerechnet einem an den Zuständen unschuldigen Pellmann zumuten möchte, den Leipziger Augiasstall auszumisten. Das könnte er ohnehin nicht. Aber Wahlstimmen sind schließlich auch ein Ausdruck für stärkere Mitsprache bei Entscheidungen im Stadtrat. Was die Wahlbeteiligung betrifft, so ist zu vermuten, dass gerade ein beträchtlicher Teil der 21 867 Leipziger, die beim ersten Wahlgang den Linkskandidaten wählten, nun zu Hause blieb. Siehe oben, was sollte man wählen? Jungs Ansage, Tiefensees Erbe fortsetzen zu wollen, missfiel ebenso wie Albrechts klare Absicht, städtische Pfrün-



de zu privatisieren. Hinzu kam ein in der Leipziger Linkspartei jetzt zu verarbeitender Frust bei einem gewiss nicht kleinen Teil ihrer Wählerschaft über die ganz und gar nicht versteckte Wahlempfehlung für die SPD, um CDU-Albrecht zu verhindern. Und das, nachdem Jung ein Gesprächsangebot nach dem ersten Wahlgang höhnisch zurückgewiesen hatte.

Verstört hat dieses Einschwenken auf Jung, das vielen wie eine Anbiederung erschien, gewiss auch WASG-Wähler und -Sympathisanten: Viele von ihnen haben eben erst der SPD den Rücken gekehrt, weil sie deren unsozialdemokratische Politik nicht mehr mittragen können – für die ein Burkhard Jung als bisheriger Dezernent manches traurige Beispiel geliefert hat. Nicht einmal die von der CDU angestrebte Privatisierung weiteren städtischen Tafelsilbers wird mit Jung völlig zu verhindern sein. Oder?

Aber schon fordert wie auf Bestellung sein Parteifreund Stadtrat Gunter Müller die Privatisierung der LWB. Tiefensee wollte das ja „bis zum Herbst“, dem vergangenen, selbst schon entschieden haben. Nur weiter so! • **MAXI WARTELSTEINER**

Nach einer Wahlbeteiligung von lediglich 31,7 Prozent wurde Burkhard Jung von der SPD im zweiten Wahlgang vom 26. Februar neuer Leipziger Oberbürgermeister. Er erhielt 51,6 Prozent der Stimmen. Das sind jedoch nur 16 Prozent der Wahlberechtigten. 84 Prozent wollten ihn somit nicht als OBM.

überzeugt sind, dass es am Ende wirklich egal ist, ob im verfilzten Leipzig ein SPD- oder ein CDU-Mann das Oberbürgermeistergehalt bezieht, gab es natürlich schon einen ebenso starken wie berechtigten Willen, einen CDU-OBM zu verhindern. Nur, als Pellmann seine Kandidatur zurückzog, war Tausenden Linkspartei- wie WASG-Anhängern das Objekt ihrer Wahl entzogen worden.

Mit wem ich auch sprach, ich stieß fast nur noch auf potentielle Nichtwähler. Manche begründeten die erste Wahlverweigerung ihres Lebens ganz drastisch, sie hätten ja nun nur die Wahl zwischen Pest und Cholera. Tja, dem Volk aufs Maul zu

zitieren.

Unabhängig davon akzeptierte man Dietmar Pellmanns Entscheidung, beim zweiten Wahlgang nicht mehr anzutreten und verstand, dass der geachtete Politiker keinesfalls Albrechts Chancen erhöhen wollte. Und mancher Linkswähler hat auch den Kompromiss akzeptiert, nun lieber Jung als Albrecht zu wählen, um wenigstens von seinem Wahlrecht Gebrauch zu machen. Wobei auch die auffallend vielen ungültigen Stimmen von Wählern, die keinem der Kandidaten ihre Stimme geben wollten, ein bedenkenswertes Signal sind.

Die entscheidende Frage aber ist: Wie konnte es zum Stimmen-

LN erreichte dieser Tage ein offener Brief aus der Leipziger Anwaltskanzlei Costabel & Wenniges an den Leiter des Ordnungsamtes, Dr. Beital, der sich derzeit für den Posten eines Beigeordneten der Stadt Leipzig bewirbt. Die in diesem Brief genannten Fakten werfen ein so bezeichnendes Licht auf Leipziger Zustände, dass wir sie unseren Lesern nicht vorenthalten wollen (redaktionell gekürzt).

Sehr geehrter Herr Beital, auf Grund von Presseberichten haben wir zur Kenntnis genommen, dass Sie sich für den nach dem Abgang von Herrn Tschense vakanten Posten des Beigeordneten beworben haben. In einem Interview mit der LVZ lobten Sie Ihre bisherige Tätigkeit und haben ganz besonders hervorgehoben, dass die örtliche Ausländerbehörde vor ein paar Jahren zu der freundlichsten und kompetentesten in der Bundesrepublik gewählt worden ist. (...) Aber: Die Wahrheit sieht – was allen Beteiligten klar ist – ganz anders aus. Diese Behörde gehört mittlerweile zu den langsamsten in der Bundesrepublik. Die Bearbeitung von Anträgen ausländischer Mitbürger dauert bis zur Bescheidung durch die Mitarbeiter Ihrer Behörde unverhältnismäßig lange. Die Bearbeitung eines Antrags auf Einbürgerung dauert mittlerweile über ein

Von wegen kompetent und freundlich

Ausländerbehörde ist kein Aushängeschild für Dezernat-Bewerber Dr. Beital

Jahr, was im bundesdeutschen Durchschnitt absolute negative Spitze ist. Diverse Untätigkeitsklagen sind deshalb beim hiesigen Verwaltungsgericht anhängig. Die Sachbearbeiter, die eigentlich die Einbürgerungsanträge bearbeiten und bescheiden sollten, sind zunehmend damit beschäftigt, für die Rechtsabteilung der Stadt und für das Verwaltungsgericht Sachstandsberichte zu fertigen. Darüber hinaus ist festzustellen, dass Mitarbeiter in dieser wichtigen Behörde nur verkürzt arbeiten, d. h. 30 Stunden im Mo-

nat. Gleichzeitig erlaubt sich die Behörde aber den Luxus, zwei Wachleute einer externen Wach- und Schließgesellschaft zu beschäftigen, die nichts anderes zu tun haben, als während der Öffnungszeiten im Wartebereich zu stehen. Allein die Tatsache, dass eine externe Security-Firma die Behörde und ihre Mitarbeiter bewacht, ist (...) eine Diskriminierung der ausländischen Mitbürger Leipzigs, denn diese Maßnahme impliziert – zumindest unterschwellig –, dass es sich bei den ausländischen Mitbürgern der Stadt um

potentielle Gewalttäter handelt.

Die Aufgabe dieser Wachmänner (...) besteht während der Umbauphase der Behörde und auch noch danach darin, nach eigenem Gutdünken Besuchern den Zutritt zu verweigern und auf der Straße warten zu lassen. Unsere Mandanten berichteten uns, dass es den Wachmännern hierbei vollkommen egal war, ob es draußen kalt war oder ob es regnete oder ob es den Mitbürgern aus gesundheitlichen Gründen nicht zugemutet werden konnte, draußen in Kälte und Nässe zu warten. Ist das Ihre Vorstellung einer kundenfreundlichen und kompetenten Ausländerbehörde?

Daher unser Vorschlag, der von allen unseren Mandanten geteilt wird: Beenden Sie diese diskriminierenden Maßnahmen und setzen Sie das damit eingesparte Geld in das Personal ein.

Die Bearbeitungszeiten müssen zwingend verkürzt werden, damit nicht noch weitere Untätigkeitsklagen, die allesamt Geld und Zeit und Nerven kosten, notwendig sind. Auch die eine oder andere Dienstaufsichtsbeschwerde könnte so vermieden werden.

MIT FREUNDLICHEN GRÜßEN
RECHTSANWALT STEFAN COSTABEL

LN. Der gegenwärtige Leipziger Ordnungsamtsleiter Beital (CDU), der sich vehement als Beigeordneter in Stellung bringt, fordert nun sogar, die Bürger sollten über das Beigeordnetenamt per Bürgentscheid votieren.

Damit, so der stellvertretende Fraktionsvorsitzende der Linkspartei, Reiner Engelmann, schieße der Mann den Vogel ab. So viel Selbstüberschätzung, gepaart mit Unkenntnis der Rechtslage, habe seit 1990 bisher noch kein Leipziger Amtsleiter ge-

zeigt: „Wer sich, wie Beital, als kompetenter Jurist versteht, sollte wenigstens die Sächsische Gemeindeordnung kennen, die das Verfahren zur Wahl von Beigeordneten regelt. Zuständig ist eindeutig der Stadtrat, und das sollte auch so bleiben. Bürgerbegehren und Bürgerentscheide sind wesentliche Instrumente direkter Demokratie, sollten aber nicht für die Befriedigung persönlicher Eitelkeiten missbraucht werden.“

Vogel abgeschossen

Wieder wird die Schulnetzplanung der Stadt Leipzig diskutiert. Die Perspektiven und Wege bis 2015 sind aufgezeichnet.

Im Mai 2006 wird dieser umfangreiche Plan durch den Stadtrat verabschiedet. Zur Zeit wird er in den Schulkonferenzen mit Schülern, Eltern, Lehrern diskutiert und diese erarbeiten dazu Stellungnahmen. In den nächsten Wochen soll er in den Stadt-be-zirks-beiräten und Ortschaftsräten und dann im Fachausschuss beraten werden.

Im heutigen LN-Beitrag wendet sich Linkspartei-Stadträtin Margitta Hollick nicht nachvollziehbaren Plänen um zwei Leipziger Gymnasien zu. In weiteren Beiträgen wird sie sich mit Problemen an Berufsschulen sowie damit beschäftigen, ob es die Kant- und Weiße-Schule geschafft haben oder ob sie weiter vom Mitwirkungszug bedroht sind.

Burkhard Jung sagte in seinem LN-Interview (LN 4'05), dass Linksfraktion und SPD in vielen schulischen Absichten inhaltlich übereinstimmen, gleichzeitig bekannte er: aber nicht beim Problem Schulschließungen. Da hat er eindeutig recht.

Sicher bin ich nicht in den Zwängen eines Beigeordneten oder gar künftigen Oberbürgermeisters. Denn seit Jahren verlangt das Sächsische Ministerium für Kultus, Leipzig solle noch mindestens ein Gymnasium schließen; möglichst sogar zwei. Dabei ist bereits jedes dritte Gymnasium seit 1995 geschlossen worden. Seit drei

Die Frage ist nicht: Ostwald-Schule oder Hertz-Schule

Leipzig braucht beide Gymnasien an ihrem Standort

Wahlperioden, nämlich seit die Ostwald-Schule in städtischer Trägerschaft ist (damals war Wolfgang Tiefensee Oberbürgermeister), wurde die Sanierung dieser Schule verschleppt. Mehrmals tagte der Fachausschuss in der Schule, wurden angeblich die Geldmittel für die Sanierung eingestellt. Aber passiert ist nichts.

Die Ostwald-Schule ist ein Gymnasium in städtischer Trägerschaft, in dem Schülerinnen und Schüler mit mathematisch-naturwissenschaftlichen Begabungen lernen. Die Schule gehört in den Leistungswettbewerben deutschlandweit zu den erfolgreichsten Gymnasien. Das betrifft Mathematik- und Chemie-Schülerolympiaden ebenso wie Wettbewerbe im Bereich der Sprachen, der Musik und des Sportes. Bei der Initiative „Jugend forscht“ erhielten die Schülerinnen und Schüler immer sehr gute und gute Prädikate.

Die äußeren Bedingungen dieser Schule im Stadtteil Löbnig sind ungünstig. Sie besteht aus zwei Plattenbauschulen, muss saniert werden. Die inneren Bedingungen dagegen sind ausgezeichnet. Die Schüler haben Platz zum Experimentieren, zum

Forschen, zum Lernen. Die Wege zur Universität zu den Hochschulen, mit denen sie kooperieren, sind kurz, aber auch Entspannen und sportliche Betätigung zwischendurch ist möglich durch das Landschaftsschutzgebiet „Silbersee“. Die Ostwald-Schule hat ihren festen Platz in Löbnig. Die Lernatmosphäre ist sehr gut. Die Ergebnisse, siehe oben, sprechen für sich.

Sicher ist die finanzielle Situation der Stadt ungünstig, aber seit sieben Jahren ruft die Verwaltung kaum noch Fördermittel aus Dresden für die Rekonstruktion von Schulen ab.

Notwendige Eigenmittel zu Fördermitteln wurden eher zur Sanierung von Straßen statt der von Schulen eingesetzt. Die Fraktion der Linkspartei.PDS kritisierte das zwar in allen Haushaltsreden, konnte sich aber nicht durchsetzen.

Nun soll die Ostwald-Schule endlich bessere Bedingungen erhalten, allerdings zu Lasten von Schülerinnen und Schülern der Hertz-Schule im Leipziger Osten. Im Zeitraum 2008 – 2010 sollen ihre Schülerinnen in das Gymnasium nach Engelsdorf wechseln.

Dieser Umzug kostet mindestens eine Million Euro, wahrscheinlich mehr. Würde man dieses Geld für das Ostwald-Gymnasium verwenden, wäre zudem der Stadtteil aufgewertet und der Schul-Standort erhalten.

Studenten der Handelshochschule Leipzig legten ein Konzept zur möglichen Einwerbung von Mitteln vor, an dem die Stadtverwaltung offenbar uninteressiert ist. Aus dieser studentischen Arbeit geht auch hervor, warum der Gymnasium-Standort Löbnig erhaltenswürdig ist. Schließlich, wer gibt schon so einen erfolgreichen Standort auf?

Es ist auch nicht nachzuvollziehen, dass sich für die Schülerinnen und Schüler der Hertz-Schule die Bedingungen verändern sollen. Dieses Gymnasium wertet den Leipziger Osten auf, gibt ihm und den Standort Paunsdorf für Familien mit Kindern Zukunft. Auch an dieser Schule wird seit Jahren eine kreative pädagogische Arbeit geleistet.

Die Absicht, alle Klassen eventuell nach Engelsdorf umzusetzen, ist nicht durchsetzbar. Engelsdorf hat seine Platzkapazität bis 2010 auf jeden Fall ausgelastet. Will man dort etwa investieren? Wozu? Woher kommt das Geld, das man doch für die Ostwald-Schule nicht aufbringen kann, oder will? Das wären eine nicht nachvollziehbare schulpolitische Entscheidung, aus der für niemandem Nutzen erwächst.

Die Mitglieder der Links-Fraktion werben deshalb für den Erhalt beider Gymnasien an ihrem Standort, auch wenn der neue OBM und bisherige Schuldezernent eine andere Meinung zu Schulschließungen hat

• MARGITTA HOLLICK

Der Meinungsforscher Prof. PETER FÖRSTER informierte kürzlich während einer Veranstaltung der Rosa-Luxemburg-Stiftung Leipzig über die aktuellen Ergebnisse der Befragung junger Ostdeutscher der Jahrgänge 1972/73, die er im Rahmen einer Längsschnittstudie seit 1987 regelmäßig auf der Basis von Fragebögen interviewt.

Unter dem Titel „Die Dreißigjährigen heute“ hatte Peter Förster bereits in Leipzigs Neue vom 5. März 2004 ausgewählte Ergebnisse der jährlichen Befragung von Jung-erwachsenen auf ihrem Weg von der DDR in die Bundesrepublik über einen Zeitraum von 15 Jahren vorgelegt. Aus den Resultaten konnte man eine wachsende Unzufriedenheit der Mehrheit der Befragten mit der kapitalistischen Wirtschaftsordnung und dem politischen System der BRD, Zweifel an der Zukunftsfähigkeit der Gesellschaft und damit verbunden, abnehmende Zuversicht, ablesen. Diese Trends haben sich, wie der Autor berichtete, in den letzten zwei Jahren weiter verstärkt.

Als entscheidender Einflussfaktor und Hauptursache der wachsenden Enttäuschung haben sich dabei immer mehr persönliche Erfahrungen mit der Massenarbeitslosigkeit im Osten erwiesen.

Bis zum Jahre 2005 erlebten 94 Prozent der Befragten Arbeitslosigkeit selbst oder im Familienbereich.

Eine lebensunfrohe Generation

35 Prozent waren mehrfach, 33 Prozent einmal arbeitslos. Die Arbeitslosigkeit zersetzte wie ein Virus Selbstbewusstsein und Lebensfreude, nährte Ängste vor der Zukunft, verstärkte Zweifel und hatte teilweise erhebliche nachteilige Folgen für die psychische und physische Gesundheit der Befragten. Diese negativen Auswirkungen sind in amtlichen Statistiken meistens nicht ablesbar und werden von der Politik unterschätzt und

Mehr als die Hälfte der Befragten ist deshalb auch der Meinung, dass ohne Arbeit keine Freiheit existiert.

kleingeredet.

Professor Förster berichtete, dass ihm neben den Fragebögen zahlreiche zusätzliche Meinungsäußerungen, Briefe und Stellungnahmen der Jungerwachsenen vorliegen, aus denen diese verhängnisvolle Situation hervorgeht. Sie führte dazu, dass die Bereitschaft, Kinder zu haben, abnimmt, die Angst vor persönlicher Notlage und Altersarmut (!) steigt und individuelle Freiheiten als eingeschränkt empfunden werden.

Mehr als die Hälfte der Befragten ist deshalb auch der Meinung, dass ohne Arbeit keine Freiheit existiert. In diesem Zusammenhang ist es interessant, dass sozialistisches Gedankengut nicht aus den Köpfen der jungen Ostdeutschen verschwunden ist. 80 Prozent sind der Meinung, dass die eigentlichen Machthaber in der BRD die großen Konzerne und Banken sind, 58 Prozent sind überzeugt, dass auch heute noch die Ausbeutung der Arbeiter eine Tatsache ist und 52 Prozent sagen sogar, es gäbe noch Klassenkampf.

Die Bereitschaft zum Widerstand ist im Gegensatz zu Enttäuschung und Unzufriedenheit nur langsam gewachsen. 19 Prozent der Befragten (1995 – 8%) waren 2005 zum aktiven Protest bereit, 10 Prozent zum politischen Engagement. Prof. Förster ist für die umfangreiche und fleißige Arbeit, die er in den letzten Jahren – weitgehend auf sich allein gestellt – leistete, zu danken. Man darf auf die weitere Entwicklung seiner Längsschnittstudie in den nächsten Jahren gespannt sein. Die öffentlichkeitswirksame Auswertung der Ergebnisse steht noch aus.

• MANFRED BOLS



Die FDJ feiert am 7. März ihren 60. Geburtstag.

Herzlichen Glückwunsch!

Ja, die Freie Deutsche Jugend gibt es noch. Und der sozialistische Jugendverband ist sogar ziemlich aktiv. Unter www.fdj.de findet sich viel Mutmachendes, auch dieser Standpunkt:

„Wollt ihr etwa die DDR wiederhaben?“ fragt man uns und wir sagen:

Wir wollen: Einen Staat, in dem man nicht länger vor Hartz & Rürup und all den anderen Knechtern und Lohnrückern Angst haben muss! Einen Staat, in dem das alles, diese verlogene „soziale“ Marktwirtschaft abgeschafft wird! Einen Staat, in dem es Sinn macht, zu lernen, zu studieren, zu arbeiten, wo jede Hand, jeder Kopf gebraucht wird, ohne Massenarbeitslosigkeit! Einen Staat, in dem Kinder nicht länger zum Kostenfaktor erniedrigt sind. In dem Frauen Hochschulen besuchen, statt am Herd zu versauern! Einen Staat, den wir gemeinsam planen, selber entscheiden, über den Reichtum, den wir gemeinsam schaffen! Einen Staat ohne eine Hand voll Milliardäre hier und Millionen Arme dort! Einen Staat, in dem die Fabriken und all das, was wir erarbeiten, uns gehört! Einen Staat, in dem die Konzerne und Banken, die Siemens, Daimler & Deutsche Bank, die sich an unserer Arbeit bereichern und zwei Weltkriege angezettelt haben, endlich enteignet werden! Einen Staat, in dem der Frieden Grundsatz ist! Einen Staat, der kompromisslos gegen Nazis vorgeht, gegen die mit Knüppeln und die hinter Schreibtischen! Einen Staat, der Menschen nicht abschiebt, sondern sie willkommen heißt, in dem Völkerfreundschaft Grundsatz ist! Einen Staat, in dem all denen der Mund verboten wird, die nach „Ostgebieten“ brüllen und in Landsmannschaften Blut und Boden frönen! Einen Staat, der überall dort hilft, wo man den Menschen noch bedrängt! Einen Staat eben, für den man sich anderen Orts nicht schämen muss. ...



Streichkultur

In der jüngsten Sitzung des Landtags-Ausschusses für Kultur hat der Sprecher der Linksfraktion.PDS, Dr. Volker Külöw, auf die komplizierte Situation der Kulturhauptstadtbewerbung aufmerksam gemacht, die nach den massiven Kürzungsvorschlägen des Regierungspräsidiums für die Haushaltskonsolidierung der Stadt Görlitz entstanden ist: „Die Horrorstreichliste des Regierungspräsidiums, die u. a. die Schließung des Görlitzer Theaters beinhaltet, zeigt das janusköpfige Agieren der Staatsregierung bei der Bewerbung. Einerseits erklärt sie immer wieder verbal ihre volle Unterstützung; andererseits torpediert das dem Innenministerium unterstellte Regierungspräsidium faktisch auf der Zielgeraden diese Bewerbung, indem Görlitz im Kulturbereich Kürzungen in Millionenhöhe zugemutet werden. In diesem Kontext ist es sehr bedauerlich, dass die Mitglieder der Regierungsfractionen in der heutigen Ausschusssitzung dieses doppelzüngige Spiel mitgemacht, den verordneten Zwangskurs zur Haushaltskonsolidierung rückhaltlos verteidigt und damit Görlitz den Schwarzen Peter zugeschoben haben. Ministerin Ludwig ist nunmehr dringend aufgefordert, mit dem Innenministerium eine Regelung zu finden, die die Kulturhauptstadtbewerbung nicht weiter gefährdet.“

Zeigt, wie wichtig Aschemänner sind!

Aus Peter Porschs Aschermittwochrede in Chemnitz

Frau Merkel und ihre Große Koalition haben gerade ihre ersten hundert Tage beendet. Bei denen ist auch der Fasching vorbei. Bereiten wir uns endgültig auf die Fastenzeit vor und warten wir gespannt auf die Osterfeier, die uns diese Koalition verstecken wird. Wie es aussieht, könnten sie allesamt faul sein.

Der seit letztem Sonntag nun endgültig ehemalige Leipziger Oberbürgermeister hätte sich durchaus Asche auf's Haupt streuen können angesichts des von ihm zu verantwortenden Niedergangs von Leipzig ... Viel Staub aufgewirbelt, kaum etwas dafür bekommen, ist das Fazit seiner Amtszeit. Der Filz in der Stadt verschluckt noch den Lärm um nichts. Zur Oberbürgermeisterwahl, der Wahl zum zweitwichtigsten Amt im Freistaat, wie Herr Milbradt meinte, kommt allerdings gerade noch ein Drittel der Wahlberechtigten. Und da will mir Herr Stoiber Staub in die Augen blasen mit seinem „die Deutschen fassen wieder Vertrauen

zur Politik“. Das Vertrauen ist versunken – z. B. im tiefen See und bei Lehmann in der Grube.

Manchmal werde ich den Gedanken nicht los, dass wir Ostdeutschen Bananen wollten und eine Bananenrepublik bekommen haben. ... Der OBM wurde schließlich von etwas mehr als 15% der Wahlberechtigten gewählt. Und der Kandidat, der 100% Leipzig schrie, bewegte damit nicht einmal mehr ganze 14%. Wenn wir eine Entwicklung zulassen, bei der, wie in Leipzig, am Ende sich nur mehr SPD und CDU als angebliche Alternativen gegenüberstehen, wenn wir Große Koalitionen als die angeblich beste Lösung in schwierigen Zeiten ansehen und dem nichts entgegen zu setzen haben, werden wir einen Weg gehen, der uns am Ende zwei Staatsparteien beschert und nicht nur eine.

Wir haben eine Polizeiführung, die lässt in falsche Wohnungen eindringen und dabei zwei Hunde erschießen. Soll sie aber

dafür sorgen, ein entführtes und gequältes Mädchen zu finden und zu befreien, so fehlen ihr Adressen einschlägig Vorbestrafter und die Wohnungstür muss erst ein Schlüsseldienst öffnen. Und dass es unter der SPD keinen Deut besser wäre, zeigen die Zustände in ihrem kleinen Artenschutzgebiet Leipzig. Ich sage nur Olympiabewerbung, Tschense, Kaminski, LWB, Beschäftigungsgesellschaft, LVB usw. usw.

Der Staubaufwirbler Stoiber verkündet uns, die Deutschen sind optimistischer geworden. Ich frage welche? Die Hartz-IV-Betroffenen, die Arbeitslosen, die ungeliebten Alten, die perspektivlosen Jungen?

Zeigt doch mal jenen, die aus ihren Vermögen schon lange keine Verpflichtungen mehr für die Allgemeinheit ableiten, wenigstens, wie wichtig Aschemänner sind. Wann bricht eigentlich für die großen Konzerne und ihre Aktionäre, Aufsichtsräte und Vorstände eine Fastenzeit an?

Jeder vierte Regionalzug fiele aus

LN. Nach dem geplanten Haushaltsbegleitgesetz 2006 sollen die Bundeszuweisungen für den Schienenpersonennahverkehr in Sachsen, die sogenannten Regionalisierungsmittel, bis 2009 schrittweise um 2,3 Milliarden Euro jährlich auf unter 5 Milliarden Euro gekürzt werden.

„Wenn das wahr würde“, erklärte MdL Monika Runge, Linksfraktion.PDS, „müssten die fünf Verkehrsverbände in Sachsen bis 2009 jeden vierten Regionalzug abbestellen. Schon für das laufende Haushaltsjahr ergeben sich riesige Probleme.“ Sie weist darauf hin, dass die

Regionalbahnen bereits zwei Monate in dem Rahmen fahren, in dem gemäß Gesetz zur Regionalisierung des öffentlichen Personenverkehrs bisher die Zuweisungen des Bundes erwartet werden.

Insbesondere betroffen wäre der infolge massenhaften Schulschließungen seit Beginn des letzten Schuljahres ausufernde Schülerverkehr. Denn 30 der 53 Millionen Euro, die in diesem Jahr im Staatshaushalt zur Preisstützung im Schülerverkehr bereitstehen, stammen aus den Einnahmen an Regionalisierungsmitteln.

Zeugnisverweigerung

LN. Der Verfassungs- und Rechtsausschuss des Landtages beriet vorige Woche über den Antrag der Linksfraktion.PDS „Pressefreiheit wirksam schützen“. Dabei geht es um die Ausweitung des Zeugnisverweigerungsrechts auf Journalisten und ihren Schutz vor Ausforschung durch die Ermittlungsbehörden. Dem Vorschlag wurde mit einem mehrheitlich beschlossenen Änderungsantrag von CDU und SPD zugestimmt, wonach die Staatsregierung beauftragt wird, sich auf Bundesebene für eine Harmonisierung der Vorschriften zum Zeugnisverweigerungsrecht einzusetzen.

Leipziger und sächsischer Arbeitsmarkt im Februar

Trist und ohne Lichtblicke

Im Februar wurde sowohl im Leipziger Arbeitsagenturbezirk mit 79 466 (+ 582) als auch in ganz Sachsen mit 428 413 (+ 8180) die Anzahl der registrierten Erwerbslosen vom Januar noch einmal übertraffen. Gegenüber dem Vorjahr scheint es jeweils eine Verbesserung zu geben, aber durch die Herausnahme der Arbeitsgelegenheiten (I-Euro-Jobs nach Hartz IV) aus der Statistik ist eine exakte Vergleichbarkeit nicht mehr gegeben.

Nachdem Ministerpräsident Milbradt zu Jahresbeginn behauptet hatte, mit der Einführung von Kombilöhnen könne die Zahl der Arbeitslosen mindestens halbiert werden, musste jetzt Arbeitsminister Jurk eingestehen, dass die sächsische Regierung gar kein eigenes Kombilohn-Modell hat.

Der sächsische DGB-Vorsitzende Hanjo Lucassen zeigte sich angesichts der aktuellen Arbeitsmarktzahlen besonders besorgt über den weiteren Anstieg der Jugendarbeitslosigkeit, von der rund 51 000 Personen betroffen sind. Er kritisierte die Qualität der Angebote an offenen Stellen, sie seien häufig veraltet.

Im Leipziger Agenturbezirk waren im Februar die ABM-Stellen (- 107) und Fortbildungsstellen (- 175) rückläufig. Gestiegen ist wieder die Anzahl an Langzeitarbeitslosen - um 1374. Ob der Zugang an gemeldeten freien Stellen gegenüber Januar (+ 475) und der Bestand an freien Stellen (+ 502) einen positiven Trend markiert, muss sich in den nächsten Monaten erst erweisen. • G. L.

21. Februar

Dresden. Der amtierende Landeschef der rechtsextremen „Republikaner“, Mario Heinz, hat seinen Vorgänger Martin Kohlmann wegen der Unterschlagung von Parteigeldern angezeigt. Die Staatsanwaltschaft Chemnitz ermittelt in dieser Sache und wegen Urkundenfälschung im Zusammenhang mit Unterstützertestschriften zur Bundestagswahl.

22. Februar

Dresden. Vor der Abstimmung im Stadtrat über den Verkauf der städtischen Wohnungsbaugesellschaft Woba an die Fortress Deutschland GmbH warnen der DGB Dresden, der Deutsche Mieterbund und eine Mieterinitiative vor den negativen sozialen, städtebaulichen und finanziellen Folgen.

23. Februar

Dresden. Der Präsident der Landesärztekammer, Jan Schulze, lehnt namens der Ärzte das am 1. April in Kraft tretende Arzneimittelparapaket ab, „weil hier nicht mehr der medizinische Bedarf, sondern die Ökonomie im Vordergrund steht“.

Leipzig/Heuersdorf. Die Mitteldeutsche Braunkohlegesellschaft kündigt die Ein-

SACHSEN-CHRONIK

21. Februar bis 6. März

leitung von Grundabtretungsverfahren gegen die Bewohner an, die bis Ende 2006 nicht zur Umsiedlung bereit sind. Im Ort wohnen noch 88 Bürger, 43 weigern sich umzuziehen.

Leipzig. Für die Automesse AMI haben sich 450 Aussteller angemeldet. Die Ausstellungsfläche ist um drei Prozent auf 130 000 Quadratmeter gewachsen.

Kamenz. Nach Mitteilung des Statistischen Landesamtes wurden 2005 in Sachsen 166 152 fabrikneue Autos zugelassen, 1,4 Prozent mehr als 2004. 85 Prozent der neuen Autos sind PKWs.

24. Februar

Dresden. Umweltschützer ermitteln eine Überschreitung der Feinstaubkonzentration, die die EU-Grenzwerte um das Dreifache überschreitet.

28. Februar

Dresden. Im Fall der wochenlang von

einem Sexualstraftäter verschleppten 13-jährigen Stephanie gesteht die Polizei Ermittlungsfehler ein. Wegen eines Recherchefehlers eines Ermittlers sei der Täter durch das Fahndungsrastrer gefallen.

Dresden. Die Landesregierung stimmt dem Projekt „Begleitetes Fahren ab 17“ zu. Die Ausbildung an Fahrschulen kann mit 16 Jahren begonnen werden.

1. März

Dresden. Das von Kultusminister Flath initiierte Gesetz über die Finanzierung der 295 Freien Schulen in Sachsen, das bereits vom Kabinett bestätigt werden sollte, ist fraglich geworden. Nicht nur die Landtagsopposition lehnt das Gesetz wegen der Mittelreduzierung ab, auch Abgeordnete von SPD und CDU können die Vorschläge nicht akzeptieren.

Dresden. Aus einer Antwort von Finanzminister Metz auf eine FDP-Anfrage

geht hervor, dass in Sachsen 2005 nur 9,7 Prozent der Beamten bis zum 65. Lebensjahr gearbeitet haben.

2. März

Dresden. Abfallexperten aus Tschechien und Deutschland und Vertreter des Zolls vereinbaren wirksamere Kontrollen zur Vermeidung illegaler deutscher Mülltransporte nach Tschechien.

Dresden. Eine Studie offenbart neue Fakten zur Affäre um die Landesversicherungsanstalt: Leitende Mitarbeiter des Reha-Bereichs haben seit 1993 Geschenke der ehemaligen Betreiberin einer Klinik in Brandis angenommen.

Borna. Die Stadt zieht die Baugenehmigung für eine von Rechtsextremen geplante Gedächtnisstätte zurück. Der Bauherr geht in Widerspruch.

3. März

Leipzig. Mit der Abweisung der Schadenersatzklage des Unternehmers Hausbächer über 140 Millionen Euro gegen die Landesbank Sachsen und dessen angekündigtem Revisionsantrag geht der langandauernde Streit, bei dem auch Ministerpräsident Milbradt und Minister Metz unter Druck gerieten, in eine neue Runde.

Dienstagmorgen, 28. Februar. Nachrichtenprogramme melden: Baden-Württembergs Ministerpräsident Oettinger habe vorgeschlagen, die Studenten seines Bundeslandes für ein paar Semester nach Ostdeutschland zu schicken, damit sie auch einmal in den Genuss von leeren Hörsälen kommen können. Die sächsische Regierung habe sich daraufhin wohlwollend zu dem Vorschlag geäußert und mitgeteilt, dass sie dies überprüfen möchte.

Überprüfen wir besser selbst – am Beispiel der Universität Leipzig. Seit der 30prozentigen Haushaltssperre von 2003 sind Lehrstühle gestrichen, Veranstaltungen ebenfalls, aber die Studentenzahl pro Dozent hat sich erhöht.

2005 konnte weder Geld noch Personal aufgebracht werden, um VWL-Diplomanden eine Verteidigung zu bieten.

In Chemie werden vom ersten Semester an Praktika gekürzt, um wenigstens allen Studierenden auch die Möglichkeit zu geben, sich praktisch im Labor zu betätigen. Zudem hat sich die Studentenzahl innerhalb der letzten fünf Jahre mehr als verdoppelt. Da keine neuen Betreuer eingestellt werden können, gibt es demzufolge auch keine optimale Betreuung. Vor allem für die Erstsemester in den Laboren wäre dies sehr wichtig. Teilweise müssen die Assistenten einspringen. Da die meisten Studenten zum Wintersemester an die Hochschule stürmen, haben die wissenschaftlichen Assistenten nur noch im Sommersemester wirklich Zeit, sich einer ihrer wichtigsten Aufgaben zu widmen – dem Forschen. Die Anzahl der Praktikumsstunden ist von 21 auf 15 reduziert worden, d. h. die Zeit wurde um ein Viertel gekürzt. Teilweise müssen studentische Hilfskräfte zusätzlich dafür sorgen, dass die Betreuung gesichert ist.

In verschiedenen Fakultäten werden Pflichtvorlesungen mehrmals gehalten, damit jeder Student der jeweiligen Studienrichtung wenigstens die Chance erhält, dabei gewesen zu sein. So auch in Germanistik. In diesem Fach kommen auf 3000 Studenten 12 Professoren, ein paar Gastlehrer und Assistenten.

Inzwischen sind einige Fächer nur noch über einen Numerus clausus zu belegen. Unter anderem Germanistik im Lehramtsbereich. So immatrikulieren sich statt 1000 pro Jahr nur noch 650 Studenten. Doch auch das Lehrangebot in diesem Fach wird spärlicher. Erst kürzlich ist eine Professorin verstorben, so dass dieser Lehrstuhl wieder einmal gestrichen

Macht sich Baden-Württembergs Ministerpräsident lustig über Ost-Universitäten – oder was sonst seine Idee?

Kommt her, wir haben noch Platz!



Während einer Demonstration aufgebrachtener Studenten der Berliner Humboldt-Universität gegen Rotstiftungspläne des roten Senats

werden konnte. Meist warten die Universitäten darauf, dass ein Professor eines Lehrstuhls abtritt, damit der ganze Lehrstuhl gestrichen werden kann. So kommt es, dass eine ganze Anzahl von Lehrveranstaltungen auf einmal nicht mehr angeboten wird. Die Studenten sind dadurch gezwungen, intensiver als zuvor, Selbststudium zu betreiben.

Mit dem Wegfall der Professorenstellen gehen nicht nur die Professoren. Alle wissenschaftlichen Mitarbeiter und Hilfskräfte müssen sich genauso von der Universität verabschieden. In Germanistik fallen bis 2008/09 z. B. vier Stellen weg, an diesen lehrten und forschten auch drei wissenschaftliche Mitarbeiter, die den Studenten durch Seminare vertraut waren. Nur eine wissenschaftliche Mitarbeiterin schafft die vollständige Integration ins Institut, die anderen an den betroffenen Lehrstühlen müssen gehen.

Fächersterben

Auch wenn die Lehrveranstaltungen nicht mehr angeboten werden, in den Prüfungen ist das Fach dennoch für eine Weile noch vertreten. Meistens lässt man Lehrstühle und unliebsame Fächer einfach auslaufen. Beispiel dafür ist die Niederlandistik: Seit zwei Jahren gibt es keine Immatrikulationen mehr. Die Studenten, die sich für das Fach immatrikuliert haben, finden immer weniger optimale Lehrveranstaltungen. Die Uni wartet nur darauf bis die letzten ihre Prüfung absolviert haben. Und dann ist es so, als

hätte es dieses Fach niemals gegeben.

Ein ähnliches Problem spitzt sich bei den Historischen Hilfswissenschaften zu. Seit letztem Sommersemester ist es nur noch als Nebenfach möglich, obwohl ungefähr 90 Studenten immatrikuliert sind. Dieses Fach wird nur noch über Lehrvertretungen aufrechterhalten, bis es ganz verschwindet.

Raritäten, die die Uni Leipzig als eine besondere Adresse darstellen, werden auch nicht immer vor den Einschnitten verschont. So wurde im September 2003 im Historischen Seminar der Lehrstuhl für Byzantinistik gestrichen. Diesen hatte eine wahre Koryphäe innegehabt – Prof. Klaus Peter Matschke. Die Uni war in Deutschland eine der wenigen – wenn nicht die Einzige – die diesen Ruf für Byzantinistik genießen konnte. Doch nach seiner Emeritierung wurde der Lehrstuhl abgeschafft. Matschke hatte sehr wohl mögliche Nachfolger im Auge, aber eben nicht die Strichlistenverfasser.

Kein Geld, kein Examen

Es ist ja nicht einmal mehr Geld für Pflicht-Exkursionen da, so dass die Studenten diese aus eigener Tasche bezahlen müssen. Man stelle sich für die Geographiestudenten eine Exkursion (die auch vorgeschrieben ist) nach Russland vor. Wer von den Pflichtteilnehmern die 1000 bis 2000 Euro nicht aufreiben kann, für den gibt es keine Exkursion und folglich keine Chance auf Prüfung.

Aufgrund der schwindenden Gelder kann

nur noch das allgemeine Programm angeboten werden, ohne Neuerungen oder Extras. Ein Polylux für vier Seminare oder ein bis zwei Beamer für ein ganzes Seminargebäude ist inzwischen ein schier unfinanzierbarer Luxus.

Vertrags-Tricksereien

Da die Uni sich unbefristete Lehrkräfte nicht leisten kann, ist sie gezwungen zu Tricks zu greifen. Im Beamtengesetz steht, dass Beamte (in diesem Fall: Professoren) nur für eine gewisse Zeit immer wieder neu an derselben Institution eingestellt werden können. Das bedeutet: Werden sie dann nach einer bestimmten Anzahl von Jahren ein weiteres Mal wieder eingestellt, könnte ihr befristeter Arbeitsvertrag in einen unbefristeten umgewandelt werden. Da unbefristete Stellen höhere Gehälter verlangen, versucht die Universität dem entgegen zu wirken, indem sie nach dieser Anzahl von Jahren eine solche Stelle einfach mit einer neuen Lehrkraft besetzt. Die erhält dann möglicherweise wieder für jeweils ein Semester in dieser bestimmten Zeit einen unbefristeten Vertrag mit der Universität. Die Lehrkräfte werden also nicht aufgrund gravierender Fehler ihrerseits nicht mehr eingestellt, sondern weil ihre Zeit als befristete Arbeitskräfte einfach abgelaufen ist.

Hilfskräfte werden nach und nach gestrichen und somit auch die Tutorenstellen. Ein Tutorium dient dazu, dass sich der Stoff bei dem Studenten verfestigt. Letztendlich bedeutet das für den Studenten mehr Selbststudium, weniger Ansprechpartner.

Und das, obwohl es gerade Studenten aus dem Historischen Seminar geschafft haben, eine eigene studentische Beratung auf die Beine zu stellen. Ein nicht zu unterschätzender Vorteil dieses Angebots: Für noch unerfahrene Studenten ist die Hemmschwelle viel niedriger, bei ihresgleichen Rat einzuholen, als bei einem Professor, der sich eher mit Härtefällen beschäftigt.

Doch wo kein Geld – da keine Hilfe. Da muss schon mal der Geschäftsführer des Historischen Seminars mit dem Klingelbeutel bei seinen Kollegen vorbeikommen, damit dieses Extra – eine Beratung von Studenten für Studenten – weiterhin bestehen bleiben kann.

Beispiel für solche unversitären Unmöglichkeiten füllen Seiten. Aber die sächsische Staatsregierung meint, in die überfüllten und dazu finanziell ausgezehrt Unis noch weitere Studenten stopfen zu können. Von Eliteuniversitäten kann dann wirklich keine Rede sein.

• NADJA KELLNER

BEI ANDEREN GELESEN

... In der vorangegangenen Debatte hatte der Landeschef der WASG Andreas Hähle betont, der Prozess zur Bildung einer gemeinsamen Partei sei unumkehrbar. Es gebe keine andere Chance, „Althaus und Konsorten über den Jordan zu jagen“. Gemeinsam mit Hessen solle ein ‚rotes Bollwerk‘ geschaffen werden. Dieser Diktion mochte der Fusionsbeauftragte der Linkspartei, der Bundesabgeordnete Bodo Ramelow, nicht folgen. Er träume nicht von einem roten, sondern von einem solidarischen Bollwerk in der Mitte Deutschlands.“

Über den Thüringer Landesparteitag der Linkspartei. PDS, NEUES DEUTSCHLAND, 6. März

Leipzig liest

● **Donnerstag, 16. März, 18.30 Uhr, Leipzig**

Der fränkische Reiter. Dingsda Verlag Leipzig 2005. Reinhold Andert wird über die frühe Geschichte Mitteldeutschlands singen und erzählen. Harkortstr. 10, Bibliothek, Keller

● **Freitag, 17. März, 19 Uhr, Leipzig**

Clemens Burrichter, Detlef Nakath, Gerd-Rüdiger Stephan (Hrsg.) *Deutsche Zeitgeschichte von 1945 bis 2000. Gesellschaft - Staat - Politik. Ein Handbuch.* Karl Dietz Verlag Berlin 2006. Mit Dr. Detlef Nakath und Prof. Dr. Jörg Roesler, Berlin. Moderation: Prof. Dr. Kurt Schneider. Harkortstr. 10

● **Sonnabend, 18. März, 11 Uhr, Leipzig**

Michael Benjamin. Das Vermächtnis – Zeugnisse eines Sozialisten. Hrsg. von Werner Wüste, Edition Ost 2006. Harkortstr. 10, Bibliothek, Keller

● **Sonnabend, 18. März, 11 Uhr, Leipzig**

Andreas Heyer: Die Utopie steht links! Ein Essay. Zur Geschichte der neuzeitlichen politischen Utopie. Texte 26 der Rosa-Luxemburg-Stiftung. Karl Dietz Verlag Berlin 2006. Mit dem Autor Dr. Andreas Heyer. Harkortstr. 10

● **Sonntag, 19. März, 11 Uhr, Leipzig**

Kapitalismuskritik als Verfassungsgebot. Daniela Dahn stellt Thesen aus ihren Büchern vor. In Zusammenarbeit mit Attac Leipzig. Schaubühne Lindenfels, Karl-Heine-Str. 50





Rund 2150 Aussteller aus 33 Ländern kommen zur diesjährigen Leipziger Buchmesse auf eine um acht Prozent auf 53000 Quadratmeter vergrößerte Fläche.

„Die großen Verlage investieren wieder stärker in Leipzig, aber noch mehr Zulauf hat die Buchmesse bei den kleineren und mittleren Verlagen“, sagt Oliver Zille, Direktor der Leipziger Buchmesse. Das zeige sich auch im diesjährigen Messeprogramm: „Leipzig bietet schon seit Jahren das beste Forum für die junge deutschsprachige Literatur. In diesem Jahr setzen wir ganz besonders auf neue, innovative Veranstaltungsformen für junge Verlage und noch zu entdeckende Autoren.“ So machen denn auch 40 junge deutschsprachige Autorinnen und Autoren die zweite „Lange Leipziger Lesenacht“ – kurz L3 – zum Forum für aufstrebende Schriftsteller und neue deutsche Literatur. Gelesen wird in Parallelveranstaltungen ab 18 Uhr auf allen Bühnen der Moritzbastei. Mit dabei sind Juli Zeh, Clemens Meyer, Leonie Swann und Reinald Grebe. Außerdem lesen junge Studierende des Deutschen Literaturinstitutes Leipzig (DLL) sowie Studenten des Studiengangs Kreatives Schreiben/Kulturjournalismus aus Hildesheim.

Leipziger Buchmesse

16. bis 19. März 2006

Vor allem aber ist die Leipziger Buchmesse mit ihrem Lesefest „Leipzig liest“, dem größten Literaturfest Europas, untrennbar verbunden. An mehr als 250 Spielstätten in der Stadt wird gelesen, diskutiert oder einfach nur still genossen. Im diesjährigen Rahmenprogramm stehen mehr als 1800 Veranstaltungen und über 1500 Mitwirkende. Dabei sind die mit Spannung erwarteten neuen Romane nationaler und internationaler Stars ebenso zu finden wie interessante Belletristik-Debüts und zahlreiche Sachbücher.

Umfangreicher denn je stellt sich das internationale Messeprogramm dar. So präsentieren sich erstmals die Länder Slowenien und Ukraine. Zu den ukrainischen Autoren gehören Andrej Kurkow, Oksana Sabuschko, Serhij Zhadan und Juri Andruchowytsh.

Die Leipziger Buchmesse ist (und war schon immer) für die osteuropäische Buchwelt das Tor

zum Westen. Sie bietet ihnen ein großes Forum für die Vermittlung ihrer Literaturen in den deutschsprachigen Buchmarkt“, unterstreicht auch Buchmesse-Direktor Oliver Zille.

Seit dem vergangenen Jahr wird während der Messeeröffnungs-Veranstaltung auch der Leipziger Buchpreis zur Europäischen Verständigung verliehen. In diesem Jahr erhält der ukrainische Schriftsteller, Dichter, Essayist und Übersetzer Juri Andruchowytsh den mit 15000 Euro dotierten Preis. Die Laudatio hält Ingo Schulze. Vergeben wird der Preis seit 1994 von der Stadt Leipzig, der Leipziger Messe GmbH, dem Freistaat Sachsen und dem Börsenverein des Deutschen Buchhandels e.V.

Mit 82 Ausstellern aus acht Ländern kann die Leipziger Antiquariatsmesse im zwölften Jahr ihres Bestehens ihre erfolgreiche Entwicklung fortsetzen. Die „Messe in der Messe“ bietet Schätze aus 500 Jahren Buchdruckkunst. Das Angebot richtet sich an Bücherliebhaber mit den unterschiedlichsten Interessen, aber auch an Sammler von Kinder- und Reiseliteratur. Freunde der Photographie und Graphik der Moderne werden mit Sicherheit fündig.

Ich nehme als 1930 Geborener dieses Buch in die Hand und erinnere mich unwillkürlich an die lebenswürdige und dennoch so schweigsame Frau Goldmann, die in der Breslauer Andersenstraße 66 einen kleinen armseligen Laden unterhielt. In ihm konnte ich für bis zu 3 Pfennige geringe Süßigkeiten kaufen – für mehr reichte es bei mir nicht, meine Eltern waren arm. Eines Tages war der Laden geschlossen und der Vermieter baute ihn zu einer Wohnung um. Frau Goldmann war Jüdin.

Was ich damals nicht verstand, begriff ich erst nach dem Faschismus. Filme und Theaterstücke, so Nathan der Weise“, trugen dazu bei, wie auch Bücher und zeitgeschichtliche Dokumente. Und jetzt dieses Buch „Zeugnisse des Holocaust“. Yad Vashem, die Gedenkstätte für Holocaust und Heldentum, wurde aufgrund eines Gesetzes gegründet, das von der Knesset, dem israelischen Parlament, am 28. August 1953 verabschiedet wurde. Dieser Ort am Har HaSikaron, dem Berg des Gedenkens in Jerusalem, ist das weltweite jüdische „Zentrum für die Erinnerung an Holocaust und Heldentum“, ein tiefest bewegendes jüdisches Symbol der Mahnung und Hoffnung für die ganze Welt, wichtig seit eh und je.

Das vorliegende Buch, ein Katalog der überarbeiteten und erweiterten Ausstellung, führt den Leser durch die Etappen des Holocaust, wie sie in Yad Vashem dargestellt sind. Es zeigt die jüdische Welt vor dem Zweiten Weltkrieg und die antijüdische Politik der Nationalsozialisten, Deutschland als rassistischer Staat. An einer Eisenbahnbrücke prangt groß das Schild „Der Jude ist unser Unglück,

Die mörderischen Befehle wurden in deutscher Sprache gegeben

er bleibe uns vom Leibe“. Und bei Hitler ist zu lesen, dass „die Personifikation des Teufels als Sinnbild alles Bösen die leibhaftige Gestalt des Juden annimmt“. Was dann kam, war voraussehbar: die Ghettos, die Deportationen und Vernichtung in den Todeslagern, die Strategie der Endlösung“

Die mörderischen Befehle, denen über sechs Millionen Juden zum Opfer fielen, wurden in deutscher Sprache gegeben. Die Welt erlebte die Abtötung aller menschlichen Werte in deutschen Menschen. In Yad Vashem ist es dokumentiert, wofür die Überlebenden des Holocaust ihre persönlichen Erinnerungen, Bilder und Dokumente der Gedenkstätte anvertraut haben. So lese ich: „Die Menschen sind fort – doch ihre Spuren sind geblieben.“ Auch das ist ein Sieg über den deutschen Faschismus, der nicht nur die jüdischen Menschen, sondern auch allerorts ihre Lebensspuren ausrotten wollte.

Und Juden retteten Juden, und es gab nicht-jüdische Retter, Gerechte unter den Völkern. Ebenso gab es, wie dokumentiert wird, Juden in Partisanenverbänden, Widerstandsorganisationen und in den Armeen der Alliierten. Zu letzteren gehörte die auf Initiative von Winston Churchill gebildete Jüdische Brigade,



Zeichnung von Zinovit Tolkatshew (1903-1977)

eine britische Militäreinheit für jüdische Freiwillige aus Palästina. In der Roten Armee kämpften, das war mir so nicht bekannt, etwa 500 000 jüdische Soldaten. Annähernd 120 000 fielen im Kampf, weitere 80 000 wurden als Kriegsgefangene von den Deutschen ermordet. Mehr als 160 000 jüdische Soldaten erhielten militärische Auszeichnungen, über 150 von ihnen den Titel „Held der Sowjetunion“, die höchste Auszeichnung, die die Rote Armee zu vergeben hatte. Es ist unmöglich, an dieser Stelle auf alles einzugehen, was das Buch beinhaltet. Man sollte es als eine Dokumentation begreifen, die dazu beiträgt, das Anliegen

Yad Vashem zu verinnerlichen, dafür zu wirken, dass sich derartiges nie und nimmer wiederholen kann. Wer den Holocaust leugnet oder ihn diffamiert, in welcher Art und Weise auch immer, handelt jenseits von geschichtlicher Wahrheit und ihrer Lehren.

• KURT SCHNEIDER

Zeugnisse des Holocaust. Gedenken in Yad Vashem. Hrsg. von Bella Gutterman und Avner Shalev. Hergestellt in Israel. Yad Vashem, Jerusalem/Wallstein Verlag, Göttingen 2006. 326 S., 1000 Abb., brosch., 24 x 28 cm, 34 Euro



Zeitzeuge und Zeitgenosse

Vier Jahre war Egon Krenz inhaftiert. Hat ihn die Haft verändert, fragt ihn ein Interviewer zu Anfang des B-ches. Ja, natürlich, antwortet das Ex-Staatsoberhaupt der DDR. „Wer sich nicht verändert, bleibt zurück. Standpunkt heißt ja nicht Stehpunkt. Das trifft nicht nur auf Knastzeiten zu.“

Egon Krenz beweist diese Entwicklung überzeugend in seinem ersten Buch nach der Entlassung. In Korrespondenzen, Zeitungsbeiträgen, Gesprächen und Stellungnahmen, die er zwischen 1990 und 2005 zu Papier brachte, bietet er

Kommentare: als Zeitzeuge und Zeitgenosse. Egon Krenz steht zu dem, was er tat. Und hält unverändert an seiner sozialistischen Überzeugung fest. Das macht ihn für Freund wie für Feind berechenbar. In seinem Schlusswort vor Gericht räumte er ehrlich ein, dass seine Versuchung manchmal groß gewesen sei, „vor der hoffnungslos moabitischen Art deutscher Geschichtsaufarbeitung zu kapitulieren“. Aber er tat es nicht. • V. E.

Egon Krenz: Widerworte. Aus Briefen und Zeugnissen 1990 bis 2005. Edition ost 2006. 288 S. 14,90 Euro

Michael Benjamin – das Bleibende eines universellen Denkers in einem neuen Buch

Michael Benjamin (1932–2000), Jurist und Philosoph, Sohn von Hilde und Neffe von Walter Benjamin, gehörte in den 90er Jahren zu den wichtigsten theoretischen Köpfen im Osten Deutschlands. Sein Nachlaß offenbart den Kosmos seines Denkens und seines politischen Engagements.

Michael Benjamin: Das Vermächtnis – Zeugnisse eines Sozialisten, hrsg. von Werner Wüste, 288 S., geb., 14,90 Euro, ISBN 3-360-01069-8

edition ost

edition ost und alle anderen Verlage der Eulaspiegel Verlagsgruppe auf der Buchmesse: Halle 5, Stand D 203



Wer in den ersten Nachkriegsjahren mit Russischlernen begonnen hat, kennt den „STEINITZ“, jenes überaus praktikable Lehrbuch, aus dem man nach 26 Lektionen einen schönen Überblick über die als schwer verschrieene Sprache gewinnen und sich notdürftig verständigen konnte. Viele wissen auch noch, dass die heute gängige Dudenumschrift russischer Namen von Wolfgang Steinitz (1905-1967) stammt und er selbst Vizepräsident der Akademie der Wissenschaften und Verfasser des Furore machenden Werkes „Deutsche Volkslieder demokratischen Charakters“ war. Dann hört es im Allgemeinen auf. Dass er aber eine der wichtigsten Wissenschaftlerpersönlichkeiten der DDR in den 50er und 60er Jahren war, erkennt man erst aus diesem Konferenzband zu seinem 100. Geburtstag, der sich – man glaubt es kaum – spannend liest. Spannend? Ja, denn führende Vertreter der jeweiligen Zunft berichten über den Volkskundler, den Slawisten, den Ugrofinnen, den Linguisten, den Wissenschaftspolitiker, vor allem aber und immer wieder über den Menschen Steinitz.

Ich hatte das große Glück, als

Ein Leben, das für mehrere gereicht hätte



junger Slawistik-Assistent mehrfach mit ihm zusammenzutreffen, als meine Frau und ich Vladimir Tschitscherows Hochschullehrbuch „Russische Volksschule“ (1968) übersetzen und

edieren konnten. Die Briefe aus dieser Zeit werden wie ein Heiligtum bewahrt.

Aber erst durch diesen Band erfahre ich, in welchen politischen Zwängen Steinitz damals, in der Zeit unserer Korrespondenz, steckte. Als herausragende Persönlichkeit und leistungsstarker Wissenschaftler hatte und wollte er die Wissenschaftspolitik der SED an der Akademie durchsetzen, machte mutig auf Missstände (zunehmende Administration, Fehler in der Arbeit mit bürgerlichen Gelehrten) aufmerksam und hatte demzufolge als ZK-Mitglied in der Mitte der 50er Jahre direkte Zusammenstöße mit Walter Ulbricht und dem

Parteiapparat.

Steinitz – das wird in diesem Band deutlich – besaß großen Mut, zugleich aber auch ein außerordentliches taktisches Ge-

spür, um Ideen durchsetzen zu können. Das alles war ihm nicht an der Wiege gewonnen. Aus großbürgerlich-jüdischen Verhältnissen stammend, wandte er sich frühzeitig einem eng begrenzten wissenschaftlichen Gebiet zu, dem Studium der Sprache und Kultur der Ostjaken. Er war 1934 bis 1937 als Ethnologe in Westsibirien tätig, danach Politemigrant in Schweden. Nach seiner Rückkehr nach Berlin (1946) entwickelte er eine schier unglaubliche Arbeitsfähigkeit. Der Band beschreibt ausgiebig die Facetten seines Lebens und Schaffens, ein Anhang mit Lebensdaten, Namensindex und Autorenverzeichnis rundet das hochinteressante Werk ab.

• **ERHARD HEXELSCHNEIDER**
Klaus Steinitz, Wolfgang Kaschuba (Hrsg.): *Wolfgang Steinitz Ich hatte unwahrscheinliches Glück. Ein Leben zwischen Wissenschaft und Politik.* Karl Dietz Verlag Berlin GmbH 2006. S. 383. 19,90 Euro

Spuren eines Landes

Szenen eines Landes. Da schwingt ein Hauch des berühmten schwedischen Ingmar Bergmann Projekts „Szenen einer Ehe“ mit. Hoffnung, Irrtum, Schlagabtausch, Trennung – in diesem Fall in einem Land. Und trotzdem geht es natürlich auch um Menschen: Regisseure, Schauspieler, Zuschauer. Wolfgang Gersch kennt die DDR-Filmszene seit Jahrzehnten. Schon in den frühen 60er Jahren schrieb er Kritiken und Aufsätze für die „Deutsche Filmkunst“, die der Henschelverlag damals herausgab. Von Gersch stammt auch die interessante Reise „Schweizer Kinofahrten“, die der gleiche Verlag 1984 drucken ließ.

Nun noch einmal: Die DDR und ihre Filme. Die Veröffentlichungen zu diesem Thema nehmen inzwischen ein großes Bücherregal ein. Rechnet man auch die Schriften mit, die bis 1989 herauskamen.

Obwohl auf dem neuen Buchdeckel die berühmten Zimmermänner aus „Spur der Steine“ zum x-ten Mal kräftig ausschreiten, findet sich in der Dokumentation auch der

Satz: Die SED hat nicht nur Filme verboten, sondern auch Filme erlaubt.

An 64 Produktionen (davon neun einst verbotene) erinnert der Autor. Beginnend und endend mit Filmen ohne Publikum. Denn „Freies Land“ wollten 1946 die Zuschauer nicht sehen und „Die Architekten“ konnte 1990 kaum noch jemand sehen. Dazwischen ungezählte berühmte, gute, schlechte, blöde, heitere, nachdenkliche Filme. Und es gab auch eine so genannte Ablenkung mittels DEFA-Film. Da hat der Autor leider etwas ausgeblendet, wenn er die, besonders in den 50er Jahren zu beobachtende Ver(klein)bürgerlichung der DEFA-Produktion, in seinem Buch nicht zur Kenntnis nimmt.

Viele irrten, die 1990 voraussagten: All das verschwände, bis auf wenige Ausnahmen, im Orkus der Filmgeschichte. Inzwischen gibt es eine umfangreiche Videoedition. Und die reicht von „Spur der Steine“ (1965) bis zu Maetzig's „Ernst Thälmann“ (1955/56).

Das Buch ist eine polemische Sehhilfe für denjenigen, der manchen Film damals viel-



leicht ganz anders sah und für diejenigen, die noch nie einen DEFA-Film sahen. Der Autor macht neugierig auf Politik und Kultur, auf Geschichte und Widersprüche, auf ein Land, das es nicht mehr gibt.

• **MICHAEL ZOCK**

Wolfgang Gersch: *Szenen eines Landes-Die DDR und ihre Filme.* Aufbau Verlag. 2006. 225 S., 22,90 Euro

Anzeige

Sonjas Rapport

Eine der ungewöhnlichsten Lebensgeschichten des 20. Jahrhunderts, die symptomatisch ist für die politischen Gegensätze dieser Zeit; eine Geschichte von Spionage, Emigration, Liebe, Verrat. Jetzt erscheint erstmals die gekürzte Fassung in Deutschland. In Ruth Werners Verlag Neues Leben, und mit einem langen Interview mit ihren drei Kindern.

Ruth Werner: *Sonjas Rapport*
384 S., geb., 19,90 Euro, ISBN 3-355-01721-3

neues leben

Neues Leben und alle anderen Verlage der Eulospiegel Verlagsgruppe auf der Buchmesse: Halle 5, Stand D 203



Brecht'sches

Wer die legendären Anekdoten (1977 bereits bei Reclam erschienen) über den weltbekannten Augsburger liest, der erlebt ein Wechselbad der Gefühle: dieser Kotzbrocken, dieser Charmeur, dieser Unbeugsame, dieser (mitunter feige, mitunter listige) Kompromissler ... Aber vor allem: Lebenslust und Lebensweisheit pur – wie seine eigenen *Geschichten vom Herrn K.* Aber für Brecht gab es ja eh nichts Neues unter der Sonne.

• **MX**

Geschichten vom Herrn B. Gesamtelte Brecht-Anekdoten. Erzählt von André Müller und Gerd Semmer. Eulospiegel Verlag. 126 S., 14,90 Euro.

Das linke Parteiprojekt im Blick

Zur rechten Zeit liegen zwei Publikationen vor, die für den Prozess der Genesis einer neuen, vereinigten Linkspartei in Deutschland eine solide Ausgangsbilanz bieten.

Die eine ist eine vielgestaltige Zusammenschau mit Beiträgen von zehn Autoren zu den Ursprüngen der in Gang gekommenen Entwicklung als Alternative zur herrschenden neoliberalen Politik; eine kurze Chronologie der WASG und ihrer Kooperation mit der Linkspartei.PDS; ein Überblick über Akzeptanz und Wählbarkeit des neuen Bündnisses; eine Beschreibung der wichtigsten politischen Ziele; Thesen zu offenen Fragen und Problemen. Zwei Exkurse behandeln die neoliberale Offensive und ihre Folgen sowie Projekte für vereinigte Linksparteien in Portugal und Dänemark. Dem schließen sich ein Kaleidoskop von Meinungen, weitere ausgewählte Texte und ein ausführlicher Quellennachweis an.

Die zweite Publikation resümiert die wechselhafte und problembehaftete Geschichte der PDS in den westlichen Bundesländern. Dargestellt werden Strukturen und Mitgliedschaft, Schwerpunktthemen der Partei und ihre Rolle im politischen Leben, Wählerpotentiale und Ergebnisse bei Bundestags-, Landtags- und Kommunalwahlen. Detailliert erörtert werden verschiedene Ursachen ihres scheinbaren Scheiterns im Westen. Im abschließenden Kapitel wird die Frage beantwortet, was die PDS West hier in den Prozess der Herausbildung einer vereinigten Linkspartei einbringen kann und welche Probleme sich auf diesem Wege auftun. In 19 Punkten werden Vorschläge zur Entwicklung politikfähiger Strukturen, abgeleitet aus positiven und negativen Erfahrungen, zusammengefasst. Im Abschnitt *Ausgewählte Problemlagen und offene Fragen* werden eine Reihe Ideen zur programmatischen und politisch-taktischen Orientierung dargelegt.

Sicherlich hat der Autor Recht, wenn er feststellt: „Die sich neu formierende demokratische Linke sollte ... bedenken, dass die schwierigste Wegstrecke noch vor ihr liegt.“

• **G. L.**

Michael Brie (Hrsg.): *Die Linkspartei. Ursprung, Ziele, Erwartungen.* Karl Dietz Verlag, Berlin 2006. 96 S., 9,90 Euro (Rosa-Luxemburg-Stiftung, Texte Bd. 23)

Meinhard Meuche-Mäker: *Die PDS im Westen 1990–2005. Schlussfolgerungen für eine neue Linke.* Karl Dietz Verlag, Berlin 2006. 112 S., 9 Euro (Rosa-Luxemburg-Stiftung, Texte Bd. 25)



Reinhard Bernhof

KINDODYSSEE

Seitsem viereckige Kästen: Güterwaggons, Kloloch mit Schotterblick, spaltauf die Schiebetür, Stroh auf dem ich mit offener Ferse saß
Waldfeuer der Ferne: verfährt, graublau
Die verlassene Egge, der Grubber, rostrot
(Nichts Toter als Maschinen die der Mensch aufgab)

Der Alte neben mir, das Rascheln im Silberpapier
Sein Gesichtsausdruck das eines Geistes
von Heiterkeit beherrscht, gleichzeitig leuchtend
Ich wunderte mich über die winzigen Kochbläschen
auf dem Schokoladenriegel, den er mir gab
und wie er zwischen Zunge und Gaumen verging

Einmal
der Strahl einer Dynamo Lampe in der Pfütze
– der einer Patrouille –
im Dunkel

Bilder Jahrzehnte in mir

Meine Mutter – Fuß vor Fuß in Gegenwind und Leere
durch ihre Stirn – trug den Krieg auf dem Rücken:
in der hohlen Hand, in den Eingeweiden

Manchmal
die Sonne im leuchtenden Korn aus Feuer
sah sie das weiß geflochtene Samstagsbrot in ihrer
unschlüssigen Netzhaut

Wo sie auch anklopfte, ließ man sie verharren
fühlte sie das Warten in sich stehen

Reinhard Bernhof: *Fluchtkind*. Edition Erata, Leipziger
Literaturverlag, 2006, 16,95 Euro.

Lesung am 16.3, 20 Uhr, beim Verlag (Edition Erata)
Leipzig, Brockhausstraße 56



FLUCHTKIND heißt das neueste Buch des Leipziger Schriftstellers Reinhard Bernhof, das am 16. März bei ERATA Premiere hat. Er schreibt über seine Kindheitsodyssee durch Deutschland: „Im Mittelpunkt das Wasser und das Brot, von den Rotkreuzhelferinnen gebracht: die duftenden röschen, fuchsroten Knusten, ihre Ränder voller Poren, Backbeulen, aufgeplatzt ... Diese und viele andere Geschichten, die ich erlebt habe, wurden auch immer wieder von meiner Mutter erzählt, während sie in der Bibel blätterte, aber nicht klug aus ihr wurde, weil die Bibel nicht darüber reden wollte ... Die Wunden des Krieges vernarben nur sehr selten, aber sie wuchsen zusammen mit uns und mit unseren Kindern und Kindeskindern, die ewig Fragen stellen werden ... mal laute, mal leise. Aber eine Antwort haben sie bis heute nicht bekommen. Oder sie werden wieder verschwiegen.“

Die Dresdner Bank war williger Partner der Nazis

Viel zu spät hat nun endlich die Dresdner Bank auch ihre NS-Vergangenheit im Detail aufarbeiteten lassen. In vier Bänden auf 2376 Seiten kommen die zehn Historiker unter Leitung von Klaus-Dietmar Henke zu dem Schluß, daß die Dresdner Bank auch anders hätte handeln können. Lange Jahre hat sich die Dresdner Bank geweigert, obwohl umfangreiche Aktenbestände vorhanden, diese von Wissenschaftlern aufarbeiten zu lassen. Zum 120jährigen Bestehen 1992 erschien noch eine Jubiläumsschrift, die das Verhalten der Bank in der Nazizeit beschönigte und geschichtsklitternd darstellte. Dabei war in Grundzügen bereits nach dem 8. Mai 1945 bekannt, daß die Dresdner Bank von den Großbanken die größte Nähe zum NS-Regime hatte. Führend war die Bank auch bei der so genannten Arisierung und bei der Ausplünderung der besetzten Gebiete in Folge des II. Weltkriegs. Und die Dresdner Bank war der wichtigste Geldgeber der SS und ihrer Wirtschaftsbetriebe, die sie in KZs angesiedelt hatte. Das Vorstandmitglied Karl Rasche, SS-Ehre-

noffizier im Range eines Obersturmbannführers, wurde als einziger der Braunen Banker 1946 vom Internationalen Gerichtshof in Nürnberg zu einer mehrjährigen Haft verurteilt.

Der Historiker Johannes Bähr schreibt u.a.: "Das Unternehmen als Ganzes verfolgte seine geschäftliche Logik mit einem hohen Maß an moralischer Indifferenz." So ist es eben mit Banken.

Bedrückend ist nur, wie sich der Wandel in der Bank vollzog. Die Gründung geht auf die Finanzdynastie Kaskel zurück, die einmal als die sächsischen Rothschilds galten. In der Bankenkrise von 1931 wurde die Dresdner Bank ein Sanierungsfall und wurde vom Deutschen Reich übernommen. Das ermöglichte dem NS-Staat 1935 ihre politisch opportunen Männer wie Karl Rasche und Emil Meyer zu installieren.

• **KARL-H. WALLOCH**

Klaus-Dietmar Henke (Hrg.): *Die Dresdner Bank im Dritten Reich*. R. Oldenbourg Verlag, München 2006. Vier Bände im Schuber, 2376 Seiten, 79,80 EURO

Der unverwüsthliche Klaus Huhn hat in seinem Spotless Verlag nun auch eine Erinnerung an Michail Gorbatschow veröffentlicht. Darin findet der Leser Beweise, wie der einstige mächtige Generalsekretär der KPdSU den Sozialismus, seine Landsleute und die DDR verriet. Darf und muss daran erinnert werden? Auch an den 25. Februar 1986? An jenem Tag blickten viele Menschen rund um den Erdball hoffnungsvoll auf Moskau. Michael Gorbatschow trug auf dem XXVII. Parteitag der ruhmreichen KPdSU den Delegierten den Rechenschaftsbericht vor. Prüfen wir nur wenige Gedanken im Lichte der vergangenen

zwanzig Jahre. Gorbatschow prophezeite: „Die Beschlüsse des XXVII. Parteitages werden Charakter und Tempo unserer Bewegung auf Jahre, ja auf Jahrzehnte hinaus bestimmen, der Bewegung zu einem qualitativ neuen Zustand der sowjetischen sozialistischen Gesellschaft.“ Dazu sollte eine „Wende“ in den inneren und den äußeren Angelegenheiten führen, die ein „Umdenken“ verlangte. Eine Neufassung des Programms und Änderungen im Statut sollten Grundlage und Rahmen bilden. Gorbatschow trug eine Analyse der Weltpo-

litik vor, in der es hieß: „Die Welt des Kapitals hat die hegemonistische Ideologie und Politik

der Überlegenheit und Stärke. Nüchterne Einschätzungen der heutigen Entwicklung brechen

... und was Gorbatschow im Herbst 1999 an der Universität von Ankara sagte:

Das Ziel meines ganzen Lebens war die Vernichtung des Kommunismus, dieser unerträglichen Diktatur gegen die Menschen. Von meiner Frau, die diese Notwendigkeit noch eher als ich erkannte, wurde ich dabei voll und ganz unterstützt. Gerade um dieses Ziel zu erreichen, nutzte ich meine Stellung in der Partei und im Lande. ...

nicht aufgegeben, ihre Machthaber geben sich noch der Hoffnung auf soziale Revanche hin, wiegen sich noch in der Illusion

sich mit großer Mühe durch Anhäufungen von Vorurteilen im Denken der herrschenden Klasse Bahn.“ Müsste das Gorbatschow als hoch dotierter Gast diverser imperialistischer „Stiftungen“ heute korrigieren? Wiederholt er das vor seinen Gast (Geld-) gebern? Er beschrieb die Folgen der nuklearen Konfrontation und die Methoden imperialistischer Politik, bewaffnete Interventionen, Wirtschaftsblockade, subversive Tätigkeit: „Kraft seiner sozialen Natur bringt der Imperialismus ständig eine aggressive, abenteuerliche Politik hervor. Man kann hier von einem ganzen Komplex von Beweggründen sprechen: von den räuberischen Gelüsten der Waffenfabrikanten und einflussreichen militärbürokratischen Gruppierungen, vom eigennützigen Interesse der Monopole an Rohstoffquellen und Absatzmärkten, von der Furcht der Bourgeoisie vor Wandlun-

gen, die vor sich gehen, und schließlich von Versuchen, die eigenen, immer akuterer Probleme auf Kosten des Sozialismus zu lösen.“

Gorbatschow warnte vor einem Rechtsruck in der internationalen Politik, insbesondere der USA, kritisierte ihren Druck und ihr offenes Diktat gegenüber anderen Staaten. Am Ende des Redeabschnitts zur Analyse der internationalen Lage erklärte er: Wir fordern „das kapitalistische System zu einem Wettbewerb auf, einem Wettbewerb bei dauerhaftem Frieden“. Erst auf dem Hintergrund der damaligen Hoffnungen und Chancen für die Menschheit lässt sich wenigstens annähernd ermessen, welchen Rückschlag die friedliebende Mehrheit in der ganzen Welt durch die Kapitulationspolitik der Gruppe um Gorbatschow erlitt. Ein Blick auf die Beschlüsse und Dokumente des XXVII. Parteitages der KPdSU und das Nachdenken darüber kann heute den eigenen Erkenntnisprozess fördern.

• **HORST SCHNEIDER**, Dresden

Justus von Denkmann: *Wahrheiten über Gorbatschow*. Spotless Verlag, Reihe Nr. 183, Berlin 2005. 96 Seiten, 5,10 Euro

Anzeige



Das neue Kulturmagazin KUNSTSTOFF
berichtet aus dem mitteldeutschen Raum:
von Dresden bis Weimar,
von Magdeburg bis Altenburg,
mit den Themen Literatur – Theater – Kunst!

Werden Sie KUNSTSTOFF Abonnent.
4 Ausgaben im Jahr für 11,20 € + 3,20 € Versand.
Bequem nach Hause.

Plöttner Verlag Leipzig
Telefon 0341 5610872
eMail ploettner-verlag@ror.de
www.kunststoff-leipzig.de



Gandhi half nicht weiter

Buchs, wieso es geschehen konnte, „dass in einem Moment der Geschichte, da der Sieg über den Rassismus der Nazis den Aufbruch in eine neue Zeit ankündigt, der Weiße in Südafrika seine Überlegenheit geradezu leidenschaftlich zementiert?“ Dem faszinierten Leser dieser Biografie über den einstigen Gandhi-Anhänger Mandela, der zum zweifelhaften Verfechter der Gewalt gegen die Monstrosität des Apartheid-Regime wurde, stellt sich allerdings auch die Frage, was anderes sich derzeit im Befreiungskampf der Hamas abspielt?

Braucht es wieder Jahrzehnte bis deren Terror – denn nichts anderes blieb den Schwarzen in Südafrika auf dem Weg in die Freiheit übrig – als grausames, aber

eben letztes Mittel doch irgendwie an seinen Ursachen gemessen wird?

So detailliert wie der Welt bekannt ist, was dem palästinensischen Volk angetan und zugemutet wird, ebenso wusste die Welt, welch unvorstellbar grausamer, demütigender Rassismus das System der Weißen in Südafrika aufrecht erhielt. Ein System wohlgerichtet, an dem die Weltwirtschaft gewinnträchtig partizipierte. Genannt seien nur die Gold- und Diamantenminen. Der palästinensische Kinderaufstand, die Intifada, und der Aufstand der Schüler von Soweto – die Ursachen ähneln sich. Auch wenn Lang diese Parallele nicht zieht, sie drängt sich auf, macht sein Buch noch beklemmend

aktueller.

Allerdings – anders als die Hamas – hatte sich der ANC ein dem ideologischen Konzept der Regierung entgegenstehendes absolut antirassistisches Manifest gegeben. Daran hielt er auch nach 1960 fest, als Mandela auf dem Weg zum sozusagen obersten Guerillero seiner Landsleute wurde, als er erkannte, dass die gewaltlose Zeit vorbei ist. Seine Maxime wurde Clausewitz' Satz vom Krieg als Fortsetzung der Politik mit anderen Mitteln. Für ihn bedeutete das 27 Jahre Kerker und Zwangsarbeit ... Bis die Herrschenden ihn brauchten, weil sie ohne Mandela schließlich noch viel mehr verloren hätten.

• **MAXI WARTELSTEINER**

Jack Lang. *Nelson Mandela. Ein Leben für Freiheit und Versöhnung.* Patmos Verlag GmbH 2006, 228 S., 19,90 Euro

Jack Lang, einstiger französischer Kulturminister, womöglich nächster Präsidentschaftskandidat der Sozialistischen Partei Frankreichs und glühender Verehrer von Nelson Mandela, fragt ziemlich zu Beginn seines

Nachrichten mit Klaus

Kläuschen spricht ... schwärmen meine Tanten vor dem Fernsehgerät. Und sie ertrugen damals sogar die drögesten Mitteilungen der „Aktuellen Kamera“, wenn sie von Klaus Feldmann, schick gescheitelt, nachdenklich lächelnd, mit sympathischen Timbre ins Wohnzimmer artikuliert wurden.



Der Fernsehliebling von einst, mit ungebrochener Popularität bis heute, veröffentlichte jetzt 191 Nachrichtenseiten über sein Leben vor und hinter der Kamera. Manchmal wünschte ich mir, er würde alles vorlesen. Knapp, präzise, schnörkellos ist das Buch verfasst. Eben von einem Nachrichtenmann.

Geschichten vom kleinen und vom großen Klaus. Aus Leipzig, Weimar und Berlin. Seine Anfänge in der Sprechergruppe des Senders Leipzig, die spätere Lehre in der Rundfunkschule Weimar, schließlich die Scheinwerfer in Adlershof bis sie erloschen. Das Ganze liest sich flott, wenn auch ab und an ein Satz wie: „Der Kalte Krieg fand sein Schlachtfeld im Äther...“ dazwischenknallt.

Selbst die Gerüchteküche wird bedient. Hat er nun eine „AK“ wegen Alkohol versprochen oder nicht? Man kann den Fall nachlesen, an lauen Abenden auf dem Balkon oder vor einem abgeschalteten Fernsehgerät auf der Couch, mit einem Weinglas.

• **M. Z.**

Klaus Feldmann: *Das waren die Nachrichten.* Verlag: Das Neue Berlin 2006. S.191. 14,90 Euro.

Michael Benjamin. Das Vermächtnis Zeugnisse eines Sozialisten

Lesung mit dem Herausgeber Werner Wüste

Benjamin war einer der wichtigsten Vertreter jener geistig-politischen Strömung, die sich zu den kommunistischen Wurzeln der Partei bekennt. Seinem Freund Werner Wüste hinterließ er unzählige Briefe, Artikel, Aufsätze und Reden. Sonnabend, 18. März, 11.00 Uhr Rosa-Luxemburg-Stiftung, Harkortstraße 10, 04107 Leipzig

edition ost

edition ost und alle anderen Verlage der Eulenspiegel Verlagsgruppe auf der Buchmesse: Halle 5, Stand D 203

Strittmatter-Mosaik

Einer der ganz Großen der DDR-Literatur: Erwin Strittmatter (1912 – 1994). Es sind jedoch nicht nur seine Romane, Erzählungen und Kurzerzählungen, die eigenwillig anrühren. Auch die Tagebücher ziehen uns hinein in eine pointiert betrachtete Welt. Notate, Kurzprosa, Alltagssplitter, Reiseerlebnisse ergeben als locker aneinandergereihten Farbtupfer ein subjektives Bild eines noch nicht ganz so fernen Landes. Ernst und heiter gezeichnet, hintersinnig, zuweilen philosophisch, lebensbejahend, mitunter spitz politisch ist dieses Mosaik. Es sind

„Wahre Geschichten aller Ard(t)“ der Jahre 1967 bis 1969. Die orthografische Ungenauigkeit im Buchtitel stammt aus den Kindertagen von Matthes, dem Sohn Strittmatters. Ironie erlaubt. Der Aufbau Taschenbuch Verlag hat den 1982, damals noch im Aufbau Verlag, erschienenen und längst vergriffenen Band jetzt wieder aufgelegt. Denn wir Jüngeren wollen auch unseren Strittmatter lesen ...

• **D. M.**

Erwin Strittmatter, *Wahre Geschichten aller Ard(t).* Aufbau Taschenbuch Verlag, Berlin 2006, 210 S., br., 7,95 Euro

Rot wie die Rose ...

falschen Art wie hierzulande Shakespeare verstanden und dann gespielt werde. Bitter-humorig seine Gedanken über die Verdrängung der Deutschen: „*Es muss 1933 eine merkwürdige Völkerwanderung in Deutschland stattgefunden haben: Alle guten Deutschen sind ausgewandert, und es ist ein anderer Volksstamm eingewandert, die Nazis, der dann 1945 plötzlich wieder ausgewandert ist! Und die guten Deutschen sind wieder zurückgewandert...*“ All die Sauf- und Huren-Künstlerbiografien, mit denen Buchläden überhäuft werden, können getrost für dieses eine wirklich

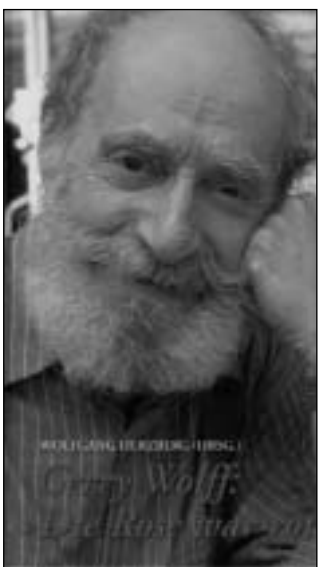
Bestseller-würdige Buch von und über Gerry Wolff (auch Sohn Thomas steuert Erinnerungen bei) eingestampft werden. Er hat sein Erscheinen nicht mehr erlebt. Wolff verstarb im vorigen Jahr, 84-jährig. Es fand sich lange kein Verlag für diese mutigen Bekenntnisse, denen eine CD mit den schönsten Liedern und Chansons beigelegt ist, natürlich auch mit seinem Antikriegslied „Die Rose war rot“.

• **MX**

Gerry Wolff: *Die Rose war rot. Eine Schauspielerlegende erinnert sich.* Hrsg.: Wolfgang Herzberg. Karl Dietz Verlag Berlin, 2006, 159. S., 14,90 Euro

Gerry Wolff kam als Waise nach England. Andere aus seiner Familie landeten in der Gaskammer. Als fast 80-jähriger erzählte er dem etwas jüngeren Juden Wolfgang Herzberg sein filmreifes Leben – fast chronologisch, aber nur zu gerne abschweifend. Doch was wäre dieses Buch ohne diese Abschweifungen, diese listigen, schnurrigen und unter die Haut gehenden Gedanken eines weisen alten Mannes, der es nie bereut hat, als Jude zurückgekommen zu sein und in der DDR gelebt und gewirkt zu haben.

Tiefsinnig seine Überlegungen zur Schauspielerei, zur Art, die Stücke auf die Bühne zu bringen, beispielsweise zur ganz und gar



Anzeigen

Jurij Brëzan – Der Gymnasiast
Zum 90. Geburtstag des Autors

Der Roman »Der Gymnasiast« erschien erstmals 1958 und war eines der Erfolgsbücher Jurij Brëzans im Verlag Neues Leben. Die Geschichte des Jungen Felix Hanusch, der die erste Liebe erlebt und seinen Weg in den politischen Wirrnissen des Dritten Reiches finden muß, hat Generationen von Lesern bewegt.

Jurij Brëzan: *Der Gymnasiast*, Roman
256 S., geb., 12,90 Euro, ISBN 3-355-01714-0

Signierstunde Jurij Brëzan am Sbd., 18.3., 11 Uhr, auf der Buchmesse am Verlagsstand: Halle 5, D 203

neues leben

17. MÄRZ	19 bis 21 Uhr Deutsch-deutsche Zeitgeschichte 1945 bis 2000 mit Detlef Nakath und Jörg Roesler Moderation: Kurt Schneider Ort: Rosa-Luxemburg-Stiftung Sachsen e.V., Harkortstraße 10, 04107 Leipzig	Deutsche Zeitgeschichte 1945 bis 2000 Hrsg. von Detlef Nakath Karl Dietz Verlag Berlin	dietz berlin www.dietzverlag.de
18. MÄRZ	16 bis 16.30 Uhr Verlor'ner Posten in dem Freiheitskriege Heinrich Heine zum 150. Todestag mit Helmut Böck Moderation: Jörn Schürumpf Sachbuchforum, Halle 3, Stand H 302	Heinrich Heine 150 Jahre Karl Dietz Verlag Berlin	Leipziger Buchmesse 16.-19. März 2006 Gemeinschaftsstand des Karl Dietz Verlages Berlin und der Rosa-Luxemburg-Stiftung Halle 5, Stand B 411
	11 Uhr Die Utopie steht links! mit Andreas Mayer Moderation: Klaus Kinner Ort: Harkortstraße 10, 04107 Leipzig	Die Utopie steht links! Andreas Mayer Karl Dietz Verlag Berlin	



Sport ist entschieden mehr als Fußball

Auch die Leipziger Buchmesse steht nicht ganz im Zeichen der Fußballweltmeisterschaft in Deutschland. Die Verlage bieten natürlich noch Bücher über andere sportliche Aspekte an.

So bringt der Scheunen-Verlag zwei Publikationen aus dem Bereich des Radsports. Beide sind reichhaltig mit bisher auch noch unveröffentlichten Bildern versehen. Erstere ist eine Hommage an den vor wenigen Tagen 75

Jahre alt gewordenen Gustav-Adolf Schur. In dem Buch „Typisch Täve“ kommen Freunde und sportliche Begleiter Täves zu Wort. Sie erzählen von Begebenheiten und gemeinsamen Erlebnissen. In allen Geschichten spiegelt sich die Bescheidenheit und Bodenständigkeit Täves wider, der trotz seines Ruhmes nicht nur im Osten Deutschlands, sondern auf der ganzen Welt bekannt ist. Jens Voigt, der Friedensfahrtsieger von 1994 begründet Täves Ruhm: „Immer, wenn er glaubte, seine Kraft reicht nicht mehr, die kommenden Kilometer zu überstehen, griff er an, wohl wissend, dass es seinen Konkurrenten ebenso ging wie ihm. So demontierte er ganze Radrennfelder. Seine taktische Einstellung, seine Erfahrung, sein Einfühlungsvermögen und vor allem sein Gespür für Situationen, das war es, was ihn ausmachte und seinen Ruf begründete. All das zusammen macht ihn auch in der heutigen Zeit, in der man den Radsport nicht unbedingt mit dem der früheren Jahre vergleichen kann, zum Vorbild.“

Die zweite Scheunenverlag-Publikation ist dem 50. Todestag des Berliner Radsportlers Erich Schulz gewidmet. Er starb am 11. Juli 1956 während der sechsten Etappe der DDR-Rundfahrt nach einem schweren Sturz. Den älteren Leipziger Radsportfreunden dürfte er nicht unbekannt sein, gewann er doch am 14. Oktober 1950 das erste nach dem Krieg auf der Leipziger „Scheibholz-Rundstrecke“ ausgetragene Straßendauerrennen hinter Motoren – vor 40 000 begeisterten Zuschauern. Auch für Täve war er ein Vorbild, wie zu lesen ist.

Auch der AGON Sportverlag feiert ein Jubiläum. „Fußball WM 1966“ heißt der achte Band der Reihe AGON WM-Geschichte. Vor 40 Jahren gewann das Mutterland des Fußballs, England, seinen einzigen Weltmeistertitel. Die BRD wurde durch

eine bis heute umstrittene Torszene Zweiter. Im Jahr der Fußballweltmeisterschaft sicher eine willkommene Erinnerung an interessante WM-Spiele und -Erlebnisse, die die Vorfreude auf das Kommende weiter steigen lässt.

• R. FIEBELKORN

Andreas Ciesielski (Hg.): *Typisch Täve. Eine Hommage an einen 75jährigen.* Scheunen-Verlag, Kückenshagen 2006. 168 S., 14,90 Euro

Andreas Ciesielski (Hg.): *Erich Schulz: Sein Leben für den Radsport.* Scheunen-Verlag, Kückenshagen 2006. 166 S., 12,50 Euro

Olaf Edig, Daniel Meuren, Nicole Selmer: *Fußball WM 1966.* AGON Sportverlag Kassel 2006. 160 S., 24 Euro



Anzeigen

Das große Blaulicht-Buch

Von Gaunern, Ganoven und Genossen der VP: Mit 15 Kriminalgeschichten aus der legendären Blaulicht-Reihe entführt dieses Buch in eine andere Zeit und in eine andere Gesellschaft. Spannend wie „Polizeiruf 110“.



Verlag Das Neue Berlin

Ein bißchen Mibi hat jeder – Die besten Krimis der legendären Reihe. 320 S., geb. mit Schutzumschlag, 19,90 Euro, ISBN 3-360-01276-3

Der Verlag Das Neue Berlin und alle anderen Verlage der Eulenspiegel Verlagsgruppe auf der Buchmesse: Halle 5, Stand D 203

Die Bundeswehr ist weg. Nun sind wir wieder da!

Zwei Jahre waren wir nicht zur Buchmesse. Nun sind wir mit vielen Neuerscheinungen wieder dabei. Inzwischen hat der SCHEUNEN-VERLAG Zuwachs bekommen: Er teilt sich mit dem Bülten Verlag den Stand. Sie finden uns, das Verlagshaus Kückenshagen, in der Halle 3 im Stand 223.

Hier einige Neuerscheinungen des SCHEUNEN-VERLAGES (alle sind in genügender Anzahl bei der Messe vorhanden):

Andreas Ciesielski
"Das Wunder von Warschau"
Emotionaler Rückblick auf Täves Friedensfahrtsieg im Jahre 1955
Brosch., 160 S., 9,90 EUR
ISBN: 3-934301-83-5

Hans-Gerd Warmann
"Was bleibt, ist die Hoffnung"
Historisch genauer Bericht über Flucht und Vertreibung 1945 aus Stettin. Ein Buch baut Brücken der Verständigung.
TB, 280 S., 9,90 EUR
ISBN: 3-938398-08-6

Erik Neutsch
"Verdämmerung"
Buch, geb., 110 S., 12,00 E
ISBN: 3-934301-70-3

Petra Seedorff
"Atemnot"
Brosch., 348 S., 12,00 E
ISBN: 3-934301-93-2

Alexander Czerwinski
mit Jürgen Rösler
Sumo-Alex;
Buch, geb., 140 S. mit div. Illustr.; 16,80 EUR
ISBN: 3-938398-12-4

Andreas Ciesielski
"Typisch Täve"
Buch, geb., 162 S. m. div. Illustrationen
14,90 E,
ISBN: 3-938398-22-1
Dieses Buch wurde anlässlich des 75. Geburtstages von Täve Schur herausgegeben. Ist also noch druckfrisch!

Aus dem neuen **Bülten Verlag** haben wir für Sie auf der Messe u. a. folgende Bücher im Gepäck:

Bodo Schulenburg
"Aphrodite - Ein erotisches ABC"
12,0 x 12,0 cm, Engl. Broschur, 164 S., m. div. Farbillustr.; 9,90 EURO
ISBN: 3-938510-04-8

Ellen Fritsch
"Mädchen im Krieg"
Br., 46 S. 7,40 EUR
Die Zwenkauer Autorin schreibt über ihre RAD-Zeit als Flakhelferin.
ISBN: 3-938510-03-x

Hans-Joachim Klugmann
"Übertritte"
TB, 276 S. 9,90 EURO
Zweimal Wechsel der Heimat, zuerst Vertreibung, danach Flucht -

und niemals wirklich angekommen.
ISBN: 3-938510-02-1

Lutz Friedel
"Die Höhle des Lebens"
Br., 466 S., 14,90 EUR.
Der Neustrelitzer Autor legt in seinem zweiten Roman ein sehr aktuelles Buch vor, das in seiner Region auf Anhieb die Bestseller-Liste stürmte.
ISBN: 3-938510-15-3

Iris Manzke
"Der Ölkeiler"
Br., 142 S. m. Fotos, 9,90 EUR
Unglaubliche Jagderlebnisse von der Halbinsel Darß an der Ostsee, die so auch überall woanders passieren können.
ISBN: 3-938510-14-5

An Privatkunden versenden beide Verlage die Bücher per Post portofrei ins Haus

Wir laden zu folgenden Veranstaltungen ein:

16. März, 11.00 bis 11.30
Lesung im Sachbuchforum, Halle 2,
Joanna Turbowicz liest aus "Immer weiter" (Eine Frau im Kampf gegen den Krebs) anschließend Signierstunde im Messestand

17. März, 10.30 - 11.00
Täve Schur liest im Sachbuchforum, Halle 3, Stand H 302 (Anschließend Signierstunde im Messestand des Verlages)

18. März, 14.00 - 15.00
Signierstunde mit **Alexander Czerwinski**, Rostocker Sumo-Weltmeister im Messestand des Verlages

19. März, 14.00 bis 14.30
Lesung im Sachbuchforum, Halle 2

Alexander Czerwinski liest aus dem Buch "Sumo-Alex" (Keine besonderen Eintrittspreise)

Der erste Nachkriegswinter ging seinem Ende entgegen. Seit reichlich neun Monaten schwiegen die Waffen im Herzen Europas. Die nazistischen Hauptkriegsverbrecher saßen auf der Anklagebank des Internationalen Gerichtshofes in Nürnberg. Nachhaltig wirkten die tiefen Wunden, die das Inferno des Krieges und der Nazityrannie geschlagen hatte. In der sowjetischen Besatzungszone hatte das Wirken von KPD, SPD, CDU und LDPD, der Gewerkschaften und auch der antifaschistischen Jugendausschüsse begonnen, um aus den Bergen von Trümmern und tiefer Not heraus den antifaschistisch-demokratischen Neuaufbau zu organisieren.

In dieser Situation trafen sich am 26. Februar 1946 im Sitzungssaal des Berliner Magistrats die Mitglieder des Zentra-

Von WINFRIED STEFFEN

len Antifaschistischen Jugendausschusses unter Leitung ihres Vorsitzenden, Erich Honecker, um über die Gründung einer einheitlichen antifaschistisch-demokratischen Jugendorganisation, die den Namen Freie Deutsche Jugend tragen sollte, zu beraten. Dem entsprechenden Antrag an die Sowjetischen Militäradministration wurden die Grundsätze und Ziele „Was will die Freie Deutsche Jugend?“ und die Verbandsatzung beigefügt. Darin hieß es u. a.: „Wir Jungen und Mädchen ... bekennen uns in Deutschlands bitterster Not zum Neuaufbau unserer Heimat auf antifaschistisch-demokratischer Grundlage. Uns vereint der heilige Wille, durch gemeinsame Anstrengungen die vom Nazismus verschuldete Not unseres Volkes überwinden zu helfen.“ Die sowjetische Besatzungsmacht stimmte dem Antrag zu. Der 7. März 1946 wurde so zum Gründungstag der FDJ. Erstmals in der Geschichte der deutschen Jugendbewegung schlossen sich junge Menschen verschiedener sozialer Herkunft, Berufe und Weltanschauung in einer einheitlichen Jugendorganisation zusammen.

Den ersten Höhepunkt im Gründungsprozess des Jugendverbandes stellte das 1. Parlament der FDJ in der Zeit vom 8. bis 10. Juni 1946 in Brandenburg/Havel dar. 633 Delegierte vertraten die Mitglieder aus allen Teilen Deutschlands. In der sowjetischen Besatzungszone waren das bereits 240 000 Mädchen und Jungen, rund ein Zehntel der Jugendlichen im Alter von 14 bis 26 Jahren. Das FDJ-Parlament forderte die Einbeziehung der Jugend in den antifaschistisch-demokratischen Neuaufbau Deutschlands, den Kampf um die Erhaltung des Friedens und die demokratische Einheit Deutschlands. Es beschloss die Grundrechte der jungen Generation – politische Rechte, das Recht auf Arbeit und Erholung, das Recht auf Bildung, das Recht auf Freude und Frohsinn, die Grundsätze und Ziele sowie das Statut der FDJ. Das Parlament erhielt Grußschreiben von 17 ausländischen Jugendorganisationen und Vereinigungen aus sechs Ländern und wählte Erich Honecker zum Vorsitzenden des Zentralrates der FDJ. Unter den 15 Mitgliedern des Sekretariats des Zentralrates waren 12 Funktionäre, die im Zentralen Jugendausschuss mitgearbeitet hatten. Hinzu kamen drei Funktionäre, die der LDPD bzw. der CDU angehörten.

So entwickelte sich die FDJ als einheitliche, selbständige, demokratische Jugendorganisation und beendete die jahrzehntelange Aufspaltung der deutschen



Vor 60 Jahren: Gründung der Freien Deutschen Jugend

Das Schicksal der „Kampfreserve“

Jugendbewegung. Zu den bedeutendsten massenwirksamen Ereignissen jener Zeit für die Mädchen und Jungen gehörten außer den Parlamenten das I. Deutschlandtreffen 1950 und die III. Weltfestspiele der Jugend und Studenten im August 1951 in Berlin. Ein bedeutendes Ereignis stellte auch der am 10. und 11. April 1948 in Zeitz veranstaltete Jungarbeiterkongress dar. Bis weit in die 1950er Jahre hinein wirkte die FDJ als überparteilicher antifaschistischer Jugendverband.

An die Traditionen aus der Weimarer Republik anknüpfend, wurden in den westlichen Besatzungszonen wieder zahlreiche Jugendorganisationen und -verbände gegründet. Die dort gebildeten Organisationseinheiten der FDJ gerieten in dem sich entwickelnden Kalten Krieg alsbald ins Schussfeld von Polizei und Behörden. Bereits 1951 wurde die FDJ in der BRD verboten.

Nach dem FDGB, dem als größte Massenorganisation der DDR fast alle Beschäftigten angehörten, war die FDJ die zweitgrößte Massenorganisation. Bis in die 1950er Jahre als ein Verband wirkend, der überparteilich, antifaschistisch-demokratisch verfasst war und auf dieser Basis die überwiegende Mehrheit der Jugendlichen ab 14 Jahre in seinen

Reihen aufwies, wurde die FDJ im Gefolge der inneren Entwicklung der DDR zunehmend und fester in die von der SED dominierte politische Organisation der Gesellschaft eingebunden.

Nach der vorherigen Vertiefung der Spaltung Deutschlands im Zuge der NATO-Eingliederung der BRD und der folgenden Bildung der Warschauer-Vertragsorganisation 1955 sowie im Gefolge der Auseinandersetzungen nach dem XX. Parteitag der KPdSU um den Stalinismus und den stürmischen Ereignissen in Polen und Ungarn im Herbst 1956 erklärte die SED-Führung die allseitige Stärkung der DDR zur zentralen Aufgabe. Daraus wurde abgeleitet, den Platz der Jugendorganisation beim weiteren sozialistischen Aufbau genauer zu bestimmen. Auf der 16. Tagung des Zentralrates der FDJ am 25. April 1957 wurde die FDJ zur sozialistischen Jugendorganisation der DDR erklärt. Damit entfiel die bisherige Kennzeichnung als überparteiliche Jugendorganisation. Die FDJ galt nunmehr als Kampfreserve der SED. Freilich kam auch mit den folgenden Jahrzehnten der Nachwuchs für die Blockparteien CDU, DBD, LDPD und NDPD zum großen Teil aus der Mitgliedschaft der FDJ.

Die FDJ nahm in der politischen Organi-



Wilhelm Pieck in der Jugendhochschule am Bogensee, die seinen Namen trug

sation der DDR-Gesellschaft einen bedeutenden Platz ein. In der Volkskammer, in den Bezirks- und Kreistagen und weiteren Volksvertretungen war der Jugendverband mit eigenen Fraktionen vertreten. Alle Betriebe und Einrichtungen hatten die Pflicht, Jugendförderungsverträge aufzustellen und umzusetzen. Der Jugendverband verfügte über eine nach Wilhelm Pieck benannte Jugendhochschule am Bogensee bei Bernau – bereits am 28. Mai 1946 eröffnet – eine Sonderschule bei Bärenklau, über Bezirksjugendschulen und seit September 1958 über eine zentrale Ausbildungsstätte für Freundschaftspionierleiter mit gleichzeitiger Qualifikation als Unterstufenlehrer. Die FDJ war ein international anerkannter Mitgliedsverband im Weltbund der Demokratischen Jugend und nach 1951 im Jahre 1973 zum zweiten Mal Ausrichter der Weltfestspiele der Jugend und Studenten in Berlin. Der Jugendverband war mit einer beträchtlichen Anzahl hauptamtlicher Funktionäre ausgestattet, die von der SED angeleitet und kontrolliert wurden.

In allen Schulen und Bildungsstätten sowie in den Betrieben und Wohngebieten bestanden Organisationseinheiten der FDJ. Sie wirkten nach dem Prinzip des demokratischen Zentralismus: regelmäßige Wahlen und Rechenschaftslegungen, Verbindlichkeit zentraler Beschlüsse. Die Effektivität der FDJ-Grundeinheiten und Gruppen war dort deutlich ausgeprägt, wo SED-Funktionäre sowie betriebliche und staatliche Leitungen gezielten Einfluss auf diese ausübten: in Schulen, Ausbildungseinrichtungen, Fach- und Hochschulen und Universitäten, in betrieblichen Jugendbrigaden. In anderen Bereichen standen FDJ-Gruppen mitunter nur auf dem Papier. Nach Schule und Berufsausbildung endete oft die FDJ-Mitgliedschaft oder verlief allmählich im Sande.

Die FDJ arbeitete vielfach gut zusammen mit Sportgemeinschaften (DTSB) und der Gesellschaft für Sport und Technik (GST). Sie wirkte über Freizeitangebote an den Schulen und über zahlreiche Jugendklubs.

Belastet wurde das Wirken der FDJ durch politisch-ideologische Überfrachtung des Jugendlebens, durch mitunter ängstliches, ungeschicktes Reagieren auf westliche Einflüsse – namentlich Musik, Literatur, Tanz –, durch mancherlei Verbote und Restriktionen. Hinderlich war auch der Umstand, dass die ansonsten mobilisierend wirkenden großen Treffen sowie wiederkehrende Ereignisse – Demonstrationen zum 1. Mal, zum Tag der Opfer des Faschismus, zum 7. Oktober – durch routinisierte politische Rituale beeinträchtigt wurden. Mit dem Anwachsen innerer Probleme in der DDR verstärkten sich diese negativen Erscheinungen und verursachten Unzufriedenheit und Missstimmungen unter Teilen der Jugend. Infolge der sich in den 1980er Jahren verschärfenden Krise der DDR-Gesellschaft brach mit dem damit verbundenen Niedergang ihrer politischen Organisation die FDJ weg und löste sich selbst auf.

ter dem Parteinamen „Wandel und Reform“ hat die islamistische Hamas (Abkürzung der arabischen Worte für „Bewegung des islamischen Widerstandes“) in den Wahlen zum Palästinensischen Legislativrat vom 25. Januar mit 74 von 132 Sitzen die absolute Mehrheit erreicht. Dieses bereitet der europäischen Politik und der der USA großes Kopfzerbrechen. Denn man tut sich schwer, zur Kenntnis zu nehmen, dass sich in fast allen arabischen und isla-

Von **HEINZ-DIETER WINTER**

mischen Ländern eine Gesellschaftsopposition im Vormarsch befindet, die ihre politischen Ziele auf der Grundlage des Islam formuliert. Man nennt sie Islamisten. Sie wegen ihrer religiösen Sprache schlechthin mit der Religion des Islam zu identifizieren, wäre falsch. Es handelt sich im Grunde um eine Protestbewegung, die sich in erster Linie gegen die eigenen autoritären Regime, gegen Unterdrückung und Okkupation – wie in den palästinensischen Gebieten durch Israel –, gegen Menschenrechtsverletzungen und soziale Missstände richtet. In dem Maße, wie der Westen diese Regime unterstützt, in der islamischen



Welt militärisch interveniert, Muslime sich immer mehr als die Opfer einer auf Kosten der Dritten Welt ablaufenden Globalisierungspolitik sehen müssen und ihre eigenen islamischen kulturellen Werte vom Westen missachtet werden, wachsen antiwestliche Stimmungen. Man sei beeindruckt von den Militärbasen westlicher Großmächte in muslimischen Ländern, von der Dominanz westlicher Großunternehmen und von den sich immer weiter streckenden Tentakeln der Supermacht USA, sagte der malaysische Premierminister Badawi auf einer kürzlichen Konferenz in Kuala Lumpur. „Solange es Hegemonie gibt, solange eine Seite versucht, die andere zu kontrollieren und zu dominieren, wird der Gegensatz zwischen den beiden Zivilisationen fortbestehen“, so Badawi.

„Der Islam ist die Lösung“ stand auf den Wahlplakaten der Hamas. Islamisten wollen die Misere in ihren Ländern durch Berufung auf das verklärte Idealbild einer gerechten sozialen Ordnung der Zeit des Propheten Mohammed überwinden. In dieser weit gefächerten und sehr differenzierten Bewegung bilden die Taliban, die Terroristen vom Schläge Bin Ladens oder die Anhänger der Wiedererrichtung des Kalifats den äußeren radikalen Rand. Die Mehrheit ist eher gemäßigt und orientiert auf die Ausnutzung legaler Wirkungsmöglichkeiten. Die schrecklichen, in keiner Weise zu billigen Terrorakte vom 11. September 2001, von Djerba, Bali, Casablanca, Madrid und London sowie eine undifferenzierte Bewertung islamistischer Bewegungen aus westlicher Sicht haben aber dazu beizutragen, die Islamisten insgesamt als Feindbild aufzubauen. Die meisten islamistischen Bewegungen, auch Hamas, haben die schrecklichen Terrorakte vom 11. Septem-

ber 2001 und die seit dem folgten verurteilt. Die überwältigende Mehrheit der Muslime ist gegen diesen Terrorismus, akzeptiert aber im Grunde politische Ziele der Botschaften von Osama Bin Laden.

Islamismus ist nicht Terrorismus

Kann man diesen Terrorismus mit einem „langen Krieg“ gegen den radikalen Islam, von dem USA-Präsident Bush in seiner Rede über die Lage der Nation am 31. Januar sprach, besiegen? Islamisten oder der sogenannte radikale Islam sollten nicht mit Terrorismus identifiziert werden. Man mag Anschauungen und Methoden der Islamisten aus gutem Grund ablehnen, aber statt Krieg gibt es nur die Alternative friedlicher Koexistenz mit ihnen. Der Dialog mit ihnen könnte dazu beitragen, dem Terror den Nährboden zu entziehen. Das gilt auch für die Selbstmordattentate von Hamas, die auf den Terroristenli-

sten der USA und der EU stehen. Wie sich westliche Politik in Zukunft gegenüber den islamistischen Bewegungen des Nahen und Mittleren Ostens verhält, ist von entscheidender Bedeutung für Europas zukünftiges Verhältnis zur Region südlich des Mittelmeeres und zur gesamten islamischen Welt. Wenn der in seinem Ausmaß beispielelose Proteststurm wegen der Mohammed-Karikaturen Ausdruck eines zutiefst gestörten Verhältnisses zwischen der islamischen Welt und dem Westen ist (*Die Zeit* schrieb am 9. Februar sogar von „Weltbürgerkriegsstimmung zwischen dem radikalen Islam und dem Westen“), dann ist es höchste Zeit, dass der Westen das Seine tut, noch Schlimmeres zu verhindern.

Einseitige Bedingungen

Doch leider zeigen die bisherigen Reaktionen der USA und der Europäischen Union auf den Wahlsieg der Hamas in den palästinensischen Gebieten ein erneutes Mal, dass westliche Politik nicht in der Lage ist, auf den Islamismus so zu reagieren, wie es die Notwendigkeit friedlicher Koexistenz mit der islamischen Welt und gleichberechtigte Kooperation erfordern würde. Bundeskanzlerin Merkel und danach Außenminister Steinmeier haben sich bei ihren jüngsten Besuchen der israelischen Boykottlinie angeschlossen, dem Wahlsieger Bedingungen gestellt und jeden Kontakt mit Hamas vermieden. Condoleezza Rice, die amerikanische Außenministerin, hatte sich auf ihrer Nahostreise vor wenigen Tagen ergebnislos bemüht, Unterstützung arabischer Staaten für die westliche Boykottpolitik gegen eine von Hamas geführte palästinensische Regierung zu erreichen. Mit Hamas dürfe man erst sprechen, wenn sie die Existenz Isra-

els anerkenne, auf Gewalt verzichte und alle im Rahmen des Osloer Prozesses mit Israel geschlossenen Verträge respektiere. So verlautet es von Berlin bis Brüssel und Washington. Aber müsste nicht, damit ein Ende der Gewalt möglich wird, vor allem auch Israel Bedingungen erfüllen, nämlich sich auf die Grenzen von 1967 zurückziehen, die Siedlungstätigkeit beenden, die Mauer dort beseitigen, wo sie palästinensisches Gebiet durchschneidet und jene Bestimmungen von Oslo erfüllen, die es bisher nicht einhält. Davon jedoch war in den Verlautbarungen von Frau Merkel und Herrn Steinmeier nichts zu hören. Eine derart einseitige Unterstützung einer deutschen Regierung für Israel gegen die Palästinenser hat man seit langem nicht erlebt. Hamas wurde von den meisten nicht gewählt, weil aus ihren Reihen Selbstmordattentäter kommen, diese werden von den meisten Palästinenser abgelehnt und haben

brauchte zwanzig Jahre dafür. Hamas hat in den letzten 12 Monaten bewiesen, dass sie abgesehen von kleinen, meist von Israel provozierten, Zwischenfällen in der Lage ist, einen Waffenstillstand effektiv durchzusetzen. Die bisher bekannten Vorstellungen von Hamas sind nicht weit entfernt vom Friedensplan der arabischen Gipfelkonferenz in Beirut des Jahres 2002. Darin erklärte sich die arabische Seite bereit, Israel Frieden, Sicherheit und normale Beziehungen zu gewährleisten, wenn es sich auf die Grenzen von 1967 zurückzieht. Der Plan wurde von Israel abgelehnt.

Dialog oder Spirale der Gewalt

Sollte das Wahlergebnis auf Dauer nicht akzeptiert und der Dialog abgelehnt werden, ist mit einer Spirale der Gewalt bisher nicht gekanntes Ausmaßes zu rechnen. In der arabischen Welt wird eine

Das palästinensische Wahlergebnis –

Islamismus als Herausforderung für die Politik des Westens

der palästinensischen Sache großen Schaden zugefügt. Hamas wurde gewählt, weil sich von Fatah dominierte Behörden als korrupt und als unfähig erwiesen hatten, die weitere Verschlechterung der Lebenssituation der Palästinenser aufzuhalten und den Rückzug Israels von den besetzten Gebieten zu erreichen.

Für ein neues Herangehen

„Es ist Zeit für ein neues Herangehen. Die Welt sollte ohne Vorbedingungen mit Hamas sprechen und hören, was die Bewegung für Ideen hat, um den Konflikt zu lösen“, schrieb der Hamas-Abgeordnete und Zeitungsherausgeber Ghazi Hamed im libanesischen Daily Star. Dann wird sich bestätigen, dass Hamas

Wiederholung algerischer Ereignisse von 1992 befürchtet. Damals gewann eine islamistische Bewegung, die FIS (frz. Abkürzung für Islamische Heilsfront), die Parlamentswahlen. Eine Militärdiktatur trieb die FIS in die Illegalität und es folgte eine Eskalation von Terror, die Hunderttausenden das Leben kostete. Die *New York Times* vom 14. Februar berichtet von Plänen der USA und Israels zur Destabilisierung einer möglichen Hamas-Regierung. Das lässt Schlimmes befürchten. Die palästinensischen Wahlen waren, wie eine Wahlbeobachterin feststellte, weitestgehend frei und fair und sehr gut organisiert. Diese Wahlen haben Vorbildcharakter für die gesamte arabische Welt. Was wäre das für ein Signal an die autoritären arabischen Regimes, aber auch an die Bevölke-

Die bisher bekannten Vorstellungen von Hamas sind nicht weit entfernt vom Friedensplan der arabischen Gipfelkonferenz in Beirut des Jahres 2002. Darin erklärte sich die arabische Seite bereit, Israel Frieden, Sicherheit und normale Beziehungen zu gewährleisten, wenn es sich auf die Grenzen von 1967 zurückzieht. Der Plan wurde von Israel abgelehnt.

zu einer realistischen Politik und auch zu Kompromissen fähig ist. Den bewaffneten Kampf würde sie, wie einige ihrer führenden Vertreter erklärt haben, beenden, wenn Israel sich auf die Grenzen von 1967 zurückzieht, was die Sicherheitsratsresolution 242 von 1967 fordert. Die Anerkennung des Existenzrechtes Israels ist für den Frieden unabdingbar. Man kann aber jetzt noch nicht erwarten, dass Hamas seine 1988 angenommene Charta ändert. Das wäre sicher erst nach einem „langen Waffenstillstand“, zu dem Hamas bereit ist, möglich. Auch die PLO

ringen der arabischen Länder, gerade von denen, die der arabischen Welt „Demokratie bringen“ wollen, wenn dem Wahlsieger die ihm zustehende Legitimität verweigert wird? Die Akzeptanz der Hamas hingegen könnte ein erster Schritt in die Richtung sein, um diesen sinnlosen und nach Einschätzung der USA-Verantwortlichen noch Jahrzehnte lang zu führenden „Krieg gegen den Terror“ im Interesse des Weltfriedens zu beenden und die sozialen und politischen Ursachen des Ter-

Fortsetzung auf Seite 15

Im Februar diesen Jahres wurde Vidya Mumsi als erste hauptberufliche Journalistin in Bengalen durch die Indische Journalistinnen-Vereinigung ausgezeichnet. Neben ihrer journalistischen Arbeit war die heute 85-jährige jedoch vor allem in der Frauenbewegung sehr aktiv.

Vidya Mumsi wurde im Dezember 1919 im indischen Bombay als Tochter des Anwaltes Dr. Chhaganlal Kanuga geboren. Schon sehr früh

Von **CHRISTIAN FRIEDEWALD**

spürte sie politische Einflüsse: „Mein Onkel war Arzt. Im Jahre 1919 verbrannte er all seine westlichen Anzüge und anderen Schmuck und trug nur noch Khadi“, erzählt die heute 85-Jährige. Khadi ist ein handgewebter typisch indischer Stoff. Vor allem Mahatma Gandhi hatte das Khadi-Weben propagiert. Er sah darin für die ländliche Bevölkerung die Möglichkeit, ein eigenes Einkommen zu erzielen. „Später wurde mein Onkel eine führende Persönlichkeit in der Kongress-Partei“, erzählt sie weiter. „Er war drei Jahre nacheinander Präsident des Kongress-Komitees für Gujarat. Viele Beratungen fanden in seinem Haus statt und wichtige Persönlichkeiten wie Gandhi trafen sich dort. So lernte ich bereits als Kind viele führende Mitglieder der Kongress-Partei kennen.“

Doch Vidya Mumsi wurde auch sehr früh durch Frauen geprägt: Eine ihrer Tanten unterstützte die Kongress-Partei und wurde immer wieder verhaftet. Bei den ersten Wahlen in Indien im Jahr 1937 wurde sie Mitglied der gesetzgebenden Versammlung für Gujarat. Auch Vidya Mumsis Mutter war politisch aktiv: Sie beteiligte sich am Boykott ausländischer Bekleidungs-geschäfte und unterstützte die Kongresspartei als ehrenamtliche Helferin. Außerdem war sie in einer der ältesten Frauen-Organisationen in Bombay, der Bhagini Samaj, engagiert, betreute dort ein Wohnheim für arbeitende Frauen.

Sie selbst besuchte eine Mädchen-Schule, die sie mit hervorragenden Leistungen abschloss: An der Universität von Bombay war sie die beste weibliche Studentin und die drittbeste aller Studenten.

„Es war von Anfang an klar, dass ich später nicht nur Hausfrau sein würde“, erinnert sich Vidya Mumsi. „Da ich keinesfalls bereit war, für die britische Kolonial-Regierung zu arbeiten, blieb mir nur eine Tätigkeit im Bereich Medizin oder Jura.“ Sie entschied sich für ein Medizin-Studium. „Als Arzt glaubte ich, den Menschen am besten helfen zu können.“ Sie entschloss sich, in England zu studieren. Im Sommer

„Ich kann nicht akzeptieren, dass Frauenfragen hintenan gestellt werden“

Frauenaktivistin und Journalistin Vidya Mumsi



1938 fuhr sie – gerade 18 Jahre alt – mit dem Schiff nach England.

„Damals war die Lage angespannt. Man hatte Angst vor einem bevorstehenden Krieg“, blickt Vidya Mumsi zurück: „Nach dem Münchener Abkommen schien sich die Lage zu beruhigen, doch der Faschismus blieb als Bedrohung bestehen und war ein häufiges Gesprächsthema unter uns Studenten.“ In dieser Zeit wuchs ihr politisches Interesse. Sie studierte in Newcastle upon Tyne, einer klassischen Arbeiterstadt in Nordengland. „In der Region gab es damals bereits Karl-Marx-Plätze und Lenin-Straßen.“ Sie trat übrigens dann 1942 in die Kommunistische Partei ein.

„Die Kindersterblichkeit in den Slums von Bombay betrug damals 60 Prozent. Ich hatte das Gefühl, dass ich als Kommunistin mehr erreichen könnte, als wenn ich Ärztin würde. Ich verlor daher mein Interesse an der Medizin und brach mein Studium schließlich ab“, erklärt sie und engagierte sich fortan in der indischen Studentengruppe innerhalb der KPGGB und sprach auf vielen Versammlungen. Vidya Mumsi beteilig-

te sich aktiv an den Vorbereitungen zur Gründung des Weltbundes der Demokratischen Jugend. Zum Internationalen Frauentag am 8. März 1945 sprach sie auf einer Versammlung über die „Frauenfrage“.

Als im November 1945 der Weltbund der Demokratischen Jugend in London gegründet wurde, nahm Vidya Mumsi als Sekretärin der Indischen Studentenvereinigung AISF teil. Einen Monat später besuchte sie die Pariser Konferenz, auf der die Internationale Demokratische Frauenföderation entstand. Nach ihrer Rückkehr im Januar 1947 flog sie nach Indien zurück, um dort die Südostasiatische Jugendkonferenz vorzubereiten. „Die Bedeutung dieser Veranstaltung konnte man kaum überschätzen. ... Die Imperialisten dachten, es sei der Beginn einer bewaffneten Revolution. Innerhalb von zwei Wochen wurde die Kommunistische Partei Indiens verboten.“ Männer und Frauen kämpften Seite an Seite, es habe keine Diskriminierung gegeben, viele Frauen nahmen führende Positionen ein. „Leider gab es hier in den vergangenen Jahren viele Rückschritte.

Die kreative Energie ist vielleicht einzigartig in der Zeit großer Bewegungen – später lässt sie leider nach“, so Mumsi heute kritisch.

In dieser Zeit lernte Vidya ihren späteren Ehemann Sunil Mumsi kennen. Im Januar 1949 heirateten sie. In den nächsten Jahren arbeiten Vidya und Sunil Mumsi in der Studentenbewegung: Sie schrieben für die Zeitung *The Student*. Als der Indische Studentenbund AISF seine Büros nach Kalkutta verlegte, zog auch die junge Familie um. In den folgenden Jahren arbeitete Vidya Mumsi als erste weibliche Journalistin und Korrespondentin für verschiedene Zeitungen. Im Jahre 1953 wurde sie verhaftet: Im anschließenden Prozess versuchte die Staatsanwaltschaft aus ihr herauszupressen, dass die Zeitung *Blitz*, für die sie arbeitete, ein kommunistisches Blatt sei. Vidya Mumsi blieb standhaft und provozierte damit einen eintägigen Zeitungsstreik, der sie in Journalistenkreisen sehr bekannt werden ließ.

Ab 1964 arbeitete Vidya Mumsi hauptsächlich in der Frauenbewegung. „Frauen haben in der Partei eine besondere Verantwortung – nämlich der Frauenfrage Vorrang zu gewähren. Ich kann es nicht akzeptieren, dass Frauenfragen hintenan gestellt werden. Es muss ein permanenter Kampf neben allen anderen Kämpfen sein und es war meine Entscheidung, mich auf diesen besonderen Kampf zu konzentrieren“, erklärt sie ihre Position entschieden.

Immer wieder nahm sie an bedeutenden Konferenzen teil: 1975 reiste sie nach Mexiko und besuchte die UN-Konferenz zum Internationalen Frauenjahr. Im Jahr 1980 repräsentierte sie die Indische Frauenförderung NFIW auf der Kubanischen Frauenkonferenz und nahm 1985 an der Konferenz in Nairobi teil. „Die Anwesenheit von 14 000 Frauen bei dieser Konferenz war sehr beachtlich. Was mich aber viel mehr beeindruckt hat war, dass niemand aufgefordert wurde, sich einer bestimmten Meinung anzuschließen. Es gab keine Resolutionen oder Erklärungen – aber man konnte sehr viel lernen“, erinnert sich die Frauenaktivistin. Im Jahr 1987 reiste sie schließlich zur Vietnamesischen Frauenkonferenz.

Vidya Mumsi lebt heute noch immer in Kalkutta. Gelegentlich schreibt sie Beiträge für die kommunistische Zeitung *Kalantar*. Für die Zukunft sieht sie ein großes Potential in der Frauenbewegung: „Es entsteht eine breitere Plattform innerhalb der Bewegung“, erklärt sie. „Marxisten und Feministen sind nun in der Lage zusammenzuarbeiten. Wir können und müssen zusammenarbeiten. Je mehr Frauen gemeinsam mit Männern im generellen Kampf für demokratische Rechte und Freiheit antreten, desto weiter werden sie ihre Sache voran bringen und um so besser werden sie ihre eigenen Kämpfe führen.“

Fortsetzung von Seite 14

rismus durch gemeinsame Anstrengungen mit politischen Kräften der islamischen Welt beseitigen – gemeinsam auch mit Islamisten.

Initiative „Diplomaten für Frieden mit der islamischen Welt“

Aus tiefer Sorge um den konflikthaften und friedensbedrohlichen Zustand, in dem sich gegenwärtig das Verhältnis des Westens zur islamischen Welt befindet, haben sich vor einem Jahr 28 Botschafter a.D. der DDR und der Bundesrepublik mit einem Schreiben an den Präsidenten und die Abgeordneten des Europäischen

Parlaments gewandt. Sie machten darauf aufmerksam, dass die bisher verfolgte Politik von Gewalt und Gegengewalt, des vorrangigen Einsatzes militärischer Mittel und westlicher Interventionen in islamischen Regionen, wie in Afghanistan und Irak die Welt nicht friedlicher, sondern unsicherer gemacht haben. Es sei ein Gebot politischer Vernunft, die bisherige Strategie kritisch zu überprüfen und zu revidieren. Sie schlugen vor, dass Europa sofortige Entspannungsschritte unternimmt. Für den Nahen Osten müsse der unverzüglichen Regelung des israelisch-palästinensischen Konfliktes und der Beendigung der Okkupation Iraks Priorität beigemessen werden. Die Botschafter schlugen vor, das Zukunftsprofil europäischer Politik gegenüber der islamischen

Welt und den dort stattfindenden gesellschaftlichen Prozessen neu zu bestimmen.

Mitte Februar warnten sie in einer Presserklärung vor einer sich aufbauenden neuen Eskalationsstufe im Zusammenhang mit dem Protest gegen die Mohammed-Karikaturen, mit der Weigerung, das Wahlergebnis in den palästinensischen Gebieten zu akzeptieren und wegen des zuspitzenden Streits um die iranische Urananreicherung, in dem westliche und israelische Politiker auch einen Militärschlag nicht ausschließen. Sicherheit darf nicht einseitig aus westlicher Sicht definiert werden, die Sicherheit islamischer Staaten muss in gleicher Weise gewährleistet werden, insbesondere ihre Sicherheit vor neuen Präventivkriegen. Die ehemaligen Diplomaten

rufen dazu auf, eine Konfrontation mit der islamischen Welt zu verhindern. Dazu bedarf es eines grundlegenden Wandels der Politik, der einen perspektivisch tragfähigen Ausweg aus dem Terrorismusdilemma eröffnet, indem er die Ursachen der Krise zwischen islamischer Welt und Westen überwindet. Sie ist historisch gewachsen, ihre Auflösung bedarf deshalb auch eines längeren Prozesses – der jedoch jetzt begonnen werden muss.

Unser Autor, Dr. Heinz-Dieter Winter, ist Botschafter a.D. und Mitglied des Nahost-Forums e.V.

In LN 4'06 schrieb er: „Der Karikaturenprotest und die Zustände in der arabischen Welt“.

Von den neun vollendeten Sinfonien Gustav Mahlers errang die siebente Sinfonie am spätesten Anerkennung und wird auch in der Gegenwart nicht so oft aufgeführt wie die anderen. Deshalb verdient besondere Anerkennung, dass Riccardo Chailly sie nach seinem Gastdirigat vor drei Jahren nun als Gewandhauskapellmeister als erste Mahler-Sinfonie nicht nur in einem Anrechtskonzert aufführte, sondern sie auch auf seine erste Reise mit dem Orchester mitnahm. Dabei gestaltete Chailly die Sinfonie

auch die Schlagzeuger beeindruckten mit ihrem einfach wunderbaren Ausdrucks- und Farbreichtum. Nach diesem Ereignis wirkte das 5.

Siegfried Pröhl (1934) und Horst Dittmann (1943). Unter dem Titel „Zeit – Tanzen seit 1927“ wurde

Tournee und Tanz

Von **WERNER WOLF**

mit all ihren Härten, Sehnsüchten, Abgründen und Aufschwüngen. Düster, lastend erklang der Trauermarsch des Beginns. Unerbittlich türmte der Dirigent die Gegensätze auf, ließ ahnen, welche Kraftanstrengung eine Überwindung fordern wird. Verstörendes und Versöhnliches der beiden Nachtmusiken faszinierte, ebenso das Gespenstige des zwischen ihnen stehenden Scherzos. Und im Finalsatz erhielten, ehe es endlich zum strahlenden C-Dur-Abschluss des Finalsatzes kommt, die immer neuen Einbrüche bedrohliche Kraft.

Das Gewandhausorchester bewältigte die Anforderungen des Werkes und des Dirigenten überzeugend. Streicher wie Holz- und Blechbläser, aber

Rundfunk-Matineekonzert mit Jun Märkl als Gastdirigenten und Lioba Braun als Solistin matt. War der Dirigent, der am Abend vorher in der Dresdener Semperoper die Premiere von Webers Oper „Euryanthe“ geleitet und beide Auftritte im Hin und Her zwischen Dresden und Leipzig vorzubereiten hatte, abgekämpft? Es kam nur andeutungsweise zur Geltung, welche Qualitäten das Vorspiel zu Richard Strauss' erster Oper „Guntram“ besitzt. Auch die Aufführung der Tondichtung „Tod und Verklärung“ erreichte nur partiell die dem Werk eigene Expressivität. Im zweiten Programmteil mit den Wesendonck-Liedern, dem Vorspiel und dem Schlussgesang aus Richard Wagners „Tristan und Isolde“ konnte die Solistin nur mit ihrem Piano beeindruckten.

Erinnerungen erweckte ein Tanzabend im Kellertheater des Opernhouses. Zwei Tänzerinnen und zwei Tänzer ließen Einstiges und Heutiges erleben: Ursula Cain, Christa Franze (beide Jahrgang 1927),

lebendig, Tanz im Behelfstheater „Dreilinden“ und im inzwischen 45 Jahre alten neuen Opernhaus.

Charakteristisch für die Generation, die

noch während des Zweiten Weltkrieges unter immer komplizierter werdenden Bedingungen mit unermüdllichem Einsatz ihre Ausbildung absolvierte, sind die Worte Ursula Cains: Wir wollten aufbauen helfen, etwas Neues beginnen. Da bedurfte es keines großen Aufwands, um Erinnerungen an jene Jahre wach werden zu lassen. Wer Ursula Cain als Julia erlebt hatte, sah sie an diesem Abend nach wenigen Bewegungsfiguren in dieser Glanzrolle vor sich, obwohl sie nichts von ehemals nachzuahmen versuchte. Die Vier erzählten aus ihrem Tänzerleben, begannen mit Lockerungsübungen, zeigten Vorgänge aus der Tanzwerkstatt, bewegten sich in gemeinsamen Formationen, im Mit- und Gegeneinander, deuteten augenzwinkernd auch heute Modisches an. Staunen weckte immer wieder, wie sie ihren Körper beherrschen, wie jung sie mit dem Tanz geblieben sind, obwohl sie nach ihrem Bühnenleben in anderen Berufen arbeiteten. Noch erwähnenswert: Heike Hennig ist die Idee und die Choreographie dieses anrührenden Abends zu danken.

Endlich: Eine Galerie für Sitte



WILLI SITTE sollte bereits zu seinem 80. Geburtstag im Nürnberger Germanischen Nationalmuseum, dem er bereits 1993, enttäuscht von den ostdeutschen Bilderstürmereien, einen großen Teil seines Nachlasses übergeben hatte eine lang vorbereitete Ausstellung bekommen. Sie wurde urplötzlich nicht aus künstlerischen, sondern aus politischen Gründen von kunstfernen Kunstaufsehern auf eine äußerst diffamierende Weise abgesagt.

Auf dem Foto unseres langjährigen Fotografen Gerhard Märker, der Sitte im Jahr 2000 in dessen Halleschen Atelier erlebte, hält der Maler ein Sonderheft der „Gesellschaft zum Schutz von Bürgerrecht und Menschenrecht“ in der Hand, das sie dem Künstler mit Texten, Bildern, Dokumenten als „katalog (K)einer Ausstellung“ widmete. Nun anno 2006, der 85. Geburtstag stand an, wurde es manchmal direkt amtlich mit einem Oberbürgermeister samt Amtskette, mit einem Bundeskanzler a.D., mit einer Hundertschaft von Prominenten und solcher die sich dafür halten. Sitte nahm's hin, mit der ihm eigenen Art: Nachdenklich, lächelnd, widerborstig, mahnend.

Endlich gibt es nun in Merseburg eine Willi-Sitte-Galerie. Seine Bilder reizen, schockieren, legen Hintergründiges dar. Sie ziehen an und stoßen ab. Nie eine bloße Angelegenheit für Ästheten sondern immer mit dem Leben verbunden. (LN)

Musical Hartz IV

Die meisten Besucher wurden nicht enttäuscht. Erik Gedeon, der bereits an den „Dresdener Webern“ mitwirkte, sagte: „In Hartz IV- Das Musical“ geht es um den festen Glauben, dass man nicht zu Arbeitslosigkeit verdammt ist, und um den Hunger nach einem Lebenssinn. Wenn die Menschen im Arbeitsamt Lieder aus „My Fair Lady“, „Jesus Christ Superstar“ oder „Cats“ singen, ist Hoffnungslosigkeit und Tristesse der Situation wenigstens ein Lied lang aufgehoben. Beim Singen kommen Träume zu ihrem Recht, die zum Widerstand gegen die Hartz IV-Realität werden...“.

Die Arbeitslosen (Schauspieler) zeigen, dass sie in einem Konkurrenzverhältnis stehen, in dem jeder des anderen Teufel ist. Sie finden sich zu Schandtaten gegen einzelne von ihnen bereit. Alle machen mit. Nur wenn die Musik erklingt, dann sind sie in der Lage, sich über ihre soziale Stellung zu erheben und sich menschlich zu verhalten. Das Musical zeigt keinen Ausweg. Selbst wenn der Wunsch „Wenn ich einmal reich wär...“ in Erfüllung gehen sollte, wird die Welt bleiben wie sie ist. Aber der Besucher wird nachdenklich, ob die vorhandene Sozialordnung überhaupt gewährleisten kann, was sie verspricht: die Würde des Menschen zu achten.

• **HILDE PÖBNECK**

LN. Auf Antrag von *Felix Blochs Erben* hat das zuständige Gericht dem Staatsschauspiel untersagt, Songs aus den genannten Musicals, deren Aufführungsrechte bei Blochs Erben liegen, zu verwenden. Blochs Erben bestehen darauf, dass das Dresdner Theater für die Verwendung der Lieder eine Lizenz beim Verlag beantragen und bezahlt. Das Theater hatte die Nutzung der Songs bei der Gesellschaft für musikalische Aufführungs- und mechanische Vervielfältigungsrechte (GEMA) angemeldet, womit *Felix Blochs Erben* nicht einverstanden ist.

Dreigroschenmusik

Im Theater der jungen Welt steht „Die Dreigroschenoper“ auf dem Spielplan. Bettler, Ganoven und Profiteure - sie tummeln und gebärden sich zur Kurt Weills Musik, die aus Kostengründen vom Band kommt. Regisseurin Marion Firlus unterstreicht die Doppelbödigkeit, indem sie die Schauspieler selbst oder - gewissermaßen alter ego - mit fast lebensgroßen Figuren (gebaut von Hagen Tilp) agieren lässt. Mafia-Typen in Schwarz dirigieren die Menschen, die Marionetten. Ein reduziertes Bühnenbild (Gerhard Roch) im Stile einer Varieté Bühne unterstreicht den Charakter des absurden Welttheaters. Dem Ensemble ist Anerkennung zu zollen, denn es wird gesanglich und in Handhabung der Figuren viel gefordert. Christoph Wiatre, musikalischer Leiter, setzt nicht auf Effekte, sondern ordnet und gestaltet aus einem Guss. • **D.M.**

Zunächst ist festzustellen: Schneechaos verdrängt lang angekündigtes „Dresden-Inferno“ vom 20.15 Uhr Programmplatz. Aber: Nach zehn

Minuten Schneewehen schalteten doch noch einmal mal zwei Millionen Zuschauer zum ZDF. Das bedeutet 32 % Marktanteil. Der ARD-Tatort weit abgeschlagen mit 16 %.

Fürs erste ist das Kalkül, ein breites Publikum mit dieser nicht einfachen Thematik zu erreichen, aufgegangen. Immerhin: Es ist der Pilcher- und Traumschiff-Sendeplatz. Da müssen (Warum eigentlich?) Sehgewohnheiten bedient werden. Und so wurde eine Marketing-Maschinerie, einschließlich Bundesverdienstkreuzträger Johannes B. Kerner, aufgefahren, um über das Inferno von Elbflorenz zu schwätzen. Das Gesicht des ZDF tat es in der gleichen Unart wie vor Jahren mit

FF dabei

DER FILM- UND FERNSEH-LINK

Inferno

Von **MICHAEL ZOCK**

Schülern des Erfurter Gutenberg-Gymnasiums.

Seitenweise haben sich vorab die großen Nachrichtenmagazine und Tageszeitungen mit der bisher teuersten Fernsehproduktion befasst und die Hollywood-Manier des Films beklagt. So schön Liebesgeschichten im Fernsehen und im Kino sind, als Doku-Soap ist Dresdens Inferno wirklich nicht geeignet. Zumal die Geschichte auch im Detail

ziemlich holpert. Welcher verletzte englische Bomberpilot vermag sich vom Abschlusort Magdeburg bis in ein Dresdner Krankenhaus zu flüchten, ohne entdeckt zu werden?

Spricht dieser Robert Newman bei einer Begegnung mit dem sächsischen Gauleiter Mutschmann so perfekt Deutsch, dass dieser überhaupt nichts merkt?

Bekannte Gesichter in Haupt- und Nebenrollen. Da ließ sich nicht viel Neues entdecken. Wohltuend, dass John Light als Bomberpilot und Felicitas Woll als Krankenschwester nicht täglich auf dem Bildschirm sind. Bei Heiner Lauterbach und Wolfgang Stumph trifft das aus unterschiedlichen Gründen nicht zu. Der eine vermarktet zur Zeit sein schlechtes Buch, der andere ist Dauerkommissar und Postler im ZDF. Das bleibt im Gedächtnis und hat Nebenrollen im Film beschädigt.



Von
**KLAUS
HUHN**

In Berlin – und nicht nur dort – überwogen nach dem Fußballdebakel Witze. In der CDU/CSU-Fraktion, so meldete eine Zeitung, habe man sich nachdrücklich für den Einsatz der Bundeswehr bei der Fußball-WM ausgesprochen – um die deutschen Spieler notfalls vor den Zuschauern schützen können ...

Aber. Wer auch immer welche Meinung oder Kritik äußert, am Ende bleibt selbst bei der Fußball-WM bei jedem von zwei Mannschaften bestrittenen Spiel nur ein Sieger übrig und damit sollten sich endlich alle abfinden. Ich selbst habe erst einmal erlebt, dass der Sieger vorher feststand, weil die zweite Mannschaft fehlte. Das war 1961 in Genf, als der Spielplan der Eishockey-Weltmeisterschaft auch die Begegnung BRD-DDR enthielt und die angeblich so einheitsbegehrliche Regierung in Bonn ihrer Mannschaft verbot, die Eisfläche zu betreten. Warum? Weil die Internationale Föderation ihr Reglement nicht annullieren wollte, nachdem bei Spielschluss das Hissen der Fahne der Siegermannschaft obligatorisch war und dazu auch noch die Hymne gespielt werden musste. Die Hymne der DDR aber sollte – so war das damals – kein Bundesbürger offiziell anhören müssen. Also blieben die Bundesdeutschen in der Kabine und die DDR stand allein auf dem Eis. Manfred Buder schoss die Scheibe nach dem Anpfiff aufs bundesdeutsche Tor und da das auch drei Minuten nach dem Anpfiff noch leer war, piffen die Schiedsrichter ab und erklärten die DDR zum 5:0-Sieger.

Derlei ist jedoch nicht mehr in Mode und so wird man auch bei der Fussball-WM immer mit einem Sieger und einem Verlierer leben müssen. Ganz gleich, wer das ist. Und selbst bei Lloyds in London kann man sich nicht gegen Niederlagen versichern lassen. Nicht mal die US-amerikanische Fernsehgesellschaft

NBC konnte das und die verlor bei den Olympischen Winterspielen in Turin nicht nur ein Spiel, sondern einen Batzen Geld. Der war so dick, das er das olympische Fundament ins Wanken geraten lassen könnte. 613 Millionen Dollar hatte NBC für die Übertragungsrechte bezahlt, aber die Einschaltquote stürzte um 30 Prozent ab, die erhofften Werbeeinnahmen sanken dadurch rapide, weil jeder Dollar, den eine Werbesendung einträgt an eine Quote gebunden ist. Man könnte mich fragen, ob dieses Verlustgeschäft etwa eine Leipziger linke Zei-

chen Mitbürger unseres Landes alle begeistert und stolz auf die Leistungen unserer Sportler, hob Wolfgang Schäuble ... hervor.“ Und dann hatte er noch hinzugefügt: „Auch mit ihrem Auftreten haben die Sportler Ehre für unser Land eingelegt.“

„Sind noch Fragen?“, pflegte man früher zu fragen. Nein, aber ein paar Antworten hätte ich noch bei der Hand. Der Bundesverteidigungsminister Franz Josef Jung hatte sie der FAZ gegeben: „Bei der Bundeswehr geben wir im Jahr fast 27 Millionen Euro aus für die

Sportförderung. Das zahlt sich aus. Ohne diese Sportförderung stünden wir nicht an erster Stelle des Medaillenspiegels.“ Und der Minister hatte mindestens einen medaillenzählenden Adjutanten in seinem Gefolge, denn er

Sportkolumne

Wie der Verteidigungsminister die Medaillen holte

tung traurig stimmt und ich würde antworten: Ein wenig, wenn dadurch Olympia in Gefahr gerät. Von dem NBC-Geld leben nämlich das Internationale Olympische Komitee und die Olympischen Spiele und zwar – wie auch Eröffnung und Finale jedem vor Augen führten – auf ziemlich großem Fuß. Kurzum: Es könnte geschehen, dass man demnächst auch im IOC sparen muss und das könnte Probleme mit sich bringen.

Darüber nachdenkend, fiel mir ein, dass Italien schon einmal Olympische Winterspiele arrangiert hatte und zwar vor einem halben Jahrhundert 1956 in Cortina und dort hatte man nur ein paar Schippen Schnee auf die Hauptstraße schaufeln müssen, um dem legendären Zeno Colo als letztem Fackelläufer die Abfahrt von den Alpengipfeln bis ins Stadion zu ermöglichen. Dort übergab er die Fackel dem Eisschnellläufer Guido Caroli und der – heutzutage unvorstellbar – stolperte über ein Kabel und alle im Stadion zitterten mit ihm, dass das olympische Feuer verlöschen könnte.

In Turin stolperte niemand, aber es lag auch nirgends Schnee und es gab keine Piste für einen von Alpengipfeln herabrasenden Fackelläufer. Dafür Tenöre. Schluss mit den Vergleichen. Alles hat sich entwickelt und Olympia ist längst zur Soap Opera auf- oder abgestiegen. Geblieben sind die Medaillenzähler! An die 16 Jahre hat man sich über die DDR ereifert, die angeblich Sport nur um dieser Medaillen willen erlaubt hatte. Und jetzt? In der FAZ las ich: „Wir sind stellvertretend für die sportli-

sagte der FAZ und der deutschen Öffentlichkeit auch noch: „Die Bundeswehr alleine käme bereits auf Platz drei der Wertung.“ Er meinte die Medaillenwertung und merkte vorsichtshalber noch an: „Wenn wir die Bundeswehr nicht hätten, stünden wir im Medaillenspiegel auf Platz dreizehn.“ Unvorstellbar diese Katastrophe: Deutschland nur Dreizehnter in der Welt. Gerettet wurde das Land also von der Bundeswehr.

Der Interviewer erinnerte sich einer Vokabel, die vor rund 60 Jahren in Umlauf gebracht worden war, um die DDR zu diffamieren: Deren Athleten seien „Staatsamateure“. Das mochte der Minister 2006 nicht hören: „Ich finde im übrigen den Begriff Staatsamateur nicht positiv. Als ich in Turin mit dem Biathlon-Olympiasieger Michael Greis gesprochen habe, habe ich gemerkt, welchen Bezug er zu seinem soldatischen Dienst hat.“ Na denn! Links um, im Gleichschritt ...

Bedeutsamer allerdings, als die Verbreitung der Legende vom olympiamededaillengeschmückten dienstbewussten Bundessoldaten schien die Tatsache, dass nicht einmal während der Turiner Tage der Name des Begründers der modernen Spiele Baron Pierre de Coubertin fiel. Dafür übernahm ein feuerroter Ferrari-Formel-I-Bolide eine Hauptrolle in der Eröffnungszeremonie. Aber es gilt, gerecht zu bleiben: Dass am Ende der Abschlussfeier eine riesige Picasso-Friedenstaube auf dem Rasen formiert wurde, erinnerte doch noch an die Hoffnung, die Olympia verbreiten will. Wieder und wieder ...

VI. Rosa-Luxemburg-Konferenz
24./25. März
2006

Ratskeller
der Stadt Leipzig,
Lotterstraße 1

Linke Utopien – die Zukunft denken Das Krisenjahr 1956

Rosa Luxemburg
ROSA-LUXEMBURG-STIFTUNG
SACHSEN e.V.

24. März, Freitag, 14 - 17 Uhr

Das Krisenjahr 1956

- Prof. Dr. Siegfried PROKOP, Bernau
Zwischen Tauwetter, Frühling und Frost – die DDR in den Monaten nach dem XX. Parteitag der KPdSU
- Dr. Jörn SCHÜTRUMPF, Berlin
1956 oder die Reformierfähigkeit des Stalinismus
- Ingrid ZWERENZ, Schmitten
Ernst Blochs letzte Vorlesung in Leipzig
- Dr. Holger POLITT, Leipzig/Warschau
Utopieverlust in Polens Ordnungssozialismus (1956-1989)
- Prof. Dr. Karl-Heinz GRÄBE, Freital
Die Krise des Stalinismus 1956 in Osteuropa und Chancen linkssozialistischer Entwicklungen

17.30 - 19 Uhr **Kulturprogramm**

mit der Gruppe „Quijote“, Chemnitz: „Nur diese eine Schwalbe“ – Lieder von Mikis Theodorakis in deutscher Sprache

Ab 19 Uhr **Empfang**

anlässlich des 15. Gründungsjubiläums der Rosa-Luxemburg-Stiftung Sachsen

25. März, Sonnabend, 10 - 17 Uhr

- Prof. Dr. Wolfgang GEIER
1956 – Wirklichkeitsverluste und Wahrheitsverweigerungen. Miszellen zur Diskussion
- Prof. Dr. Joachim BIENER, Leipzig
Der 4. Schriftstellerkongress am 4.-6. Januar 1956 als verheißungsvoller Jahresauftakt
- Gerhard ZWERENZ, Schmitten
Bloch in Leipzig – oder die Front zwischen Stalin und Heidegger

Tagungsgebühr 5 Euro, Kostenbeteiligung Speisen Empfang 5 Euro

Linke Utopien – die Zukunft denken

- Prof. Dr. Helmut SEIDEL, Leipzig
Zum Verhältnis von Utopie und Wissenschaft. Philosophiehistorische Anmerkungen
- Dr. Ernst WURL, Berlin
Zur Beziehung zwischen Politik und Utopie im Lichte geschichtlicher Erfahrungen
- Prof. Dr. Michael BRIE, Berlin
Omnia sunt Communia
Die Zukunft des Kommunismus nach seinem Scheitern
- Dr. Andreas HEYER, Halle
Sozialismus denken. Zum Stellenwert der postmateriellen Utopie
- Prof. Dr. Hans-Gert GRÄBE
Das „Prinzip Hoffnung“ in der Wissensgesellschaft

Als Teilnehmerin der öffentlichen Anhörung der Fraktion DIE LINKE im Bundestag wurde ich Zeuge ungewöhnlicher Ereignisse. Das unerwartet hohe Interesse von 450 Experten veranlasste die Fraktion, den Veranstaltungsort zu ändern: Im größten verfügbaren Raum des Bundestages – im Fraktionssaal der CDU/CSU – debattierte DIE LINKE über Wege zur Überwindung von Hartz IV. Das gab es noch nie!

Auch der Anlass selbst war ein Novum: DIE LINKE lud, ehe sie den Rahmenantrag „Für Selbstbestimmung und soziale Sicherheit“ in den Bundestag einbrachte, zur Debatte des Entwurfes ein. Dieses Angebot erreichte nicht nur die üblichen

Neuer Schwung für Überwindung von Hartz IV

Mit neuem Politikstil in ungewöhnlicher Umgebung

Experten aus Institutionen und Einrichtungen, aus Gremien der Politik und Wissenschaft. Auch die Betroffenen waren anwesend. Sie verkörperten das gesamte Spektrum der sozial Engagierten und ihre Initiativbewegungen. Es wurde nicht über uns gesprochen, sondern mit uns debattiert! Ein politischer Stil, dessen sich alle unsere Mandatsträger in Gemeinden, Städten und

Ländern annehmen sollten. Und es blieb nicht beim Diskutieren. Die Linkspartei.PDS gab ein klares Bekenntnis zur aktiven Unterstützung der sozialen Protestbewegung – von den Montagsdemonstrationen bis hin zum großen zentralen Protesttag am 03.06.2006 in Berlin!

Im 3. Problemkomplex – Fragen der Perspektiven sozialen Protestes –, gestaltet von Trägern und

Organisatoren der Protestbewegungen, dominierte die Erwartung an DIE LINKE, deutlicher auch strategische Visionen zu formulieren. Sie darf sich nicht dem neoliberalen „Machbarkeits“-Kriterium unterwerfen. Als Sprecherin der AG „Soziale Politik“ in und bei der Linkspartei.PDS-Leipzig, die sich der gleichberechtigten Bündelung und Vernetzung der verschiedenartigen Initiativen und Bewegungen vor Ort verschrieben hat, vermittelte mir dieser Tag nicht nur neue Kraft und Impulse. Es wurde meine Gewissheit bestärkt: Eine neue Welt, eine neues Deutschland ist möglich!

PETRA WEIßFUB,
LEIPZIG

Auf ihrer jüngsten Tagung solidarisierte sich die Bundes-AG Betrieb & Gewerkschaft der Linkspartei.PDS mit den Beschäftigten, Betriebsräten und Ver.di im Kampf gegen die Arbeitsplatzvernichtung bei der Deutschen Telekom AG. Seit dem Börsengang wurden

Zeichen stehen auf Sturm Solidarität mit Streikenden

bereits 100 000 Stellen vernichtet. Die angeblich überflüssigen Kolleginnen und Kollegen schiebt man in die Beschäftigungsgesellschaft Vivento und Ihre Tochterfirmen für Call Center (VCS) und Technischen Service (VTS) ab. Ein großer Teil arbeitet als Leih- und Zeitarbeiter wieder im Mutterkonzern. Der Personalabbau wird auf dem Rücken der Beschäftigten und der Kunden ausgetragen. Monatlich verliert die Telekom 100 000 Kunden. Dennoch möchte der Konzern nochmals 32 000 Stellen streichen. Mit der Schließung und Zusammenlegung von Callcentern wird versucht, vor allem Frauen in Teilzeit aus der Beschäftigung zu drängen. Anfahrten von bis zu 180 km sind für sie schlicht nicht möglich.

AG BETRIEB &
GEWERKSCHAFT

Zu LN 4'06: „Wer die Wahl hat ...“ und „Jung ist keine Alternative“

Was für eine Wahlqual ...

Wer es ehrlich meint mit der so oft als Sprechblase gebrauchten Demokratie hatte tatsächlich die Qual der Wahl im Leipziger 2. OBM-Wahlgang. Insofern hatte die Redaktion eine glückliche Hand, unmittelbar vor dem 26. Februar zwei unterschiedliche Auffassungen nebeneinander abdruckten. Herr Jung hält Wahlen „für eine staatsbürgerliche Aufgabe, ohne die die Demokratie zerfällt jedoch auch dann, wenn man den Wählern keine echte Alternative bietet, die ihnen eine Entscheidung abverlangt. Herr Jung bezeichnet die hohe Sensibilität für soziale Fragen als eine „Schnittmenge“ mit der Linkspartei. Die bedrückende soziale Lage vieler Leipziger wäre schon eine klare Absprache mit dieser Partei wert gewesen. Inwiefern jedoch eine solche Absprache zum wirklichen

Engagement für „diejenigen, die im Schatten stehen“ den Interessen der „gesamten Bürgerschaft“ widersprechen soll, bleibt sein Geheimnis.

Die Platzierung der Ansicht einiger Mitglieder der WASG neben diesem Interview macht noch etwas sichtbar: Kein Wort ist bei Jung zu den in der Diskussion befindlichen Privatisierungen zu lesen. Wenn die Unterzeichner der Mitteilung des WASG-Kreisverbandes ihre Zweifel anmelden, dass Privatisierungen mit diesem SPD-Mann verhindert würden, muss einen das schon deshalb nachdenklich machen. So gesehen ist Jung wirklich keine echte Alternative. Das scheinen die Leipziger Wähler bzw. Nichtwähler auch so gesehen zu haben ... Auch wenn man sich freuen kann, dass CDU-Albrecht verhindert wurde.

HARRY PURSCHE, LEIPZIG

LN bis Norwegen geschickt

Seit vielen Jahren sind wir aufmerksame Leser von Leipzigs Neue. Sie ist unseres Erachtens politikwissenschaftlich tiefgründig und informativ. Natürlich kann man als Leser nicht immer mit jeder Veröffentlichung übereinstimmen. Aber das ist wohl auch gewollt. In der letzten Ausgabe (4'06) haben wir besonders aufmerksam die Beiträge zur OBM-Wahl gelesen. Die beiden dargebotenen unterschiedlichen Positionen haben uns persönlich geholfen, eine hoffentlich richtige Wahlentscheidung zu treffen, die uns beim 2. Wahl-

gang besonders schwer fiel. Man kann der ehrenamtlichen „Links“-Redaktion für diese nützliche Zweiwochenzeitung nur danken. Bitte weiter so! Wir heften die Zeitung laufend ab und lesen oft nach. So u. a. den für das Denken und die Gespräche mit Senioren und Jüngeren bemerkenswerten Beitrag „Die melkenden Rentner“ vom August letzten Jahres auf Seite 1. Bestimmte Beiträge haben wir auch Bekannten und Freunden in Berlin, Hamburg und Norwegen zum Lesen zugeschickt.

DORIS UND RUDOLF
SCHEFFLER, LEIPZIG

Albrechts Bevormundung

Die Wahlplakate mit dem Slogan „Mölkau wählt Albrecht“ empfand ich als Zumutung für den immer so oft zitierten „freien“ Bürger. Sie suggerie-

ren eine Wahlentscheidung, die erst noch getroffen werden musste, ignorierten andere Meinungen und sind eine Bevormundung und Entmündigung. Ich fühle mich wie den Versuchen einer Drückerkolonne ausgesetzt, die ungeliebte

Sachen aufschwätzt und anschließend die so nicht erwartete Rechnung präsentiert. So wird kein Vertrauen aufgebaut und Leipzig auch nicht gerettet.

S. LORENZ,
LEIPZIG

MANCHE ENTFERNUNGEN SIND ZU GROSS für eine Wanderung. Da steigen wir in den Doppelstockwagen eines Regionalzuges, plaudern mit plauderwilligen Fahrgästen oder – wenn es daran mangelt – lesen Zeitungen. Da stieß ich auf diese Drei-Sätze-Nachricht: „Eberswalde (dpa) Der vor gut einer Woche bei Eberswalde (Barnim) gefundene Obdachlose ist eines natürlichen Todes gestorben. Die Obduktion habe keinerlei Hinweise auf ein Fremdverschulden erbracht, sagte eine Polizeisprecherin am Donnerstag. Ein Spaziergänger hatte die Leiche des 57jährigen Obdachlosen in einem Waldstück entdeckt.“

Ich begann nachzudenken. Eine Alltags-Nachricht von heute? Ist es ein „natürlicher Tod“, als Obdachloser zu sterben? Natürlich nicht, denn niemand wird als Obdachloser geboren. Und schon plagten mich Fragen nach dem möglichen Lebensweg des 57jährigen. Vielleicht hatte er Probleme in der Schule und verließ sie schon mit 14 Jahren? Das wäre dann 1962 gewesen. Ebenso gut konnte er aber auch ein Abitur abgelegt haben. Dann hätte er den Abschluss um 1966 feiern können. Seine Chancen, mit diesem oder jenem Abschluss die Schule verlassen zu haben, standen 50:50, denn in jener Zeit hatte jeder jede Chance. Als sicher dürfte auch gelten, dass er einen Beruf erlernt hatte, denn niemandem wurde in jenen Jahren eröffnet: „Tut uns leid, einen Ausbildungsplatz haben wir nicht. Versuchen Sie es doch mal mit einer Bewerbung.“ Meine Gedanken nahmen viele Kurven und noch mehr Fragehürden. Wann mag er seine Arbeit verloren haben? Mit Sicherheit nach 1990. Vielleicht um 1993? Da wäre er 42 Jahre alt gewesen. Und nun ohne große Chance, ins gewohnte Leben zurückzukehren. Kein Job, kein Urlaub an

Wenn ein 57jähriger Obdachloser eines „natürlichen“ Todes stirbt ...

heißen Stränden, kein schnelles Auto, vielleicht nicht mal eine Familie ...

Ich verliere mich. Nun soll er eines „natürlichen Todes“ gestorben sein. Am Ende eines nicht ganz natürlichen Lebens ...

ABER ICH GEBE ZU: Viele bewegen ganz andere

Wanderungen durch Neufünfland

Gedanken und Probleme. In Neuruppin nahmen wir mal wieder eine „Auszeit“ in einem Gerichtssaal. Der Fall: Eine Frau besaß einen Friesenhengst und entdeckte plötzlich, dass er ihr nicht mehr gefiel. Also brachte sie ihn auf den Pferdemarkt oder bot ihn im Internet an oder weiß der Teufel, was sie anstellte, um das Pferd loszuwerden. 7500 DM kassierte sie, aber eines Tages erwachte die Sehnsucht nach dem Hengst in ihr und sie kaufte ihn zurück. Für 4500 Euro. Das nennt man wohl „Marktwirtschaft“. Allerdings bezahlte sie die Summe nicht, sondern nur 405 Euro und fragte Sie mich nicht, warum gerade 405 Euro und nicht 415? Die Verkäuferin war sauer. Was tun in solchem Fall? Man bedient sich des Rechtsstaats und zieht vor Gericht. Die Hengstfreundin verlor. Und dann? Geht man in Berufung. Sie behauptete, der Hengst sei schadhaft gewesen. Sein Hoden hätte gefehlt, der Penis sei von

einem Tumor befallen gewesen und obendrein plagte ihn ein Bandwurm. Kleist hätte daraus garantiert einen modernen „Richter Adam“ geschrieben, aber zunächst mussten Gutachter aufgebeten werden. Das mit dem Tumor war das aufwändigste, weil der Tierarzt lange brauchte, ehe er den erektierten Penis zu sehen bekam. Vielleicht wandern wir demnächst wieder nach Ruppin, denn das Urteil fällt erst Mitte März, aber interessieren tut es uns schon. Auch, ob der Hengst noch lebt. Dank des Rechts-

staates. UND NOCH EINE WANDERGESCHICHTE habe ich für Sie. Vielleicht die schönste des Tages. Ich hoffe, Sie können mir folgen. Die Straße von Oderberg nach Liepe wird saniert. Aufschwung Ost! Also fährt der Bus von Oderberg nach Eberswalde nun wegen der Umleitung durch einen Nachbarreis und also müssen die Benutzer der Monatskarte künftig statt 73,50 Euro saftige 147 Euro berappen. Die Hartz-IV-Empfänger toben. Aber der Geschäftsführer der Busgesellschaft tat, als wisse er gar nicht wovon die Rede ist. Sein Argument: „Wenn der Flugplatz in München saniert wird, müssen die Fluggäste auch sehen, wie sie von einem Ausweichflugplatz nach München kommen.“ Hugh, ich habe gesprochen. Und die Fahrgäste dürfen bezahlen.

• KLAUS HUHN



☎: 0341-9608531 Fax: 0341-2125877

VERANSTALTUNGEN

Dienstag, 14. März, 19 Uhr, Dresden

Musikalische Lesung in Bildern: *Die Welt in meinen Augen*. Mit Armin Pongs, München und Steve Skaith, Mexico City ***
„WIR AG“, Martin-Luther-Str. 21

Mittwoch, 15. März, 18 Uhr, Leipzig

Vortrag und Diskussion: *Der politisch-ideologische Differenzierungsprozess in der deutschen Arbeiterbewegung während des ersten Weltkrieges und seine organisatorischen Auswirkungen*. Mit Prof. Dr. Kurt Schneider. In Zusammenarbeit mit Bürgerverein Messemagistrale
Messemagistrale, Str. des 18. Oktober 10a

Donnerstag, 16. März, 17.30 Uhr, Leipzig

Vortrag und Diskussion: *Zu aktuellen Problemen in der Ukraine*. Mit Dr. Hannes Hofbauer, Wien
Harkortstr. 10

Montag, 20. März, 16 Uhr, Chemnitz

Reisebericht und Diskussion: *Israel – ein Land ohne Freiheit*. Mit Karl Friedrich Zais, MdL. In Zusammenarbeit mit dem Stadtvorstand Die Linke.PDS Chemnitz
Volksolidarität, Mozartstr. 1

Dienstag, 21. März, 17 Uhr, Dresden

Veranstaltung anlässlich des 95. Deutschen Bibliothekertages in Dresden *Der überwachte Mensch*. Mit Gerd Stumpf und Stephan Stolle, Berlin
„WIR AG“, Martin-Luther-Str. 21

Dienstag, 21. März, 18 Uhr, Chemnitz

Ausstellungseröffnung und Begleitprogramm *Eine alltägliche Bedrohung - aktueller Antisemitismus in Deutschland und Europa*. Mit Dr. Werner Abel, Chemnitz
Soziokult. Zentrum QUER BEET, Rosenplatz 4

Mittwoch, 22. März, 18 Uhr, Leipzig

Sozialstaat versus Sozialismus im Kontext gesellschaftlicher Veränderungen. Mit Prof. Dr. Dieter Klein, Berlin ***
Harkortstr. 10

Donnerstag, 23. März, 15 Uhr, Löbau

Buchvorstellung *Berlin zwischen Ost und West - Erinnerungen eines Diplomaten*. Mit dem Autor Dr. Joachim Mittdank, Berlin. In Zusammenarbeit mit ISOR und dem Ortsverband Löbau der Linkspartei.PDS
Lausitzer Granit, Äußere Zittauer Str. 67

Freitag, 24., 14-17, Sonnabend, 25. März, 10-17 Uhr, Leipzig

VI. Rosa-Luxemburg-Konferenz. Linke Utopien, die Zukunft denken. Das Krisenjahr 1956. Mit Prof. Dr. Michael Brie, Prof. Dr. Joachim Biener, Prof. Dr. Wolfgang Geier, Prof. Dr. Hans-Gert Gräbe, Prof. Dr. Karl-Heinz Gräfe, Dr. < Andreas Heyer, Dr. Holger Politt, Prof. Dr. Siegfried Prokop, Dr. Jörn Schütrumpf, Prof. Dr. Helmut Seidel, Dr. Ernst Wurl und Ingrid Zwerenz. Moderation: Gerhard Zwerenz und Dr. Marion Schütrumpf.
24. 3., 17 Uhr, Kulturprogramm, ab 19 Uhr Empfang anlässlich des 15. Gründungsjubiläums der Rosa-Luxemburg-Stiftung Sachsen
Ratskeller, Lotterstr. 1

*** Die Veranstaltung wird gemeinsam mit der Rosa-Luxemburg-Stiftung, Gesellschaftsanalyse und politische Bildung e. V. durchgeführt.

Die Veranstaltungen sind für jedermann offen.

„Zukunft braucht Frieden braucht Zukunft“

Unter diesem Motto findet der diesjährige Ostermarsch vom 14. bis 15. April statt. Die Fahrradtour führt am ersten Tag nach Zeit und dann zurück über Hohenmölsen, Lützen und Schkeuditz nach Leipzig. In Schkeuditz wird wegen der vorgesehenen Nutzung des Flughafens für militärische Zwecke Station gemacht.
Weitere Informationen: Jeden Freitag ab 16 Uhr, Liebknecht-Haus

Deutscher Freidenker-Verband

Leipzig, Gottschedstr. 31 (HH)

23. 3., 16.30 Uhr: Rettet das Raumschiff Erde – Lernt, auf neue Weise zu denken. Gedanken zum „Potsdamer Manifest“, eine Diskussionsrunde

Initiative Christliche Linke

13. März., 18 Uhr, Gemeindefaal der Nikolaikirche Leipzig: *Wie weiter mit Leipzig nach der OBM-Wahl?* Lothar Tip-pach im Dialog

ISOR e. V.

Isor e. V. führt Beratungen für Rentner und angehende Rentner durch, die Mitarbeiter der bewaffneten Organe und der Zollverwaltung der DDR waren, sowie für diejenigen, die nach der Neufassung des § 6, Abs. 2 und 3 AAÜG neu vom Rentenstrafrecht bedroht sind. Die Sprechstunden finden an jedem vierten Mittwoch des Monats von 16 bis 17 Uhr im Stadtteilzentrum Messemagistrale, Straße des 18. Oktober 10 a, 04103 Leipzig, statt.

BUCHHANDLUNG RIJAP

GbR

Literatur für SIE

Im März neu bei uns:

Heinz Florian Oertel, Kristin Otto: Turin 2006 – Unser Olympiabuch. Das Neue Berlin, 19,90 Euro

Klaus Feldmann: Das waren die Nachrichten. Erinnerungen. Das Neue Berlin, 14,90 Euro

Ruth Werner: Sonjas Rapport. Verlag Neues Leben, 19,90 Euro

Wir beschaffen jedes lieferbare Buch.

Wir liefern in Leipzig frei Haus! In alle anderen Orte Sachsens für geringes Porto!

Bestellen Sie per Telefon, Fax oder Internet

☎ 0341 - 9 11 01 70, Fax: 0341 - 9 11 01 71
www.buchhandlung-rijap.de

In Leipzig finden Sie uns in der

Filiale Axispassage

04159 Georg-Schumann-Str. 171

Filiale Eutritzscher Zentrum

04129 Wittenberger Str. 83

Filiale Büchermarkt Mockau Center

04357 Mockauer Str. 123

Carl-Schorlemmer-Apotheke



Inhaber:

FSD PhR Friedrich Roßner
Fachapotheker für
Allgemeinpharmazie
Karlsruher Straße 54
04209 Leipzig

Telefon (03 41) 4 22 45 58
Arzneimittel-Information
Arzneimittel-Abgabe

Telefon/Fax (03 41) 4 12 71 91
Büro / Apothekenleiter

Was wäre diese Welt ohne die Frauen!

einen herzlichen Gruß zum Internationalen Frauentag allen Frauen und Mädchen in Leipzig-Lößnig!

Die Linkspartei.PDS-Basisgruppen Lößnig



Mag uns der Wind der Marktwirtschaft auch noch so beuteln. Wir stehen! Leicht gekrümmt. Aber wir stehen. Auch dank Ihrer Hilfe – die wieder einmal dringend nötig ist!

SPENDEN an:

Projekt Linke Zeitung e. V.,
Sparkasse Leipzig, Konto: 11 50 11 48 40 – BLZ 860
555 92, Kennwort: Spende für LN

Übrigens: LN ist auch ein prima
Geschenk für Freunde, Bekannte, Nachbarn ...

Bestellschein

bitte ausgefüllt schicken an:

LEIPZIGS NEUE, Braustraße 15, 04107 Leipzig

LIEFERANSCHRIFT:

.....
Name, Vorname

.....
Straße, Hausnummer

.....
PLZ, Ort

.....
evtl. Telefon

RECHNUNGSANSCHRIFT

(nur extra auszufüllen, wenn dies ein

Geschenkabonnement ist

.....
Name, Vorname

.....
Straße, Hausnummer

.....
PLZ, Ort

Das Halbjahresabonnement kostet 13 Euro.

Studierendenabo (13 Euro im Jahr) bei Kopie des Studentenausweises

Probeabo (3,50 Euro für ein Vierteljahr)

Solidaritätspreis: Ich möchte LEIPZIGS NEUE unterstützen und zahle zum Halbjahrespreis von 13 Euro zusätzlich 5 Euro.

Die Zeitung erscheint vierzehntäglich und wird über die Post zugestellt. Das Abonnement verlängert sich jeweils um ein halbes Jahr, wenn ich es nicht bis **einen Monat vor** Bezugsende in der Redaktion kündige.

Ich bitte um Rechnung
 Ich bezahle durch Bankeinzug

.....
Geldinstitut

.....
BLZ

.....
Kontonummer

.....
Kontoinhaber

.....
Datum, 1. Unterschrift des Auftraggebers

Ich kann diese Bestellung innerhalb von 10 Tagen nach Absendung (Datum Poststempel) widerrufen.

.....
2. Unterschrift des Auftraggebers



Nach der Wahl ist vor der Wahl

Ekkehard Fritz

Die Unentschlossenen

Zwei Männer, ein junger und ein alter, wanderten durch den Wald (oder die Wüste). Im Schatten eines Steins auf einer Lichtung (oder in einer Oase) rasteten sie, schoben ihre Tropenhelme ins Genick und genossen Brot, Käse, Wurst und Schnaps, urig deutsch. Dann rauchten sie.
 „Sieh mal“, sagte der Jüngere zum Älteren, „da drüben. Der rote Stein! Ist der nicht seltsam?“
 Der Ältere setzte sich mühsam auf, rückte seine Sonnenbrille zurecht und sagte dann: „Quatsch! Der Stein ist nicht rot, der ist braun.“

Sie stritten sich eine Weile, ob der Stein nun rot oder braun sei, und ob da nicht eine Gefahr lauere.
 Das trieb ihnen den Schweiß von den Stirnen, der floss ihnen unter die Brillen und in die Augen, die da brannten und tränten, und die beiden Männer nahmen die Brillen ab. Und siehe – der Stein war weder rot noch braun, er war grün. Dem misstrauten beide Streithähne. Und sie gingen hin, um sich Gewissheit für spätere Eintracht zu verschaffen. Aber sie kratzten am rostrotgeränderten Grün des Moooses, der den Stein bedeckte, und siehe, der Stein war schwarz...

64001 DP AG Postvertriebsstück Gebühr bezahlt
 Projekt Linke Zeitung e. V., Braustraße 15, 04107 Leipzig

FUNDSACHEN

- Der US-Militäretat ist jetzt 45 Prozent höher als bei Bushs Amtsantritt. DLF 8. 2.
- Therese Neumann (Therese von Konnersreuth) soll selig gesprochen werden. Sie soll u.a. 35 Jahre lang nur Hostien gegessen haben. Der Seligsprechungsprozess ist langwierig und teuer. Jetzt kam vom Seligsprechungsanwalt aus Rom eine Rechnung: 26 000 Euro. Bayerisches Fernsehen 9. 2.
- In den Kinder- und Jugendsport-schulen der DDR wurde auch Nachwuchsförderung betrieben. (Welche Erkenntnis!) DLF 9. 2.
- Großbritannien ist das am besten überwachte Land. Auf jeden 14. Briten kommt eine Überwachungskamera. ZDF 9. 2.
- Meine kleine Tochter soll eine Zukunft haben, wir müssen die weiße Rasse retten. Alle Schwarzen sind zu beseitigen, das gilt auch für alle Schwulen und Lesben, die uns mit Krankheiten überziehen. Eine junge Amerikanerin in einem Film über Skinheads. 3sat 13. 2.
- Einkommensstarke leben in der BRD neun Jahre länger als Einkommensschwache. Karl Lauterbach, Rentenexperte. Bayerisches Fernsehen 14. 2.
- Dass deutsche Finanzinstitute den Aufstieg der Nazis finanziert haben, das steht doch in jedem Schulbuch. (Wirklich?)
- In Spanien ist die Arbeitslosigkeit von 20 auf 9 Prozent gesunken. In keinem anderen EU-Land gibt es so viele befristete Arbeitsverhältnisse. Arbeitsverträge für 1 bis 2 Tage, für 1 Woche oder einen Monat sind keine Seltenheit. Beides DLF 17. 2.
- Eine westdeutsche Dach-decker-Berufsgenossenschaft hat 12 000 Rentner. Davon sind 350 mit 65 Jahren, alle anderen im Durchschnitt mit 58 in Rente gegangen. DLF 18. 2.
- ... schauen Datenschützer durchaus besorgt zu, wie Videoüberwachung zur Normalität in einer Stadt wird, die dereinst auf die Straße ging, um gegen einen Überwachungsstaat zu protestieren. LVZ 18./19.2.

• gefunden von Manfred Erbe

**LN-Lebensregel
 Nr. 2006 - 3**

Wenn sie unsympathisch sind, dann teilen Sie das bitte unbedingt aller Welt mit, das macht sie sympathisch !

Viren überall:
 Brennpunkte im Fernsehen, Schlagzeilen in der Zeitung, Katzen in den Nachrichten, Minister am Telefon, Kanzlerin auf der Insel.
 Germanistikstudent **Stefan Kühn** besiegt seine Ängste in Versen...

Hafüfenneins

In Deutschland nagt die Vogelgrippe An Bundesadlers Schmalen Rippe

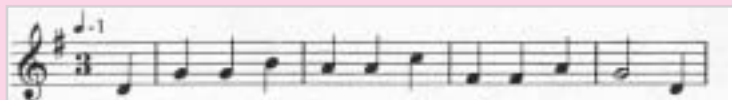
Ob links vorbei Ob Rechtspartei Dem Virus geht es gut Juche!

Hafüfenneins Vier fünf sechs sieben Im Wasservogel gratis fliegen Noch nicht an Maas Doch schon in Memel Der Vogelvirus Auch im Krem!

Hafüfenneins Vier fünf sechs sieben Dazu ist ins Gesetz geschrieben: In der Umgebung Blasser Schwäne Hilft nur noch Vogelquarantäne.



Herausgeber: Projekt Linke Zeitung e.V., V. i. S. P.: Rahel Springer
Redaktion: Braustraße 15, 04107 Leipzig, Tel./Fax: 0341 / 21 32 345
 E-Mail: leipzigs_neue@t-online.de
 Internet: www.leipzigs-neue.de
 Einzelpreis: 1 Euro, im Abonnement halbjährlich (für 13 Ausgaben): 13 Euro
Vertrieb, Abonnement, Abrechnung, Anzeigen, Werbung:
 Ralf Fiebelkom, Büro- und Verlagsservice, Gärtnerstraße 113, 04209 Leipzig. Tel./Fax (Redaktion): 0341 / 21 32 345
Druck: Rollenoffset-Kiel GmbH
 Einzelne Beiträge müssen nicht mit der Meinung der Redaktion übereinstimmen. Für unverlangt eingesandte Manuskripte und Fotos wird nicht gehaftet.
Redaktionsschluss dieser Ausgabe: 7. März
Die nächste Ausgabe erscheint am 24. März
Spendenkonto für Projekt linke Zeitung e. V. bei der Sparkasse Leipzig, BLZ: 860 555 92, Konto: 11 50 11 48 40



Welches Lied singen die Knirpse? Wer ist ihr Vater?



Lösungsspiegel

Heinrich Zille
 Im Märchen der Bauer...